

LANDESHAUPTSTADT



Gesamtabschlussbericht



für das Geschäftsjahr 2017

www.wiesbaden.de

Gesamtabschluss 2017

Inhaltsverzeichnis

A. Vorwort	3
B. Konsolidierter Gesamtabchluss zum 31.12.2017	4
1. Konsolidierungsbericht	4
1.1 Lage der Landeshauptstadt Wiesbaden	4
1.1.1 Einführung	4
1.1.2 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen	4
1.1.3 Geschäftsverlauf	7
1.1.4 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks	14
1.1.5 Vermögenslage:	19
1.1.6 Vermögensvergleich Einzelabschlüsse - Gesamtabchluss	21
1.1.7 Ergebnissituation	22
1.1.8 Ergebnisvergleich Einzelabschlüsse - Gesamtabchluss	24
1.1.9 Finanzlage	25
1.2 Bewertung des Gesamtabchlusses im Hinblick auf die dauernde Leistungsfähigkeit, Chancen und Risiken sowie perspektivischer Ausblick	26
1.3 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres ..	39
2. Konsolidierte Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung	42
2.1 Konsolidierte Vermögensrechnung	42
2.2 Konsolidierte Ergebnisrechnung	44
2.3 Konsolidierte Finanzrechnung	45
3. Anhang	47
3.1 Allgemeine Angaben	47
3.1.1 Rechtliche Grundlagen	47
3.1.2 Abgrenzung des Konsolidierungskreises	47
3.1.3 Konsolidierungsgrundsätze	52
3.1.4 Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	54
3.2 Erläuterungen zu den Posten der konsolidierten Vermögensrechnung	58
3.2.1 Anlagevermögen	58
3.2.2 Umlaufvermögen	64
3.2.3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	64
3.2.4 Eigenkapital	65
3.2.5 Sonderposten	66
3.2.6 Rückstellungen	66
3.2.7 Verbindlichkeiten	69
3.2.8 Passive Rechnungsabgrenzungsposten	69
3.3 Erläuterungen zur konsolidierten Ergebnisrechnung	70
3.3.1 Ordentliches Ergebnis	70
3.3.2 Außerordentliches Ergebnis	79
3.3.3 Anderen Gesellschaftern zustehendes Ergebnis	79
3.4 Erläuterungen zur konsolidierten Finanzrechnung	80
3.5 Sonstige Angaben	82
3.5.1 Haftungsverhältnisse	82
3.5.2 Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen	84
3.5.3 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen	86
3.5.4 Mitglieder Stadtverordnetenversammlung/Magistrat	87
Anlagen	89
Anlage (1) Anlagenspiegel	90
Anlage (2) Forderungsspiegel	91
Anlage (3) Eigenkapitalspiegel	92

Gesamtabschluss 2017

Anlage (4) Sonderpostenspiegel	93
Anlage (5) Rückstellungsspiegel	94
Anlage (6) Verbindlichkeitspiegel	95
Anlage (7) Erklärung zu den verwendeten Kennzahlen	96

Gesamtabschluss 2017

A. Vorwort

Hiermit lege ich Ihnen als Kämmerer der Landeshauptstadt Wiesbaden den Gesamtabschluss für das Jahr 2017 vor. Ziel dieses Werkes ist es die Stadt transparenter zu machen, indem ein Gesamtbild einschließlich ihrer Unternehmen und Sondervermögen aufgezeigt wird. Die Landeshauptstadt Wiesbaden (LHW) ist mit über 200 km² Gemarkungsfläche als „grünste Stadt Hessens“ eine attraktive, leistungsfähige, soziale und wirtschaftlich starke Stadt mit kurzen Wegen und einem breiten Gesundheitsangebot. Ihre Leistungen werden nicht nur von den städtischen Ämtern erbracht sondern in hohem Maße auch von den Beteiligungsgesellschaften in den Segmenten Ver- und Entsorgung, Verkehr, Gesundheit, Stadtentwicklung und Wohnungsbau sowie Tourismus, Kongresse und Veranstaltungen. Um die Transparenz zu erhöhen und ein möglichst vollständiges Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der LHW zu erhalten, müssen auch diese in die Aufgabenträger ausgegliederten Dienstleistungen mit in die Betrachtung einbezogen werden.



Es freut mich auch für dieses Jahr über einen finanziell sehr erfreulichen Verlauf zu berichten. Der Jahresüberschuss des Jahres 2017 übertrifft mit 105,6 Mio. € das sehr gute Vorjahresergebnis noch einmal deutlich und stellt ein absolutes Rekordergebnis dar. Es sichert das Angebot an öffentlichen Dienstleistungen und Infrastruktur sowie einer nachhaltigen Daseinsvorsorge auf einem sehr hohen Niveau. Das Vermögen (Bilanzsumme) ist mit 4,7 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr ebenfalls gestiegen und auch die Gesamtleistung (Umsatz) von 2,0 Mrd. € liegt über dem Vorjahresniveau.

Schwerpunkthemen, die die Landeshauptstadt als Investitionen für die Zukunft betrachtet, sind nach wie vor der Ausbau der Kinderbetreuung sowie der Schulen und die Schaffung und Modernisierung bezahlbaren Wohnraums bei steigenden energetischen Standards, die Errichtung und der Betrieb von umweltfreundlichen Energiegewinnungsanlagen, die Umsetzung eines umweltfreundlichen Verkehrskonzepts sowie die Integration von Flüchtlingen.

Der vorliegende Gesamtabschluss besteht aus dem Konsolidierungsbericht (Kapitel 1) mit der Bewertung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des gesamten Verbundes sowie einem perspektivischen Ausblick. In Kapitel 2 folgen die zusammengefasste Ergebnis- und Vermögensrechnung (Bilanz), die um eine Kapitalflussrechnung ergänzt sind. Schließlich ist in Kapitel 3 ein Anhang beigefügt, der neben den gesetzlichen Grundlagen und der Abgrenzung des Konsolidierungskreises insbesondere die Posten der in Kapitel 2 genannten Rechnungen erläutert. Kapitel 4 enthält alle Anlagen.



Axel Imholz
Stadtkämmerer

Gesamtabschluss 2017

B. Konsolidierter Gesamtabschluss zum 31.12.2017¹

1. Konsolidierungsbericht

1.1 Lage der Landeshauptstadt Wiesbaden

1.1.1 Einführung

Wiesbaden ist die Hauptstadt des Landes Hessen. In der zweitgrößten Stadt Hessens wohnen Ende 2017 rund 290.000 Einwohner². Hinzu kamen noch ca. 20.000 Mitglieder der US-Heeresgarnison. Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist eine weltoffene, grüne Stadt im Herzen des Rhein-Main-Gebietes, ein wirtschaftliches, kulturelles und soziales Zentrum. Eine moderne Stadtentwicklung, der Umwelt- und Naturschutz, die Gesundheitsförderung sowie eine ausgeprägte Willkommenskultur gehören zu den weiteren Stärken der Stadt.

Wiesbaden zeichnet sich durch ein vielfältiges Kulturleben aus. Vom Hessischen Staatstheater, dem Museum Wiesbaden, Konzerten im Kulturzentrum Schlachthof und im Kurhaus, dem Rheingau Musik Festival über die Caligari FilmBühne bis hin zu zahlreichen Filmfestivals, dem Literaturhaus, Galerien und Kleinkunstabühnen. Wiesbaden bietet die gesamte Bandbreite lebendiger und moderner Kultur. Zusätzlich besticht Wiesbaden durch das umfangreiche Angebot im Breitensport.

Das wirtschaftsfreundliche Klima in der Landeshauptstadt sorgt beständig für einen vorderen Platz im Ranking der deutschen Städte. Neben bekannten Großunternehmen prägt eine Vielzahl von mittleren und kleinen Unternehmen das Bild. Zudem ist Wiesbaden ein pulsierendes Dienstleistungszentrum mit zukunftsfähigen Branchenschwerpunkten und einer hohen Lebensqualität.

Die Stadt zählt, neben Frankfurt am Main, Mainz und Darmstadt, zu den Kernstädten des Rhein-Main-Gebiets. Die Landeshauptstadt Wiesbaden rangierte im Jahr 2017, wie bereits 2016, mit einem Kaufkraftindex von 111,7 % des Bundesdurchschnitts bzw. mit rd. 25 Tsd. € pro Einwohner auf einem der vorderen Plätze der wohlhabendsten Städte Deutschlands.³

1.1.2 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2017 kräftig gewachsen. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs um 2,2 %, die Anzahl der Erwerbstätigen stieg im Jahresdurchschnitt auf 44,3 Millionen Personen. Noch im März 2018 hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung die Fortsetzung dieses Aufschwungs prognostiziert. Die vorherge-

¹ Bei der Verwendung von gerundeten Beträgen oder Prozentangaben kann es zu geringfügigen Differenzen kommen (kaufmännische Rundung).

² Daten des Amtes für strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik der Landeshauptstadt Wiesbaden

³ Daten der GfK SE- Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung

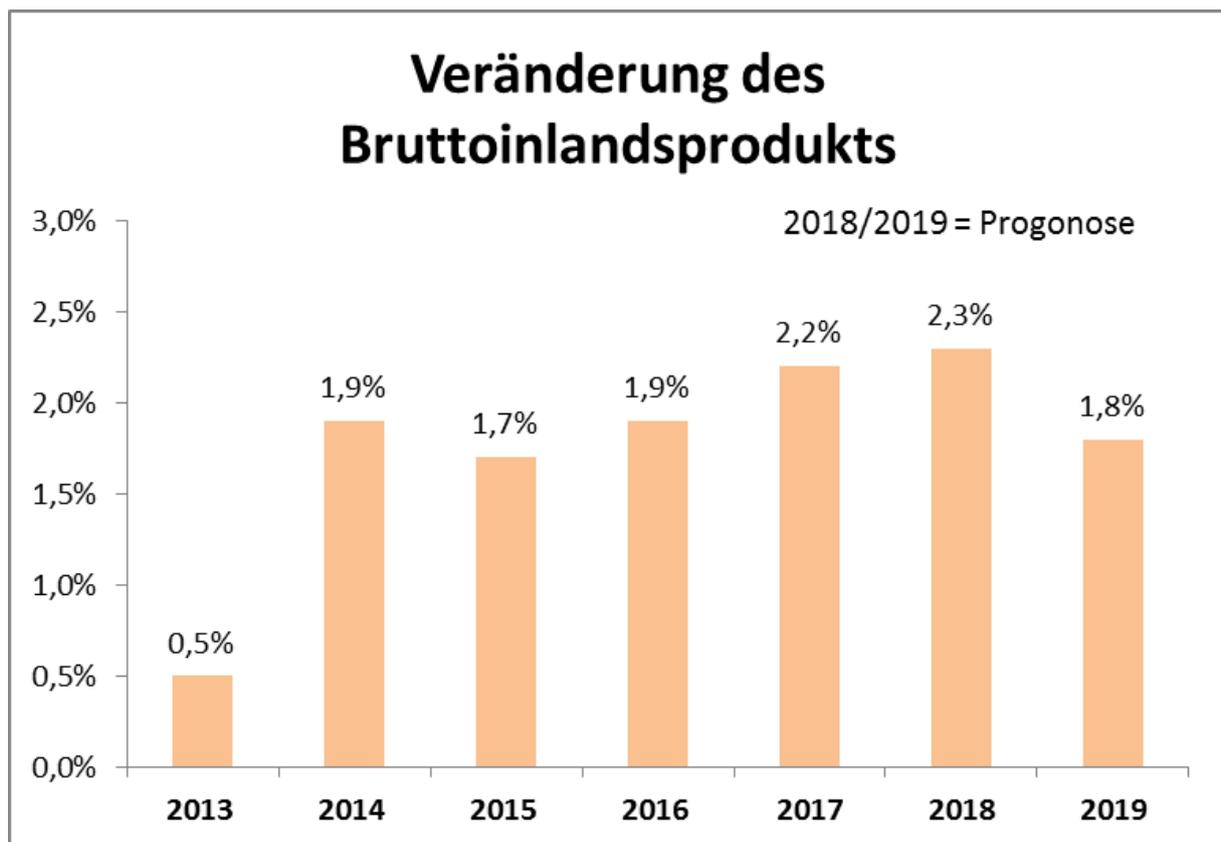
Gesamtabschluss 2017

sagte Steigerung für das reale BIP betrug 2,3 % für 2018 bzw. 1,8 % für 2019 und deutete damit auf eine wachsende Überauslastung der deutschen Wirtschaft hin.⁴

Die unsichere Lage der Weltwirtschaft mit einem Handelsstreit zwischen den USA und China sowie Zöllen auf Stahl und Aluminium und drohenden Zöllen auf Automobile haben die Stimmung in Deutschland und dem Euroraum seitdem abkühlen lassen. Der kommende Brexit trägt zur Unsicherheit bei.

Die Einschätzung der Experten zur aktuellen Lage verschlechterte sich daher leicht, ihre Erwartungen an die Zukunft nahmen deutlich ab. Das deutet auf eine konjunkturelle Abschwächung hin. Der Lageindikator sank ebenfalls. Trotz des Rückgangs wird die aktuelle Lage in Deutschland als weiterhin sehr gut eingeschätzt.⁵

Auf dem deutschen Arbeitsmarkt hat die positive Entwicklung bei der Anzahl der Erwerbstätigen zu einem neuen Höchststand geführt, die Relation von Arbeitslosen zu offenen Stellen liegt auf dem niedrigsten Stand der vergangenen 25 Jahre. Damit werden Arbeitskräfte zunehmend zu einem limitierenden Engpassfaktor, der die Wachstumsdynamik bremsen kann.⁶



Quelle: Eurostat, Online-Datenbank, Wachstumsrate des realen BIP (Stand: 06/2018)

⁴ Konjunkturprognose 2018 und 2019 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

⁵ IFO Institut München, 2. August 2018

⁶ Konjunkturprognose 2018 und 2019 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Gesamtabschluss 2017

Die Hessische Konjunktur bleibt auf hohem Niveau. Trotz steigender Unsicherheiten bezüglich der Weltwirtschaftslage bewertet die Hälfte der Unternehmen die Geschäftslage in der IHK-Konjunkturumfrage als gut, weitere 44 Prozent beurteilen die Lage als zufriedenstellend.

Der Geschäftsklimaindex für die hessische Wirtschaft startete kraftvoll in das Jahr 2017 und hielt sich im gesamten Jahr auf einem hohen Niveau. Er erreicht im Frühsommer 2018 128 Punkte (ein Wert von 100 Zählern bildet die Grenze zwischen positiver und negativer Grundstimmung). Damit liegt er weiterhin deutlich über dem langjährigen Durchschnitt. Auch planen fast 90 Prozent der Unternehmen den aktuellen Personalstand zu halten oder sogar aufzustocken.

Nachdem der Geschäftsklimaindikator der Industrie- und Handelskammer für Wiesbaden im Januar 2016 auf den höchsten Stand seit 15 Jahren stieg und gleich danach wieder auf das Niveau von 2014 sank, hat er sich in den letzten Quartalen wieder auf hohem Niveau eingependelt.

Auch für Wiesbaden wird die aktuelle Geschäftslage von den Unternehmen weiterhin als hervorragend angesehen, wenngleich die Spitzenwerte vom Jahresbeginn nicht mehr erreicht werden. 55 % der Unternehmen beschreiben ihre Lage als gut, 8 % als schlecht.

Die Einschätzung der Lage spiegelt sich auch deutlich in der Einstellungsbereitschaft wieder. 30 % der Wiesbadener Unternehmen planen die Vergrößerung ihrer Belegschaft in den kommenden 12 Monaten, lediglich 8 % wollen Stellen abbauen.⁷ So lässt sich auch die leicht sinkende Arbeitslosenquote erklären.

Im Jahr 2017 betrug sie zum Stichtag 7,2 %. Trotz der fallenden Tendenz ist dies aber im Vergleich zu anderen hessischen Städten immer noch überdurchschnittlich hoch. Ursache ist unter anderem der Arbeitsmarkt in Wiesbaden, der durch eine geringe Aufnahmefähigkeit von geringqualifizierten bzw. ungelernten Kräften und einem hohen Bedarf an qualifizierten Fachkräften gekennzeichnet ist.⁸

⁷ Wirtschaftlicher Lagebericht der IHK Wiesbaden - Frühsommer 2018

⁸ Statistik der Arbeitsagentur für Hessen auf „statistik.arbeitsagentur.de“

Gesamtabschluss 2017

1.1.3 Geschäftsverlauf

Der finanzielle Geschäftsverlauf des Verbundes der Landeshauptstadt Wiesbaden war im Berichtsjahr noch erfreulicher als im Vorjahr. Das konsolidierte Jahresergebnis stieg von 84,6 Mio. € auf 105,6 Mio. €. Hierzu hat insbesondere die verbesserte Ergebnissituation der Kernverwaltung durch gestiegene Gewerbesteuereinnahmen beigetragen.

Steuern und Schlüsselzuweisungen

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
Gewerbesteuer (vor Gewerbesteuerumlage)	336,7	317,2	19,5 ↑
Einkommensteuer	178,0	163,7	14,3 ↑
Schlüsselzuweisungen	194,1	184,0	10,1 ↑
Grundsteuer (A + B)	59,6	58,1	1,5 ↑

Die Gewerbesteuererträge im Berichtsjahr lagen konsolidiert mit 336,7 Mio. €⁹ mehr als 19,5 Mio. € über denen des Vorjahres.

Die gute Konjunkturlage zeigt sich nicht nur in Zuwächsen bei der Gewerbesteuer, sondern auch beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer u. a. durch die steigenden Löhne und Gehälter aus Tarifabschlüssen. Jeweils mit der Steuerkraft korrelieren auch die Schlüsselzuweisungen. Die Schlüsselzuweisungen werden in der Zukunft durch die hohe Steuerkraft der Stadt Wiesbaden keine steigende Tendenz mehr haben.

Die LHW beschäftigte in ihrem Verbund im Berichtsjahr durchschnittlich 7.712 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Für diese fielen Personal- und Versorgungsaufwendungen von 512,6 Mio. € an. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen betragen 582,7 Mio. € und die Abschreibungen 134,0 Mio. €.

Stadtentwicklung und Wohnungsbau

Die WVV Holding erzielt neben ihrer Holdingfunktion Umsatzerlöse aus der Vermietung eigener Liegenschaften in Wiesbaden. Im August 2016 hat sie die Liegenschaft Citypassage in Wiesbaden erworben. Die Liegenschaft besteht aus den räumlich getrennten bebauten Flächen der Einkaufspassage Citypassage mit den benachbarten Grundstücken und der gegenüberliegenden Fläche mit dem Parkhaus City II und dem angrenzenden vermieteten Ärzteshaus. Der vertraglich vereinbarte Kaufpreis für die gesamte Immobilie betrug 26 Mio. €. Derzeit läuft zur Vergabe der Teilfläche Einkaufspassage Citypassage I ein EU-weites Ausschreibungsverfahren. Die Geschäftsführung geht aufgrund der vorliegenden Angebote da-

⁹ Die Gewerbesteuererträge stehen nicht vollumfänglich zur Verfügung. Sie sind jeweils um die Gewerbesteuerumlage zu bereinigen.

Gesamtabschluss 2017

von aus, dass die Verkaufsverhandlungen zu einem positiven Abschluss kommen und der Erlös die von der Gesellschaft getätigten Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Erwerb der Liegenschaft übersteigen werden. Die Verhandlungen konzentrieren sich zurzeit auf den Düsseldorfer Projektentwickler „Development Partner“, mit dem als Bestbietendem exklusiv verhandelt wird. Vorgesehen ist, dass die Citypassage ihren bisherigen Charakter vollkommen verändern wird mit offenen, verbindenden Achsen zwischen Mauritius- und Faulbrunnenstraße sowie zwischen Kirchgasse und Schwalbacher Straße, die sich an einem Quartiersplatz in der Mitte kreuzen. Der Entwurf sieht eine gemischte Nutzung von Handel, Dienstleistungen, Gastronomie, Büro und Wohnen vor.

Die Umbauten zum Teilprojekt „Mauritiusgalerie - Umbau Gewerbe“ (Stadtpolizei und Systemgastronomie) sowie die Sanierung des Parkhauses wurden in 2017 abgeschlossen.

Im Stadtentwicklungskonzept „Wiesbaden 2030+“ ist die Planung von neuen Quartieren von zentraler Bedeutung.

Die Wohnungsgesellschaften im Verbund nehmen eine bedeutende Rolle auf dem Wohnungsmarkt wahr. Sie versorgen im Interesse der Stadt breite Bevölkerungsschichten mit Wohnraum. Durch die Aktivitäten der Gesellschaften im Bereich der energetischen Sanierung der Objekte und des Einsatzes von erneuerbaren Energien im Neubaubereich findet neben der Betriebskostensenkung ebenso der Klimaschutz seine Berücksichtigung. Der Geschäftsverlauf im Bereich der Immobilienwirtschaft ist weiterhin positiv zu beurteilen. Mit rd. 13.000 Wohnungen - davon rd. 4.000 Sozialwohnungen - gelten die GWW und die GeWeGe als größte Anbieter auf dem Wiesbadener Wohnungsmarkt. Im Segment der frei finanzierten Wohnungen verfügen sie über einen Marktanteil von rd. 9 %. Bis 2030 will die GWW mehr als 3.000 neue Wohnungen für eine Investitionssumme von über 1 Mrd. € erstellen. Die Quote für den geförderten Wohnungsbau steigt bei neuen Bauvorhaben gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom März 2017 für städtische Gesellschaften auf 30 %, für private Vorhabenträger auf 22 %.

Allerdings sind die Erlöse der GWW (Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH) aus dem Verkauf von bebauten Grundstücken, auf denen die Gesellschaft im Rahmen ihrer Bauträgertätigkeit Eigentumswohnungen errichtet und veräußert, zurückgegangen. Im Berichtsjahr wurde zwar mit der Erstellung weiterer Eigentumswohnungen begonnen, die Umsatz- und Gewinnrealisierung wird jedoch erst im Jahr 2018 mit Fertigstellung erfolgen.

Das Geschäftsfeld der städtebaulichen Projektentwicklung wird insbesondere durch die Aktivitäten der Stadtentwicklungsgesellschaft (SEG) geprägt. Sie stellt die Verbindung zwischen den städtebaulichen Zielen der Stadt und den entsprechenden Flächennachfragern bzw. Nutzern dar. Der Tätigkeitsschwerpunkt der SEG, die städtebauliche Projektentwicklung, ist weiterhin mit stark schwankenden Umsätzen und hohen Risiken verbunden, wird jedoch durch die Vermietung des eigenen Immobilienbestandes mit konstanten Mittelzuflüssen und der Übernahme von Dienstleistungsaufträgen geglättet. Die Umsatzerlöse liegen deutlich unter dem Prognosewert, da sich im Berichtszeitraum die Verkäufe von Grundstücken aus den Entwicklungsgebieten Hainweg und Parkfeld auf das nächste Geschäftsjahr verschoben haben. Trotzdem wird im Hinblick auf die Erlösentwicklung das abgelaufene Geschäftsjahr von der Geschäftsführung positiv bewertet. Zudem konnte der Verkauf des letzten Grundstücks aus der Entwicklungsmaßnahme „Künstlerviertel“ realisiert werden.

Gesamtabschluss 2017

Der Geschäftsverlauf der WIM GmbH & Co. KG ist in 2017 gekennzeichnet durch reduzierte Umsatzerlöse aufgrund einer verringerten Verkaufsaktivität und der Entmietung der inzwischen abgerissenen Liegenschaft „Ellenbogengasse 3 / 7“. Neben der Verwaltung des Immobilienbestandes war ein Schwerpunkt die Vorbereitung der Neubaumaßnahmen in der Karl-Glössing-Straße und der Ellenbogengasse sowie die Generalsanierung des historischen und unter Schutz stehenden Industriedenkmal „Walkmühle“.

Versorgung

Die ESWE Versorgungs AG, die SW Netz GmbH sowie die WLW übernehmen im Verbund die Aufgabe der Versorgung der Bevölkerung mit Strom, Gas, Fernwärme und Wasser.

Die Entwicklung des Unternehmensergebnisses im Bereich Energieversorgung im Geschäftsjahr 2017 verlief wieder ausgesprochen positiv und übertraf den im Wirtschaftsplan angesetzten Wert deutlich. Insbesondere außerhalb des angestammten Versorgungsgebietes konnten Erfolge erzielt werden. Darüber hinaus war 2017 nach einigen schwächeren Jahren mal wieder ein ausgesprochen gutes Windjahr, so dass auch die Investitionen in Onshore - Windparks positive Ergebnisbeiträge leisteten. Die Umsatzerlöse im Bereich Energieversorgung haben sich im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöht. Dabei stiegen mengenbedingt die Stromerlöse gegenüber dem Vorjahr, während sich die Gaserlöse mengenbedingt verminderten. Die Erlöse aus Wärme lagen in etwa auf Vorjahresniveau.

Mit neuen Ideen und innovativen Konzepten arbeitet die ESWE Versorgung bereits an der Ausrichtung für morgen. Zukunftsfelder sind beispielsweise die E-Mobilität und der Ausbau der Ladesäulen-Infrastruktur oder auch Technologien, die das Leben in einer immer älter werdenden Gesellschaft erleichtern. Auch die permanente Erweiterung der Smart-Home-Produktlinie - einem Assistenzsystem für selbstbestimmtes Leben für Ältere und Menschen mit Handicap - wird offensiv angegangen.

Unklar ist weiterhin die Zukunft des geplanten Windparks auf dem Taunuskamm. Nachdem die Genehmigungsbehörde den Antrag nach Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) Ende 2016 abgelehnt hatte, wurde gegen diesen Ablehnungsbescheid Klage beim Wiesbadener Verwaltungsgericht eingereicht. Hierzu gab es jedoch bis heute noch keinen Verhandlungstermin.

Seit 2012 wird die Wasserversorgung in der Landeshauptstadt Wiesbaden in öffentlich-rechtlicher Form durch den städtischen Eigenbetrieb WLW wahrgenommen. Die ESWE Versorgung ist jedoch weiterhin Eigentümerin des Wassernetzes, das an den Eigenbetrieb verpachtet wird und übernimmt die Betriebsführung des Wassernetzes. Der Geschäftsverlauf des Eigenbetriebs wird von der Betriebsleitung insgesamt als günstig beurteilt. Die Umsatzerlöse mit Dritten gegenüber dem Vorjahreszeitraum sind nahezu unverändert geblieben. Die gesamte Netzeinspeisung - der Wasserbezug - betrug im Jahr 2017 15,4 Mio. m³ (Vorjahr 15,2 Mio. m³). Unter Berücksichtigung von Netzverlusten und Messdifferenzen belief sich die nutzbare Wasserabgabe im Jahr 2017 auf 15,0 Mio. m³ (Vorjahr 14,5 Mio. m³).

Gesamtabschluss 2017

Die WiTCOM konnte das Bestandskundengeschäft mit der Bereitstellung von Datendiensten, Kabelinfrastruktur, Standortanbindungen, IT-Infrastruktur sowie DataCenter-Dienstleistungen weiter ausbauen und Neukunden hinzu gewinnen.

Entsorgung

Für die fachgerechte Beseitigung der im Stadtgebiet anfallenden Abfälle und Abwässer sowie für die Gewährleistung der Straßenverkehrssicherungspflicht im Winter sind der Eigenbetrieb ELW sowie seine Beteiligungen zuständig.

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Leistungsentgelte im Bereich Entsorgung mit rund 81 Mio. € nahezu unverändert. Der größte Anteil an den Leistungsentgelten wird im Bereich Abwasser mit 41 Mio. € erwirtschaftet. Einen Rekordumsatz gab es bei dem Verkauf von Altpapier, da der durchschnittliche Verkaufserlös pro Tonne im Jahr 2017 so hoch wie noch nie zuvor war. Durch die Abschottung des chinesischen Marktes sinken sie allerdings derzeit wieder. Der Jahresüberschuss lag deutlich über dem Planwert, allerdings ist das Ergebnis der Sparte Straßenreinigung aufgrund der Nicht-Einführung der zweiten Stufe der neuen Straßenreinigungssystematik unbefriedigend.

Die gebührenpflichtige Frischwassermenge, die der Maßstab für die Berechnung der Schmutzwassergebühr ist, hat sich im Vergleich zum Vorjahr nur unwesentlich erhöht. Die versiegelte Fläche, die die Basis zur Ermittlung der Niederschlagswassergebühr darstellt, ist gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben. Jährlich neu hinzu kommende versiegelte Flächen einerseits und Entsiegelungsmaßnahmen andererseits haben sich in ihren Auswirkungen auf die Gebührenhöhe gegenseitig neutralisiert.

Das Restabfallvolumen, gemessen über die Summe der Restabfallbehälter unter Berücksichtigung des Fassungsvermögens in Liter und der Leerungshäufigkeit, zeigt keine Veränderung gegenüber dem Vorjahr 2016.

Unter Beibehaltung der im Jahr 2016 eingeführten Stufe 1 der neuen Straßenreinigungssystematik hat sich die Summe aller Berechnungsmeter der Straßenreinigung um 0,5 % reduziert.

Nachdem die Ablagerungsmengen auf der Deponie schon im Jahr 2016 gegenüber dem Vorjahr rückläufig waren, wurden die Mengen des Jahres 2017 nochmals um fast 20 % auf 326.329 Tonnen reduziert.

Im Wirtschaftsjahr 2017 gab es keine Gebührenanpassungen.

Der Verlauf des Geschäftsjahres 2017 der MBA Wiesbaden GmbH - die insbesondere für Abfälle, die nicht aus privaten Haushalten kommen und der Verwertung zuzuführen sind, zuständig ist - gestaltete sich trotz gestiegener Verbrennungspreise deutlich positiver im Hinblick auf die Mengen- und Preisentwicklung als geplant.

Gesamtabschluss 2017

Verkehr

Die ESWE Verkehrsgesellschaft stellt die Beförderung von Personen und Gütern sicher und übernimmt die damit im Zusammenhang stehenden Dienstleistungen. Im Geschäftsjahr 2017 konnten die Fahrgastzahlen im Verkehrsgebiet auf ein Rekordhoch von 55,6 Mio. Fahrgästen gesteigert werden. Die Umsatzerlöse im Linienverkehr liegen nahezu unverändert bei 48 Mio. €. Das Jahresergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr (vor Verlustübernahme) weiter verschlechtert.

Soziales

Durch soziale Leistungen sind Transferaufwendungen i. H. v. 395 Mio. € (Vj. 375 Mio. €) entstanden. Diese entfallen mit 220 Mio. € auf Leistungen an natürliche Personen nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) mit 81 Mio. € auf Leistungen an natürliche Personen nach dem SGB XII (u. a. Grundsicherung im Alter), und mit 94 Mio. € auf sonstige soziale Leistungen.

Seit Veräußerung der Betriebsgrundstücke der Feierabendheim Simeonhaus GmbH an die GWW zum 1. Oktober 2014 beschränkt sich die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft auf das Erbringen von Serviceleistungen für die Bewohner. Der Servicevertrag ist seit dem 01.01.2018 unbefristet. Es ist beabsichtigt, den Servicegedanken für Seniorinnen und Senioren im Sinne eines selbständigen Wohnens im Alter auszubauen und der Gesellschafterin Landeshauptstadt Wiesbaden eine Konzeption zur Beschlussfassung vorzulegen, welche gleichzeitig Beschäftigungsmöglichkeiten für Bezieher von SGB II Leistungen bieten soll.

Während bei der Altenhilfe Wiesbaden GmbH im Toni-Sender-Haus der sich seit 2014 abzeichnende Trend des Auslastungsrückgangs verstetigte, hat sich die Auslastung im Moritz-Lang-Haus im Geschäftsjahr 2017 auf dem Vorjahresniveau gehalten. Nach Einführung der Pflegegrade zum 01.01.2017 ergab sich im Geschäftsjahr eine Verschiebung hin zu Bewohnern und Bewohnerinnen mit höheren Pflegegraden. Durch die Pflegesatzerhöhungen konnten die Erträge aus vollstationärer, aus der Kurzzeitpflege sowie aus der Unterkunft und Verpflegung gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden.

Unter dem Dach der Holding „EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH“ werden die HSK Pflege GmbH sowie die HELIOS Dr. Horst Schmidt Kliniken Wiesbaden GmbH geführt. Ziel ist, unter strategischer Steuerung der EGW einzelne Aktivitäten der Landeshauptstadt Wiesbaden im Bereich Gesundheit zu bündeln und zu koordinieren, um die Landeshauptstadt Wiesbaden als Gesundheitsstadt zu profilieren und zu stärken. Im Berichtsjahr erhielt die EGW wiederum die vertraglich vereinbarte Garantiedividende von 300 T€ von der HELIOS Dr. Horst Schmidt Kliniken Wiesbaden GmbH.

Die HSK Pflege GmbH ist derzeit operativ nicht tätig, die Planungen für das Neubaurvorhaben am Standort der HELIOS Dr. Horst Schmidt Kliniken wurden b. a. w. eingestellt. Die Ertragslage der HSK Pflege ist geprägt durch betriebliche Aufwendungen, denen keine betrieblichen Erträge gegenüberstehen.

Gesamtabschluss 2017

Für den Klinik-Neubau der HELIOS Dr. Horst Schmidt Kliniken Wiesbaden GmbH erfolgte die Grundsteinlegung im November 2016. Der siebenstöckige Neubau soll rd. 1.100 Betten aufnehmen und eine Bruttogeschossfläche von knapp 100.000 Quadratmetern aufweisen. Richtfest wird im März 2019 sein.

Die Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH (WJW) stellt für die berufliche Integration und Reintegration arbeitsloser oder von Arbeitslosigkeit bedrohter Menschen geeignete Angebote im Bereich der Berufsvorbereitung, Ausbildung/Umschulung und Beschäftigung bereit. Die Domäne Mechtildshausen ist das Aushängeschild der WJW. Insgesamt werden benachteiligten Jugendlichen rd. 450 Ausbildungsplätze in 35 Berufen angeboten. Der Verlauf des (abweichenden) Geschäftsjahres 2016/2017 war wiederum durch die Auswirkungen der wie in den Vorjahren reduzierten Kapazitätsauslastung geprägt. Der Aufwand für das Vorhalten eines mit einer entsprechenden Bandbreite versehenen Berufsfeldangebotes konnte nicht durch entsprechende Erträge gedeckt werden. Insofern entstand ein deutlicher Jahresfehlbetrag.

Am 20.11.2017 trat der Geschäftsführer der WJW Jörg Bourgett zurück. Neue Geschäftsführer sind Ralph Schüler (Vorsitzender), Rainer Emmel und Winfried Kühnl.

Tourismus und Sonstiges

Der Eigenbetrieb TriWiCon bildet das Dach über die Messe-, Kongress- und Veranstaltungsaktivitäten der LHW. Die TriWiCon legt die strategische Gesamtausrichtung der Aufgabewahrnehmung fest und steuert nach diesen Grundsätzen die Gesellschaften Rhein-Main-Hallen GmbH (RMH), Kurhaus Wiesbaden GmbH und Wiesbaden Marketing GmbH.

Der Geschäftsverlauf der RMH im Jahr 2017 war weiterhin geprägt vom Bau des Kongresszentrums und der Akquise von Veranstaltungen für das neue RheinMain CongressCenter. Daneben fanden etliche Veranstaltungen an externen Locations statt.

Die Kurhaus Wiesbaden GmbH ist für die Vermarktung und Bewirtschaftung des Kurhauses zuständig. Die denkmalgeschützte Bausubstanz des Kurhauses ist dabei ein herausstechendes Merkmal gegenüber anderen Destinationen. Der Geschäftsverlauf für das Jahr 2017 war insgesamt zufriedenstellend.

Wiesbaden Marketing ist für die Außendarstellung und die nationale sowie internationale Vermarktung der Landeshauptstadt Wiesbaden als Tourismusziel und Veranstaltungsort zuständig. Auch im Jahr 2017 bildeten das nationale und internationale Tourismusmarketing für die Stadt Wiesbaden sowie die Umsetzung von Stadtmarketingaktivitäten auf lokaler Ebene die wesentlichen Aufgaben der Gesellschaft. Zur zielgerichteten Verfolgung und Umsetzung dieser Aktivitäten forcierte die Gesellschaft weiterhin die Zusammenarbeit in Kooperationen in den unterschiedlichsten Segmenten. Als ein Beispiel hierfür steht die enge Zusammenarbeit mit der Werbegemeinschaft Wiesbaden e.V.. Des Weiteren erfolgt eine ganzheitliche Vermarktung der Kongress- und Tagungsdestination Wiesbaden über die Wiesbaden Kongressallianz, die sich aus den Veranstaltungshäusern, Hotels sowie weiteren Partnern zusammensetzt.

Gesamtabschluss 2017

Wiesbaden hat im vergangenen Jahr mehr Übernachtungen registriert als je zuvor. Die Zahl stieg um mehr als zwei Prozent auf 1,25 Millionen. Von den rd. 583.000 Gästen kamen zirka 80 % aus Deutschland. Jeder inländische Besucher verbrachte durchschnittlich über zwei Nächte in der Stadt. Dabei wird Wiesbaden einerseits als ein lohnenswertes Städtereiseziel wahrgenommen, andererseits als attraktiver Tagungs- und Kongressstandort. Die Zahl der ausländischen Besucher ging dagegen um 6,7 % zurück. Während mehr Amerikaner, Italiener und Österreicher sich für Wiesbaden entschieden, sank die Zahl der Gäste aus den arabischen Golfstaaten, China und Russland drastisch. Dies lässt sich auch auf die politische Entwicklung zurückführen. Trotz der abgerissenen Rhein-Main-Hallen stieg die Zahl der Gäste, die an Veranstaltungen teilnahmen.

Herr Thomas-W. Sante und Herr Oliver Heiliger sind seit dem 1. August 2017 neben Herrn Martin Michel Betriebsleiter und Geschäftsführer und lösen Herrn Rainer Schäfer, Herrn Markus Ebel-Waldmann und Herrn Henning Wossidlo in dieser Funktion ab.

Der Eigenbetrieb Mattiaqua betreibt die städtischen Einrichtungen in den Bereichen Gesundheit / Wellness, Frei- und Hallenbäder und Freizeit. Darüber hinaus obliegt ihm die Sicherstellung der Nutzung von Thermalquellen und der Versorgung des Stadtgebietes mit Thermalwasser. Wesentliche Teile der Einnahmen werden in dem Segment Gesundheit & Wellness mit den Einrichtungen Thermalbad Aukammtal und Kaiser-Friedrich-Therme erzielt. Die Besucherzahlen haben aufgrund des schlechten Sommerwetters im Segment Freizeit stark abgenommen, so dass sich der Jahresfehlbetrag gegenüber dem Vorjahr noch einmal deutlich erhöht hat.

Gesamtabschluss 2017

1.1.4 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Unternehmen und Eigenbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden erfüllen den öffentlichen Zweck der Daseinsvorsorge. In den Darstellungen auf den folgenden Seiten werden der Unternehmenszweck der einzelnen Sparten beschrieben und die dazu gehörenden Gesellschaften aufgeführt.

Stadtentwicklung und Wohnungsbau

Stadtentwicklung

Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen der Stadtentwicklung auf der Grundlage städtebaulicher Entwicklungskonzepte sowie die Besorgung der städtebaulichen Planung.

Erwerb, Veräußerung, Verwaltung und Bewirtschaftung von Grundstücken sowie die Durchführung von Baumaßnahmen durch Dritte auf eigenen Grundstücken, die Betreuung von Bau- und Sanierungsvorhaben der Stadt und Übernahme entsprechender Projektmanagementaufgaben.

Des Weiteren die Entwicklung, Projektierung, Erstellung und das Facility-Management von Immobilien.

- SEG Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH*
- WiBau GmbH*
- EGM Entwicklungsgesellschaft Metropolregion Rhein-Main mbH*

Wohnungsbau

Sichere und sozial verantwortbare Wohnraumversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung sowie die Betreuung, die Bewirtschaftung, Errichtung und Verwaltung von Bauten aller Art in allen Rechts- und Nutzungsnormen.

Erwerb, Belastung und Veräußerung sowie die Ausgabe von Erbbaurechten. Entwicklung, Verwaltung und Verwertung des Immobilienbestands.

- GeWeGe Wohnungsgesellschaft der Stadt Wiesbaden mbH*
- GWW Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH*
- WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co. KG
- GWI Gewerbeimmobilien GmbH (bis 07.01.2018 WIM Wiesbadener Immobilien Management GmbH)*

*Gesellschaften innerhalb des WVV-Teilkonzerns

Ver- und Entsorgung, Verkehr

Versorgung

Versorgung mit Energie (Wärme, Gas, Strom) und Wasser sowie Betrieb und Bau der dafür notwendigen Anlagen und Netze.

Erwerb, Verwaltung und Veräußerung von Beteiligungen an anderen Unternehmen sowie die Erbringung von Dienstleistungen für verbundene Unternehmen.

- Bürgersolaranlagen Wiesbaden GmbH
- ESWE BioEnergie GmbH*
- ESWE Taunuswind GmbH*
- ESWE Windpark GmbH*
- ESWE Windpark Uettingen GmbH & Co. KG*
- Windpark Bad Camberg GmbH & Co. KG*
- Windkraft Kahlenberg GmbH & Co. KG*
- ESWE Versorgungs AG*
- Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG (KMW)*
- Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH*
- THEE ESWE Windparkbeteiligungs GmbH & Co. KG*
- THEE ESWE Windparkbeteiligungs Verwaltungs GmbH*
- Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (WLW)
- WVW Wiesbaden Holding GmbH*

Entsorgung

Fachgerechte Beseitigung der im Stadtgebiet anfallenden Abfälle und Abwässer sowie die Gewährleistung der Straßenverkehrssicherungspflicht im Winter.

- Abwasserverband Flörsheim
- DBW Recycling GmbH & Co. KG
- DBW Recycling Verwaltungs GmbH
- Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (ELW)
- MBA Wiesbaden GmbH

Verkehr

Beförderung von Personen und Gütern bzw. Erstellung von Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Beförderung von Personen und Gütern.

- ESWE Verkehrsgesellschaft mbH*
- Verkehrs-Verbund Mainz-Wiesbaden GmbH*
- CityBahn GmbH*

**Gesellschaften innerhalb des WVW-Teilkonzerns*

Soziales

Altenpflege und Klinikum

Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der Altersfürsorge durch das Errichten bzw. Betreiben von Alten- und Pflegeheimen sowie eines Großklinikums.

Erbringung stationärer und ambulanter Krankenhausleistungen sowie bedarfs- und leistungsgerechte stationäre bzw. teilstationäre Pflege bzw. Betreuung alter oder pflegebedürftiger Menschen.

- Altenhilfe Wiesbaden GmbH (AHW)
- EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH
- Feierabendheim Simeonhaus GmbH
- HELIOS Dr. Horst Schmidt Kliniken Wiesbaden GmbH
- HSK Pflege GmbH

Ausbildung und Beschäftigung

Existenzgründung durch Qualifizierung von Existenzgründungswilligen aus benachteiligten Gruppen des Arbeitsmarktes sowie Integration/Reintegration arbeitsloser und von Arbeitslosigkeit bedrohter Menschen durch Bereitstellung von Angeboten im Bereich Berufsvorbereitung, Ausbildung/Umschulung, Beschäftigung und Unterstützung beim Übergang in den Beruf.

- WJW - Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH
- EXINA GmbH

Tourismus, Informationstechnik und Sonstiges

Tourismus, Kongresse, Veranstaltungen

Betrieb des Kurhauses, der Rhein-Main-Hallen, der städtischen Einrichtungen in den Bereichen „Gesundheit/Wellness“, „Frei- und Hallenbäder“ und „Freizeit“ sowie die Sicherstellung der Nutzung von Thermalquellen und der Versorgung im Stadtgebiet mit Thermalwasser.

Konzeption, Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, insbesondere von Messen und Kongressen in Wiesbaden. Stärkung des Tourismus und der Wettbewerbsfähigkeit der LHW gegenüber anderen Städten und Regionen sowie als Messe- und Kongressstandort.

- Kurhaus Wiesbaden GmbH
- - mattiaqua - Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Wiesbaden für - Quellen - Bäder - Freizeit
- Rhein-Main-Hallen GmbH
- TriWiCon Eigenbetrieb für Messen, Kongresse und Tourismus
- Wiesbaden Marketing GmbH
- Stiftung Stadtmuseum Wiesbaden

Informationstechnik und Sonstiges

Erbringung von Leistungen der elektronischen Datenverarbeitung und Telekommunikationsdienstleistungen sowie hiermit zusammenhängende Leistungen.

- WIVERTIS Gesellschaft für Informations- und Kommunikationsdienstleistungen mbH
- WiTCOM Wiesbadener Informations- und Telekommunikationsgesellschaft mbH*
- Beteiligungsgesellschaft WVV Wiesbaden Holding GmbH*

**Gesellschaften innerhalb des WVV-Teilkonzerns*

Gesamtabschluss 2017

Der Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks lässt sich anhand der folgenden Kennzahlen nachvollziehen. Weitergehende Informationen können dem Beteiligungsbericht für 2017 entnommen werden.

Kennzahlen	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2015
Ver- und Entsorgung, Verkehr			
Versorgung:			
Nutzbare Abgabe Vertrieb Strom (MWh)	960.486	978.691	1.149.869
Nutzbare Abgabe Vertrieb Gas (MWh)	2.097.701	2.053.419	1.921.620
Nutzbare Abgabe Wasser (Tm ³)	14.968	14.464	14.948
Durchschnittlicher Wasserverbrauch je Einwohner (m ³)	57,4	56,0	58,6
Nutzbare Abgabe Fernwärme (MWh)	250.537	250.280	240.179
Länge des Fernwärmenetzes (km)	109	108	108
Entsorgung:			
Abwasserbeseitigung (Tm ³)	27.962	30.089	29.941
Straßenreinigung (Berechnungsmeter)	609.167	612.095	736.598
Deponie- Anlieferung und Ablagerung (Tonnen)	326.329	405.104	607.507
Verkehr:			
Linienlänge (km)	660	635	629
Beförderungsfälle (Tsd.)	55.640	55.360	53.360
Platzkilometer im Linienverkehr (Mio. km)	1.017 ^{*10}	1.014	968
Platzausnutzung im Linienverkehr (%)	27,4	27,3	27,6
Stadtentwicklung und Wohnungsbau			
Anzahl Wohnungen	13.007	13.036	13.207
Wohnfläche in m ²	837.520	837.523	848.258
Soziales, Altenpflege, Ausbildung und Beschäftigung			
Auslastung Altenhilfe (%)	92	93	92
Auszubildende inkl. Umschüler	360	408	413
Sonstiges			
Anzahl Besucher Mattiaqua	1.247.000	1.309.000	1.407.000

¹⁰ Seit 2016 wird eine neue Berechnungsgrundlage angewendet, die auf einem höheren Platzangebot in den neuen Fahrzeugen beruht

Gesamtabschluss 2017

1.1.5 Vermögenslage:

	31.12.2017		31.12.2016	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Aktivseite				
Langfristig				
Immaterielle Vermögensgegenstände	37		40	
Sachanlagevermögen	<u>3.302</u>		<u>3.241</u>	
	3.339	71	3.281	73
Finanzanlagen, NASPA	699	15	625	14
Forderungen und sonstige VG	<u>34</u>	<u>1</u>	<u>36</u>	<u>1</u>
	4.072	87	3.942	88
Kurzfristig				
Vorräte	110	2	90	2
Forderungen und ARAP	187	4	176	4
Flüssige Mittel	<u>321</u>	<u>7</u>	<u>290</u>	<u>6</u>
	618	13	556	12
	<u>4.690</u>	<u>100</u>	<u>4.498</u>	<u>100</u>
	=====	=====	=====	=====
Passivseite				
Langfristig				
Eigenkapital einschl. Sonderposten	1.984	42	1.905	42
Rückstellungen	659	14	618	14
Verbindlichkeiten	<u>1.480</u>	<u>32</u>	<u>1.432</u>	<u>32</u>
	4.123	88	3.955	88
Kurzfristig				
Verbindlichkeiten, Rückstellungen und PRAP	<u>567</u>	<u>12</u>	<u>543</u>	<u>12</u>
	567	12	543	12
	<u>4.690</u>	<u>100</u>	<u>4.498</u>	<u>100</u>
	=====	=====	=====	=====

Gesamtabschluss 2017

Die Bilanzsumme ist mit 4.690 Mio. € gegenüber dem Vorjahr um 192 Mio. € gestiegen.

Das Vermögen des Verbundes ist mit einem Anteil von 87 % (Vj. 88 %) durch Investitionen in langfristige Sach- und Finanzanlagen geprägt. Die Sachanlagen haben sich im Vergleich zu 2016 geringfügig erhöht. Netto, das heißt unter Berücksichtigung der Abgänge, wurden im Berichtsjahr 217,1 Mio. € (Vj. 202,8 Mio. €) in Sachanlagen investiert. Dies entspricht einer Investitionsquote von 3,7 % und einer Reinvestitionsquote von 188 %.¹¹

Die Passiva zeigen die Finanzierung des städtischen Vermögens. Die Finanzierung erfolgte mit einem Anteil von 88 % (Vj. 88 %) langfristig.

Langfristig gebundenes Vermögen wird durch langfristiges Kapital finanziert (goldene Bilanzregel).

Die Eigenkapitalquote unter Einschluss der Sonderposten beträgt wie im Vorjahr 42 %.

Die Gesellschaften und Eigenbetriebe tragen einen Anteil von 79 % (Vj. 77 %) an den Kreditverbindlichkeiten des Verbundes.

Die Pro-Kopf-Verschuldung - bezogen auf die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen - betrug zum Stichtag 5.643 € und erhöhte sich damit im Vergleich zum Vorjahr (5.578 Mio. €) um 1,2 %.¹²

¹¹ Diese Kennzahlen werden in Anlage 7 erläutert.

¹² Diese Kennzahl wird in Anlage 7 erläutert.

Gesamtabschluss 2017

1.1.6 Vermögensvergleich Einzelabschlüsse - Gesamtabchluss

Die folgende Gegenüberstellung zeigt einen vermögensorientierten Vergleich aus dem Erstellungsprozess des Gesamtabchlusses. In der ersten Spalte sind die Bilanzwerte des Einzelabschlusses der Kernverwaltung der Landeshauptstadt aufgeführt. In Spalte zwei stehen die kumulierten Einzelabschlüsse aller einbezogenen Gesellschaften und Eigenbetriebe einschließlich des WVV-Teilkonzerns. Der Summenabschluss in Spalte drei besteht aus den addierten Bilanzwerten vor der Konsolidierung. In der letzten Spalte sind die konsolidierten Werte des Gesamtabchlusses aufgeführt.

in Mio. €	Einzel - abschluss Kernverwaltung	Einzel - abschlüsse Gesellschaften	Summen - abschluss	Gesamt - abschluss
Aktiva	2.758	2.571	5.329	4.690
Anlagevermögen	2.360	2.233	4.593	4.038
Umlaufvermögen	368	335	703	618
Rechnungsab- grenzungsposten	30	3	33	34
Passiva	2.758	2.571	5.329	4.690
Eigenkapital	1.502	621	2.123	1.676
Sonderposten	258	94	352	308
Rückstellungen	560	250	810	808
Verbindlichkeiten	402	1.596	1.998	1.852
Rechnungsab- grenzungsposten	36	10	46	46

Die Tabelle zeigt, dass knapp die Hälfte des Vermögens des Verbundes in den städtischen Unternehmen verwaltet wird. Neben dem Vermögen sind aber auch Verbindlichkeiten i. H. v. rd. 1,6 Mrd. € ausgegliedert worden.

Im Vergleich zur Bilanzsumme des Einzelabschlusses der Landeshauptstadt Wiesbaden (rd. 2,8 Mrd. €) erhöht sich im Verbund nach Berücksichtigung aller Konsolidierungsmaßnahmen die Bilanzsumme auf rd. 4,7 Mrd. €.

Während sich im Einzelabschluss der Stadt aufgrund einer Gesamtverschuldung (Rückstellungen, Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten) von rd. 1,0 Mrd. € eine Eigenkapitalquote (inkl. Sonderposten) von 64 % ergibt, beträgt die Eigenkapitalquote des Verbundes „nur“ 42 % aufgrund der Gesamtverschuldung von rd. 2,7 Mrd. €.

Gesamtabschluss 2017

1.1.7 Ergebnissituation

	2017	2016	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Privatrechtliche Leistungsentgelte	643	630	13
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	127	128	-1
Steuern u. ä.	630	588	42
Erträge aus Zuwendungen/ Zuweisungen	267	257	10
Erträge aus Transferleistungen	231	213	18
Übrige ordentliche Erträge	107	117	-10
Ordentliche Erträge	2.005	1.933	72
Personal- und Versorgungsaufwand	512	471	41
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	583	571	12
Abschreibungen	134	138	-4
Transferaufwendungen	395	375	20
Übrige ordentliche Aufwendungen	263	262	1
Ordentliche Aufwendungen	1.887	1.817	70
Verwaltungsergebnis	118	116	2
Finanzergebnis	-21	-27	6
Außerordentliches Ergebnis	9	-4	13
Jahresfehlbetrag/-überschuss	106	85	21

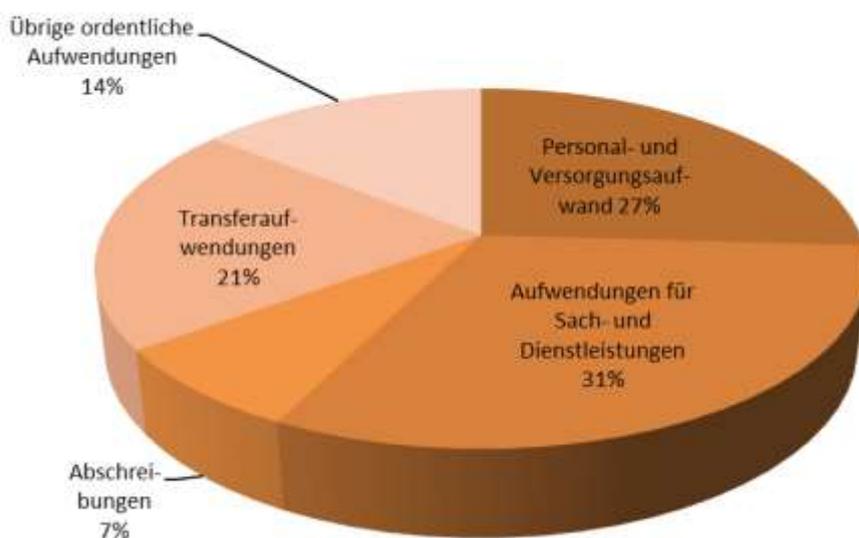
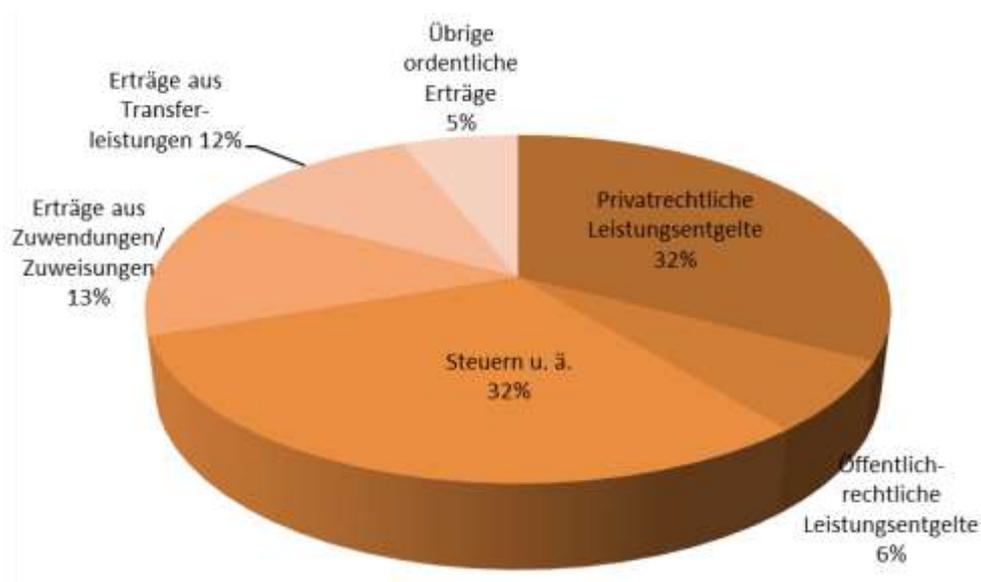
Im Berichtsjahr konnte ein Jahresüberschuss von 106 Mio. € erzielt werden (Vj. 85 Mio. €). Hierzu hat insbesondere das Verwaltungsergebnis i. H. v. 118 Mio. € beigetragen. Die or-

Gesamtabschluss 2017

entlichen Erträge sind geprägt durch die privatrechtlichen Leistungsentgelte (32 %), und die Steuern (32 %). Bei den ordentlichen Aufwendungen sind die größten Positionen die Personal- und Versorgungsaufwendungen (27 %) sowie die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (31 %). Der Aufwandsdeckungsgrad beträgt wie im Vorjahr 106 %.¹³

Das Finanzergebnis ist mit rd. - 21 Mio. € negativ, da die Zinsaufwendungen die Beteiligungserträge übersteigen. Die Zinslastquote beläuft sich auf 3,5 % (Vj. 3,5 %).¹⁴

Das außerordentliche Ergebnis ist insbesondere aufgrund von Anlagenverkäufen der Kernverwaltung gestiegen.



¹³ Diese Kennzahl wird in Anlage 7 erläutert.

¹⁴ Diese Kennzahl wird in Anlage 7 erläutert.

Gesamtabschluss 2017

1.1.8 Ergebnisvergleich Einzelabschlüsse - Gesamtabschluss

Die folgende Gegenüberstellung zeigt analog zur Bilanz in Abschnitt 1.1.6 den ergebnisorientierten Vergleich aus dem Erstellungsprozess des Gesamtabschlusses.

In der ersten Spalte sind die Werte der Ergebnisrechnung des Einzelabschlusses der Kernverwaltung der Landeshauptstadt aufgeführt.

In Spalte zwei stehen die kumulierten Einzelabschlüsse aller einbezogenen Gesellschaften und Eigenbetriebe einschließlich des WVV-Teilkonzerns.

Der Summenabschluss in Spalte drei besteht aus den addierten Ergebnisrechnungswerten vor der Konsolidierung.

In der letzten Spalte sind die konsolidierten, um interne Leistungsbeziehungen bereinigten Werte des Gesamtabschlusses aufgeführt.

in Mio. €	Einzel - abschluss Kernverwaltung	Einzel - abschlüsse Gesellschaften	Summen - abschluss	Gesamt - abschluss
Ordentliche Erträge	1.270	925	2.195	2.005
Ordentliche Aufwendungen	1.197	866	2.063	1.887
Verwaltungsergebnis	73	59	132	118
Finanzergebnis	14	-19	-5	-21
Ordentliches Ergebnis	87	40	127	97
Außerordentliches Ergebnis	5	-8	-3	9
Jahresüberschuss	92	32	124	106

Sowohl die ordentlichen Erträge (1,3 Mrd. €) als auch die ordentlichen Aufwendungen (1,2 Mrd. €) des Einzelabschlusses erhöhen sich durch die Einbeziehung der Aufgabenträger auf gerundet 2 Mrd. €. Damit steuern die Gesellschaften ca. 40 % zum Volumen der operativen Geschäftstätigkeit des Verbundes bei.

Im Vergleich zum Jahresüberschuss der Kernverwaltung (92 Mio. €) erhöht sich im Verbund nach der Durchführung aller Konsolidierungsmaßnahmen der Jahresüberschuss auf 106 Mio. € (Vj. 85 Mio. €). Zu den Konsolidierungsmaßnahmen zählt u. a. das Herausrechnen der erhaltenen Ausschüttungen innerhalb des Verbundes.

Gesamtabschluss 2017

1.1.9 Finanzlage

in Mio. €	31.12.2017
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	311
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-234
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-39
Liquide Mittel am Ende der Periode	321

Im Berichtsjahr wurde in der Kapitalflussrechnung gemäß dem erstmalig angewendeten Deutschen Rechnungslegungsstandard 21 (DRS 21) ein positiver Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 311 Mio. € ermittelt. Dieser wurde teilweise zur Finanzierung von Investitionen in Höhe von 234 Mio. € verwendet. Obwohl zusätzliche Kreditmittel - u. a. für das neue RheinMain CongressCenter sowie den Wohnungsbau - aufgenommen wurden, die höher als die Tilgungen waren, liegt der Finanzierungscashflow durch die Zins- und Dividendenzahlungen bei minus 39 Mio. €.

Die liquiden Mittel haben sich zum 31.12.2017 auf 321 Mio. € erhöht (Vorjahr 290 Mio. €).

Gesamtabschluss 2017

1.2 Bewertung des Gesamtabschlusses im Hinblick auf die dauernde Leistungsfähigkeit, Chancen und Risiken sowie perspektivischer Ausblick

Die **Landeshauptstadt Wiesbaden** zählt zu den Wanderungsgewinnern bis 2035¹⁵. Die Bevölkerungsprognose geht von einem Anstieg der Einwohnerzahl Wiesbadens, insbesondere der Personen im Rentenalter sowie der Personen mit Migrationshintergrund bis 2035 aus. Die Bevölkerungszahl zählt zu den Verteilungsfaktoren des kommunalen Finanzausgleichs, insofern begünstigt dies die Teilhabe an den Mitteln zur Kommunalfinanzierung. Während andere Kommunen gezwungenermaßen von Leistungseinschränkungen betroffen sind, zeigt die Prognose für die Landeshauptstadt die Chance auf, eine stetige wirtschaftlich positive Entwicklung als leistungsstarke Kommune zu nehmen. Durch die Anziehungskraft des Rhein-Main-Gebietes als Ballungsraum und der hohen Attraktivität Wiesbadens als Wohn- und Arbeitsort besteht nach wie vor ein hoher Bedarf an Wohnraum. Die LHW und ihre Wohnungsbaugesellschaften arbeiten derzeit an einem ambitionierten Wohnungsbauprogramm, damit Wohnen in Wiesbaden auch in Zukunft für breite Bevölkerungsschichten attraktiv und bezahlbar bleibt und sichern somit die Zukunftsfähigkeit Wiesbadens in diesem Sektor. Die Zunahme der Personen im Rentenalter birgt aber auch Risiken. Ältere Personen verfügen in der Regel über ein geringeres Einkommen als Erwerbspersonen, somit besteht das Problem der sinkenden Einkommensteuereinnahmen sowie des steigenden Sozialtransfers.

Zu weiteren strategischen Handlungsfeldern zählen - jeweils unter Finanzierungsvorbehalt - Investitionen in Schulen, der Ausbau der Kinderbetreuung, des Nahverkehrs, der Energieversorgung, der medizinischen und sozialen Einrichtungen sowie die Schaffung von Bedingungen, die einen weiteren Zuwachs an Arbeitsplätzen gewährleisten. Weitere Ziele sind die Neuausrichtung des Messe- und Kongresswesens, die kommunale Offensive für den Klimaschutz mit der Steigerung der Energieeffizienz sowie die kontinuierliche Verbesserung von Sicherheit und Sauberkeit in der Landeshauptstadt. Die Integration von Flüchtlingen ist eine zusätzliche gesellschaftspolitische Herausforderung für den städtischen Verbund, insbesondere die Aufnahme von Menschen mit hoher Bleibeperspektive in den Arbeitsmarkt.

Die Ertragslage der LHW ist stark abhängig von der Gewerbesteuer. Das Risiko besteht insbesondere darin, dass sowohl die Gewerbesteuer als auch der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer stark von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und dem Konjunkturverlauf bzw. dem Erfolg einzelner großer Unternehmen bestimmt sind. Insofern sind Ergebnisprognosen für die Zukunft schwierig und mit Unsicherheiten behaftet.

Risiken erwachsen aus den Jahressteuergesetzen, die regelmäßig Auswirkungen auf die Gewerbesteuer und den Gemeindeanteil aus der Einkommenssteuer haben.

Ein weiteres Risiko besteht vor allem in einer nur teilweisen Erstattung der Kosten im Sozialbereich durch den Bund und das Land.

Darüber hinaus ergeben sich Risiken durch die neue Gesetzgebung zur Umsatzsteuer aus § 2b Umsatzsteuergesetz, welche die Umsatzsteuerpflicht der öffentlichen Hand erheblich ausweitet. Die Auswirkungen auf die Landeshauptstadt Wiesbaden sind derzeit noch nicht absehbar. Im Rahmen der steuerlichen Außenprüfung vertritt das Finanzamt die Auffassung,

¹⁵ Wiesbadener Stadtanalysen, Vorausberechnung der Wiesbadener Bevölkerung und Haushalte, Wiesbaden, Juni 2017

Gesamtabschluss 2017

dass Umsatzerlöse aus dem nicht steuerbaren Bereich in den steuerpflichtigen umzugliedern sind. Diesem Umstand wurde im Geschäftsjahr Rechnung getragen einschließlich der auf die Umsatzsteuernachzahlungen anfallenden Nachzahlungszinsen.

Finanzielle Risiken können durch die Aufgabenverlagerung von Bund und Ländern an die Kommunen erwachsen, aber auch durch Leistungsgesetze, deren Finanzierung zu großen Teilen den Kommunen obliegt.

Ab 1. August 2018 ist beispielsweise in Hessen der Kita-Besuch für alle Kinder ab drei Jahren bis zur Einschulung an sechs Stunden pro Tag kostenfrei. Bislang war nur das letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung für fünf Stunden von den Gebühren befreit. Die Kommunen erhalten zur Finanzierung eine Pauschale pro Kind. Die Pauschale soll, nach Ansicht des Landes Hessen, die vollständigen Kosten decken. Das wird zu beobachten sein.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden wirkt allen diesen Risiken über ihre aktive Mitgliedschaft in kommunalen Spitzenverbänden, die Teilnahme an Anhörungen zu Gesetzesvorhaben und durch direkten Kontakt zu staatlichen Stellen entgegen.

Im Rahmen des Beteiligungscontrollings wird die unternehmerische Planung der Aufgabenträger durch das Beteiligungsmanagement überwacht. Das Beteiligungsmanagement stellt sicher, dass die vorgegebenen Kontrollmechanismen beachtet werden. Es koordiniert den Informationsaustausch mit den Unternehmen und ggf. den Fachdezernaten. Das Beteiligungscontrolling dient insbesondere dazu, Budgetabweichungen frühzeitig festzustellen und an den Magistrat sowie an die Gremien zu berichten. Im Bedarfsfall werden Gegensteuerungsmaßnahmen bei den Geschäftsführungen und Betriebsleitungen eingefordert. Steuerungsrelevante Informationen über Einzelgesellschaften und Unternehmensbereiche werden von dem Beteiligungsmanagement als Teil des Finanzdezernats generiert. Ziel der Systematisierung ist es, zeitnah zuverlässige Aussagen über die wirtschaftliche Entwicklung und die Risiken der einzelnen Gesellschaften, der Unternehmensbereiche sowie letztendlich des städtischen Beteiligungsportfolios treffen zu können.

Das Beteiligungsmanagement prüft ferner die Jahresabschlüsse der Beteiligungsgesellschaften mit Blick auf den Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätze-gesetz¹⁶ (nach dem Institut der Wirtschaftsprüfer¹⁷ PS 720). Zu beachten ist dort vor allem der Fragenkreis 4 „Risikofrüherkennungssystem“, der bei den Mehrheitsgesellschaften der LHW angemessene Beachtung findet. Die Geschäftsführungen der städtischen Gesellschaften haben in ihren Gesellschaften Maßnahmen ergriffen und Frühwarnsignale definiert, mit denen bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können.

Das Prüfungsfeld wurde um das EU-Beihilfenrecht erweitert. Die IDW Richtlinien beinhalten auch das neu in Kraft getretene Legislativpaket der EU-Kommission (Almunia-Paket). Das Paket verschärft die Definition der Daseinsvorsorge und beeinflusst den neuen Prüfungsstandard des Abschlussprüfers. Dieser beinhaltet die Überprüfung beihilferechtlicher Sachverhalte nach Artikel 107 AEUV, insbesondere zugunsten öffentlicher Unternehmen (IDW EPS 700).

¹⁶ Im Folgenden HGrG

¹⁷ Im Folgenden IDW

Gesamtabschluss 2017

Die langanhaltende Niedrig- und Nullzinspolitik bedeutet für Körperschaften mit beträchtlichen langfristigen Verpflichtungen ein stetig wachsendes Risiko. Im Gesamtabschluss des Verbundes der LHW mit langfristigen unmittelbaren und mittelbaren Pensionsverpflichtungen sowie Deponienachsorgeverpflichtungen äußert sich das stetig wachsende Risiko darin, dass das Volumen der Rückstellungen für unmittelbare Pensionsverpflichtungen und Deponienachsorgerückstellungen durch immer niedrigere Abzinsungssätze deutlich ansteigt und der Ertrag aus langfristigen Kapitalanlagen, die zur Deckung dieser langfristigen Verpflichtungen dienen sollen, dauerhaft niedrig ausfällt. Auch soweit nur mittelbare Pensionsverpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern bestehen, steigt das Risiko, dass Zusatzversorgungskassen ihre satzungsrechtlich zugesagten Leistungen nicht mehr in vollem Umfang erfüllen können und die fehlende Deckung zu Lasten ihrer Mitglieder bspw. über noch höhere Umlage-/ Sanierungsbeiträge kompensieren.

Dem Risiko der Erhöhung des Zinsniveaus auf der Darlehenseite wurde seitens der LHW über Forward-Kredite Rechnung getragen.

Aufgrund der Aufgaben und der Leistungsstruktur der Landeshauptstadt Wiesbaden existieren eine Reihe von allgemeinen Organisationsrisiken. Als solche sind beispielsweise zu nennen: Korruption, Veruntreuung, Entscheidung zugunsten unwirtschaftlicher Handlungsalternativen, Vermögens- oder Personenschäden aufgrund fahrlässiger Handlungen, Vermögensschäden aufgrund mangelhafter Vertragsgestaltung, Vermögensschäden aufgrund mangelhafter Leistungserbringung Dritter. Zur Reduzierung dieser Risiken hat die Landeshauptstadt Wiesbaden geeignete Maßnahmen ergriffen und durch interne Vorschriften geregelt.

Der Klimaschutzplan der Bundesregierung legt klare Zielwerte für die drei Sektoren der **Energiewirtschaft** fest. Durch die Sektorkopplung sollen die Bereiche Elektrizität, Wärmeversorgung und Verkehr gekoppelt, also gemeinsam optimiert werden. Bisher werden die Sektoren weitgehend unabhängig voneinander betrachtet. Da die Sektorkopplung Synergieeffekte - insbesondere bei der Integration von hohen Anteilen erneuerbarer Energien - ermöglicht, wird sie als Schlüsselkonzept der Energiewende betrachtet.

Die Dekarbonisierung von Strom, Wärme und Verkehr ist für die Energiewirtschaft eine große Herausforderung im Kerngeschäft und zugleich eine Chance, neue Angebote und Geschäftsmodelle zu entwickeln. Die Auswirkungen dieser politischen CO₂-Ziele auf die Infrastrukturen für Strom, Gas und Fernwärme abzuschätzen, war Ziel des in 2017 gemeinsam mit der Thüga AG durchgeführten Projekts „Let's go green“. Hierbei wurde insbesondere untersucht, welche Folgen die zunehmende Elektrifizierung auf anstehende Investitionen in die Strom-, Gas und Wärmeinfrastruktur hat. Die abstrakten politischen Vorgaben sollten in konkrete Handlungsempfehlungen umgesetzt werden.

Die Dekarbonisierung birgt das Risiko, dass bereits getätigte langfristige Investitionen in die Netzinfrastruktur durch Eingriffe der Politik frühzeitig entwertet werden. Zugleich bietet sie die Chance, neue Angebote und Geschäftsmodelle zu entwickeln.

Alle im Projekt untersuchten Zukunftsszenarien zeigen einen kontinuierlichen Anstieg des Strombedarfs. Kernaussage des Projektes ist die Feststellung, dass Gas und Wärme künftig „grüner“ werden müssen. Eine zunehmende Einbindung von Biogas und synthetischem Gas aus erneuerbarem Strom können die vergleichsweise geringen CO₂-Emissionen des Ener-

Gesamtabschluss 2017

gieträgers weiter senken und dabei als bezahlbare und umsetzbare Alternative zu einer komplett elektrischen Zukunft genutzt werden.

Daher kommt der Gasinfrastruktur eine besondere Rolle zu, da die saisonal schwankende Nachfrage problemlos durch Gasspeicher bedient werden kann.

Die Reduktion der konventionellen Erzeugung im Bereich der Wärme stand auch im Mittelpunkt der Entwicklung eines Fernwärmeerzeugerkonzepts für Wiesbaden. Ziel hierbei war es, eine langfristig sichere Wärmeversorgung auf hohem ökologischem Niveau zu wettbewerbsfähigen Preisen zu gewährleisten. Die Wärmeversorgung der Zukunft muss weitestgehend ohne Öl, Kohle und Erdgas auskommen. Daher müssen die Wärmeversorgungssysteme künftig durch regenerative bzw. CO₂-neutrale Quellen gespeist werden. Auf Basis einer Bedarfsprognose wurden verschiedene Erzeugungsvarianten und deren ökologische und ökonomische Auswirkungen untersucht, um eine mittelfristige Strategie des Geschäftsfeldes zu erarbeiten.

Auf der Kundenseite baut ESWE seit Jahren das Portfolio an energienahen Dienstleistungen wie Energieaudits, Wärmeanlagen-Contracting, Beleuchtungs-Contracting oder Smart-Home-Produkten aus. Für Geschäftskunden entwickelt die Versorgung neben maßgeschneiderten Energielieferverträgen Ideen und Versorgungskonzepte, die langfristig Energieverbräuche und damit Kosten senken. In diesem Zusammenhang erhalten die Kunden diverse energienahe Dienstleistungen als Rundum-Sorglos Paket.

Das neueste Produkt der Dienstleistungsreihe ist der „ESWE Strom-Tankservice“. Dieses enthält ein vollumfassendes Paket für Planung, Finanzierung, Installation und Betriebsführung von E-Ladesäulen.

Das derzeitige Risikoszenario im Stromnetzbereich weist als Hauptrisiko weiterhin den Preisdruck auf die Netznutzungsentgelte durch die Regulierungsbehörde im Rahmen der seit 1. Januar 2009 geltenden Anreizregulierung auf. Trotz der bereits realisierten Effizienzsteigerungen im Netzbereich bedarf es auch in den folgenden Regulierungsperioden eines permanenten Optimierungsprozesses, um die Effizienzvorgaben der Bundesnetzagentur auch weiterhin zu erreichen.

Durch die Novellierung der Anreizregulierung für die dritte Regulierungsperiode (ab 2019) wurden verschiedene Rahmenbedingungen festgelegt, so beispielsweise die unverzügliche Berücksichtigung von Investitionen im Netzentgelt. Mit Blick auf die Obergrenzen der zulässigen Gesamterlöse der SW Netz aus den Netzentgelten (Erlösbergrenze) bleiben jedoch noch Festlegungen offen, unter anderem der individuelle Effizienzwert, das Ausgangsniveau sowie der allgemeine Produktivitätsfaktor. Hierzu hat die Bundesnetzagentur bislang noch keine Entscheidung getroffen. Die künftige Ergebnisentwicklung wird stark von der Auslegung der neuen Anreizregulierungsverordnung abhängen.

Ein weiteres signifikantes Risiko besteht in dem Ausgang des Verfahrens mit der Kartellbehörde wegen in den Jahren 2007 bis 2011 vermeintlich überhöhter Wasserpreise. Die hessische Landeskartellbehörde hat Ende 2016 eine Abschöpfungsverfügung in Höhe von 46,3 Mio. € ausgesprochen. Gegen diese Verfügung wurde fristgerecht Beschwerde eingelegt, da die Verfügung sachlich als ungerechtfertigt angesehen wird und darüber hinaus die potentiellen Ansprüche weitgehend verjährt sind. Mit einer Anhörung vor dem Landge-

Gesamtabschluss 2017

richt Frankfurt am Main sowie einem erstinstanzlichen Urteil rechnet ESWE bis Ende 2018. Die für dieses Risiko in den Vorjahren gebildete Rückstellung besteht in unveränderter Höhe fort.

Der Eigenbetrieb **Wasserversorgung** ist operativen Risiken ausgesetzt, wie dem möglichen Ausfall von Versorgungsleitungen und sonstigen Anlagen, die zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit erforderlich sind. Eine sachgerechte Instandhaltung und Wartung reduziert diese Risiken. Das Hauptrisiko bei den Wasserversorgungsbetrieben besteht darin, dass steigende Wasserbezugspreise durch die derzeit gültigen Wassergebühren nicht mehr gedeckt sind und dass aufgrund politischer Vorgaben die Kostensteigerungen nicht an die Gebührenpflichtigen weitergegeben werden könnten. Da die Stadt Wiesbaden als Einrichtungsträger jedoch verpflichtet ist, für eine ausgeglichene Ergebnis- und Liquiditätssituation zu sorgen, wird dieses Risiko auch für die Zukunft als nicht wesentlich eingestuft.

Risiken für die ESWE **BioEnergie** können sich aus technischen Störungen oder ungeplanten Produktionsausfällen beim Betrieb des Biomasse-Heizkraftwerks mit Auswirkung auf Umsatz und Jahresergebnis ergeben. Eine sachgerechte Instandhaltung und Wartung des Kraftwerks reduziert diese Risiken. Darüber hinaus sind die Risiken aus technischen Mängeln und den daraus resultierenden Vermögensschäden, soweit sinnvoll, durch den Abschluss entsprechender Versicherungsverträge teilweise abgedeckt. Die Vergütung für den jährlich produzierten und eingespeisten Strom orientiert sich an den Stromgroßhandelspreisen. Daher können sich durch weiter sinkende Stromgroßhandelspreise ungeplante Ergebnisbelastungen ergeben. Umgekehrt besteht bei steigenden Preisen die Chance, zusätzliche Ergebnisbeiträge zu realisieren.

Die **Kraftwerke Mainz-Wiesbaden** erweitern ihren Anlagenpark auf der Ingelheimer Aue um ein rd. 100 Mio. € teures Gasmotorenkraftwerk, um Lastspitzen flexibel aufzufangen. Die Fertigstellung der genehmigten und modular aufgebauten 100 Megawatt - Anlage ist für Ende 2018 vorgesehen.

Die Chancen und Risiken der **ESWE Verkehr** sind insbesondere von der Vision vom „emissionsfreien Nahverkehr“ zu betrachten. Die Zukunft des hiesigen Nahverkehrs fußt auf den folgenden vier Säulen:

Planung einer länderübergreifenden Bahnstrecke zwischen den Landeshauptstädten Wiesbaden und Mainz (CityBahn) mit der vorgesehenen Verlängerung bis nach Bad Schwalbach, Einsatz von batteriebetriebenen E-Bussen auf den wirtschaftlich und technisch möglichen Streckenabschnitten,

Einsatz von Brennstoffzellenbussen und Schaffung der nötigen Infrastruktur in Kooperation mit der Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH (MVG) und der traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (traffiQ) und

Umtausch der Hilfsfahrzeuge (z. B. Sprinter für die Verkehrsmeister, Verkehrsüberwachung und Werkstatt) in Elektro-Fahrzeuge.

Am Ende des Vier-Säulen-Prozesses steht die Verwirklichung der Vision vom emissionsfreien Nahverkehr, also null Abgasemissionen und null Lärmemissionen.

Um die neue Vielfalt der unterschiedlichen Mobilitätsoptionen, die sogenannten „multimodalen Verkehrsangebote“, sinnvoll und kundenfreundlich miteinander zu verknüpfen, werden an zentralen Stellen im Wiesbadener Stadtzentrum sogenannte Mobilitätsstationen entstehen,

Gesamtabschluss 2017

die den direkten Umstieg zum Beispiel vom Bus aufs Mietfahrrad oder von der CityBahn auf ein Carsharing-Auto ermöglichen.

Es ist allerdings mit einer deutlich erhöhten Belastung des Jahresergebnisses zu rechnen (Zuschussbedarf im unteren zweistelligen Millionenbereich), da die umfangreichen Projekte mit dem Ziel, einem emissionsfreien ÖPNV näherzukommen, nicht in vollem Umfang von Fördermittelgebern getragen werden.

Deswegen wird der eingeschlagene Weg zur kontinuierlichen Optimierung der Unternehmensstrukturen und -prozesse weiterverfolgt, um zukünftig unter den weiter wachsenden Herausforderungen hochwertige Verkehrsleistungen kostenoptimiert anbieten zu können. Darüber hinaus sind im operativen Geschäft die anspruchsvollen Rahmenbedingungen einer kontinuierlichen Personalbeschaffung für die Fahrdienstbereiche zu beachten. In Folge der Personalfuktuation und zeitweise hoher Krankenstände ist der Bedarf an neuem Fahrpersonal gegeben. Durch die gute Wirtschaftslage in der Region Rhein-Main sind die Nachfrage nach qualifiziertem Personal und der damit einhergehende Wettbewerb um Arbeitskräfte weiterhin hoch. ESWE Verkehr stellt sich auf diese Rahmenbedingungen ein und wird weiterhin erhebliche Ressourcen in die Ausbildung neuer Arbeitskräfte investieren.

Im Rahmen der in 2017 abgeschlossenen steuerlichen Außenprüfung vertritt das Finanzamt die Auffassung, dass die in der Sparte Verkehr bis zum 31. Dezember 2009 aufgelaufenen Verlustvorträge nicht mehr nutzbar seien. Dies hätte zur Folge, dass die in den Jahren seit 2010 vorgenommenen Verlustverrechnungen nicht mehr zulässig sind, so dass sich für die Gesellschaft Steuernachzahlungen maximal im unteren zweistelligen Millionenbereich ergeben würden. In Abstimmung mit dem steuerlichen Berater geht die Geschäftsführung jedoch nach wie vor davon aus, dass die Auffassung des Finanzamtes unbegründet ist. Gegen die im ersten Quartal 2018 ergangene Veranlagung für die Jahre 2009 bis 2011 hat die Gesellschaft entsprechende Rechtsmittel eingelegt und wird, wenn erforderlich auch den Weg der Klage beschreiten. Aufgrund der derzeitigen Bescheidlage wurde die bereits in Vorjahren gebildete Rückstellung für mögliche Steuernachzahlungen noch einmal erhöht.

Unverändert ergeben sich für die **WVV Holding** Chancen aus den **Beteiligungen** und der Bündelung der **immobilienwirtschaftlichen Aktivitäten**.

Mit den von der Beteiligungsgesellschaft WVV gehaltenen Anteilen an der Kom9 GmbH & Co. KG, Freiburg im Breisgau (Kom9 KG), ist die Erwartung verknüpft, dass auch künftig eine nachhaltige Rendite erzielt werden kann, die die Finanzierungsaufwendungen übersteigt. Der Anteil ist unverändert zum Vorjahr. Aus der Ausschüttung der Thüga Holding aus dem Bilanzgewinn 2017 erwartet die Beteiligungsgesellschaft WVV mit dem durchgerechneten Beteiligungsanteil von rund 5 % eine Bruttodividende von ca. 13 Mio. € im Jahr 2018, der aufgrund des Ergebnisabführungsvertrags im gleichen Jahr der WVV Holding zufließt.

Die Liegenschaften, die die WVV Holding seit Jahren im Bestand hat, führen auch weiterhin aufgrund der nachhaltigen Mietauslastung zu einem stabilen Ergebnisbeitrag. Ziel ist nach wie vor, auch für die übrigen Immobilienobjekte der WVV Holding eine Marktreife der Objekte und damit eine nachhaltige Ertragssicherheit zu gewährleisten.

Die Zusammenarbeit der in Wiesbaden ansässigen Wohnungsbau- und Stadtentwicklungsgesellschaften GWW Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH, GeWeGe Wohnungsgesell-

Gesamtabschluss 2017

schaft der Stadt Wiesbaden mit beschränkter Haftung, SEG Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH und WiBau GmbH unter dem Dach der WIM GmbH wird beständig weiterentwickelt, wohnungswirtschaftliche Kompetenzen werden gebündelt und der bisher verfolgte Weg der Zusammenfassung immobilienwirtschaftlicher Dienstleistungen in Wiesbaden wird weiterhin zur Ertragssicherung beitragen. Weiterhin wird für den Bereich Immobilienwirtschaft und Stadtentwicklung eine nachhaltige Bewirtschaftung der Bestände, eine hohe Dienstleistungsqualität und eine Stärkung der Stellung am Wohnungsmarkt angestrebt. Korrespondierend mit Arbeitslosigkeit und den damit verbundenen prekären Wirtschaftsverhältnissen vieler Haushalte ist die Nachfrage nach preiswertem Wohnraum in Wiesbaden ungebrochen. Hinzu kommt der zusätzliche Bedarf durch die Flüchtlinge.

Für das Geschäft der **Wohnungsverwaltung** sind weiterhin keine wesentlichen Risiken erkennbar. Chancen ergeben sich hier durch die Reduzierung von Leerständen durch Sanierung und Aufwertung der Wohnungsbestände sowie umfangreiche Neubauaktivitäten und Nachverdichtung auf eigenen vorhandenen Grundstücken. Des Weiteren ergeben sich Chancen im Rahmen des Vertriebs von Bestandsimmobilien. Risikobehaftet sind insbesondere die im Jahr 2018 durchzuführenden Großsanierungen sowie die noch nicht beauftragten Neubaumaßnahmen. Hier können unvorhergesehene Kostensteigerungen zu erhöhten Aufwendungen im Bereich der Abschreibungen und Zinsaufwendungen und somit zu Ergebnisverschlechterungen führen. Im Bereich der Verkäufe im Rahmen der Bauträgermaßnahmen bestehen Unsicherheiten hinsichtlich des geplanten Baubeginns bzw. der Fertigstellung. Dadurch können unvorhergesehene Kostensteigerungen und verschobene Umsatzerlöse das Ergebnis beeinflussen.

Die **SEG** wird in ihren Geschäftsfeldern „Städtebauliche Projektentwicklung“, „Bauträgergeschäft“, Immobilienbewirtschaftung“ und „Städtebauförderung/Wohnbauförderung“ weiterhin gute Erträge erzielen, die sich aufgrund von längeren Investitions- und Bauphasen jedoch teilweise erst in den Folgejahren ergebniswirksam niederschlagen werden. Wesentlicher Bestandteil der aktuellen Planung für das Geschäftsjahr 2018 sind Erwartungen der Gesellschaft, erhebliche Umsätze aus Grundstücksverkäufen aus den Entwicklungsgebieten Hainweg und Parkfeld generieren zu können.

Nach Fertigstellung der Baumaßnahmen auf der Liegenschaft Bierstadter Höhe und den sich daraus ergebenden Mieterträgen werden die Umsatzerlöse aus der Vermietung des eigenen Immobilienbestandes auf dem hohen Niveau etwas ansteigen.

Im Bereich der städtebaulichen Projektentwicklung bestehen aufgabentypische Risiken, die sich u. a. aus den langen Projektlaufzeiten, den schwer abzuschätzenden Kosten und der Notwendigkeit, zahlreiche unterschiedliche Beteiligte einbinden zu müssen, ergeben. Weiterhin ergeben sich im Hinblick auf zukünftig anstehende Erschließungsmaßnahmen Kostenrisiken, die zum Zeitpunkt der Grundstücksankäufe nicht vollumfänglich ausgeschlossen werden können. Bei baulichen Aktivitäten der SEG, sei es für den eigenen Bestand oder im Falle der Übernahme von Dienstleistungsaufträgen, bestehen Risiken im Hinblick auf die Einhaltung des budgetierten Kostenrahmens, zugesagter Fertigstellungstermine und der Lieferung der vereinbarten Qualitäten. Im Hinblick auf die jahrelange Erfahrung und die entsprechende interne Organisation sieht sich die SEG auf diese Risiken vorbereitet.

Die **WiBau**, die im städtischen Verbund Leistungen im Bereich des Baumanagements und Facilitymanagements erbringt, hat ihr wesentliches Betätigungsfeld im Bereich der Sanie-

Gesamtabschluss 2017

rung und baulichen Betreuung von Wiesbadener Schulen. Mit den im eigenen Bestand befindlichen Objekten erzielt sie langfristig Umsatzerlöse aus Vermietung.

Im **Entsorgungsbereich** wurde bereits in den Vorjahren einerseits auf einen erheblichen Ablagerungsdruck bei Deponiemengen und andererseits auf die mit Hochdruck verfolgten Erweiterungsplanungen des Deponieabschnittes III und der Neuplanung des Deponieabschnittes IV mit deren Inbetriebnahme bis Ende 2020 hingewiesen. Die im Deponieabschnitt III noch zur Verfügung stehende restliche Ablagerungskapazität ist mit ca. 600.000 m³ bzw. ca. 1 Million Mg (Megagramm) sehr gering.

Vor diesem Hintergrund wurden einerseits die Genehmigungsanstrengungen erheblich intensiviert, indem u. a. das Hessische Umweltministerium eingeschaltet und eine gemeinsame Lenkungsgruppe zur Maßnahmenbeschleunigung eingerichtet wurde. Andererseits mussten die möglichen Ablagerungsmengen der nächsten Jahre nach unten angepasst werden. Im Zuge der Vorbereitung zur Herstellung einer Oberflächenabdichtung im Deponieabschnitt II konnten zur Profilierung weiteres Inertmaterial der Deponieklasse DK I abgelagert werden, was den Druck auf die Deponie III entsprechend reduzierte.

Das Jahr 2018 wird geprägt werden durch das Genehmigungsverfahren zur Erweiterung der Deponie III, zur Neuerrichtung der Deponie IV und zur Errichtung der Oberflächenabdichtung der Deponie II. Diese müssen bezüglich der Deponien III und IV Mitte 2019 in den entsprechenden Planfeststellungsbeschlüssen münden, so dass nach den entsprechenden Ausführungsbeschlüssen der Stadtverordnetenversammlung die jeweilige Fertigstellung der ersten Bauabschnitte bis November 2020 erreicht werden kann. Da dies derzeit mit erheblichen Risiken bei den behördlichen Verfahren behaftet ist, scheint eine Verschiebung nach 2021 unvermeidlich. Insofern werden die Ablagerungskapazitäten der Deponie III weiter reduziert und die Möglichkeiten zur deponietechnischen Verwertung von Abfällen der Deponieklasse DK I im Deponieabschnitt II im Rahmen der für die Oberflächenabdichtung erforderlichen Geländeprofilierung soweit irgend möglich genutzt.

Durch die Veränderung der Altersstruktur und die steigende Anzahl leistungsgeminderter Mitarbeiter ergeben sich Risiken bei der Umsetzung der operativen Aufgaben insbesondere bei der Straßenreinigung und der Abfallsammlung. Dem wurde durch Rationalisierungs- und Optimierungsmaßnahmen (z. B. Neuorganisation der Straßenreinigung und des Winterdienstes und neue Abfallsammeltouren) entgegengewirkt. Des Weiteren wurden Zeitarbeitskräfte eingesetzt. Dennoch wird es zukünftig erforderlich sein verstärkt auf Ausschreibungen und Drittvergaben zurückzugreifen.

Das grundsätzliche Problem der rückläufigen Entwicklung bei den Abfallgebühren wird durch die Aktivitäten von privaten Abfallberatungsunternehmen, vor allem bei den Großwohnanlagen, verschärft. Diese Umsatzeinbußen konnten nur teilweise durch die eingeleiteten Optimierungsmaßnahmen aufgefangen werden. Hinzu kommen erhebliche Kosten für den Transport des Hausmülls zu den Behandlungsanlagen.

Aufgrund der Erfahrungen aus mehreren strengen Wintern in den vergangenen Jahren wurde der Winterdienst bei den ELW neu geplant und strukturiert sowie auf die östlichen Vororte ausgeweitet. Zudem beteiligen sich die ELW an einem gemeinsamen zentralen Streusalzlager, welches seit dem Jahr 2012 von acht Kommunen aus Südhessen betrieben wird.

Gesamtabschluss 2017

Die Arbeiten zur Vorhaltung einer Notstromversorgung für die Sparte Entwässerung im Falle eines flächenhaften Ausfalls der Stromversorgung wurde 2013 gestartet und Ende 2016 für das Hauptklärwerk (HKW) erfolgreich beendet. Die Außenstandorte werden nach derzeitigem Stand bis Ende 2020 abgeschlossen sein.

Für das HKW soll eine Sicherung des zukünftigen Flächenbedarfs bei weitergehenden Reinigungsanforderungen erreicht werden. Durch die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange kann es zu Auflagen bezüglich weiterer Maßnahmen im Bereich der Emissionsminderung bzw. des Immissionsschutzes sowie hinsichtlich naturschutzrechtlicher Belange kommen. Zudem müssen Standortalternativen untersucht werden. Erste Ergebnisse werden im Sommer 2018 erwartet. Derzeit werden auch sechs Alternativstandorte außerhalb des festgelegten Geltungsbereichs des Bebauungsplans betrachtet.

Weitere Risiken bestehen durch den Ausfall von Anlagen aufgrund zum Beispiel unsachgemäßer Behandlung, Sabotage, Vandalismus oder nach einem Wassereinbruch.

Auf dem Hauptklärwerk soll eine Pilotanlage errichtet und betrieben werden, die durch den Einsatz von Pulveraktivkohle und Membranen neben der Elimination von Spurenstoffen (Medikamentenreste u. a.), multiresistente Keime sowie Mikroplastik eliminiert. Die Pilotanlage hat das Ziel, essentielle Erkenntnisse zu den spezifischen Bemessungsansätzen für das Wiesbadener Abwasser zu gewinnen. Bei einer zukünftigen gesetzlichen Forderung, Spurenstoffe, multiresistente Keime und Mikroplastik aus dem Abwasser zu eliminieren, wäre eine solche Technik voraussichtlich wesentlich wirtschaftlicher als ein stufenweiser Ausbau zunächst mit einer vierten Reinigungsstufe und im Anschluss mit einer fünften Reinigungsstufe.

Durch die direkte Zugabe von Enzymen in den Faulturm kann eine höhere Gasproduktion erzielt werden, die eine geringere Schlammensorgungsmenge zur Folge hat. Erste Versuche hierzu sollen im Klärwerk Biebrich Ende 2018 durchgeführt werden. Ziel dabei ist es, eine Kosteneinsparung zu erzielen.

Die Errichtung der BHKW-Anlage auf dem HKW ist nahezu abgeschlossen. Der elektrische Wirkungsgrad der BHKWs liegt bei Werten über 40 %.

Die ELW sind nach langen Verhandlungen mit der TVM (Thermische Verwertung Mainz GmbH) übereingekommen, dass die Stadt Mainz Gesellschaftsanteile abtritt und der LHW zur Verfügung stellt. Hauptgesellschafter sind der Wirtschaftsbetrieb Mainz und die Stadtentwässerung Kaiserslautern. Damit besteht die Chance, die Wiesbadener Klärschlämme über die Klärschlammverbrennung und über das gesicherte Phosphorrecycling einem sicheren und zukunftsorientierten Entsorgungs- und Verwertungsweg zuzuführen. Die Vertragsunterzeichnung soll im Frühjahr 2018 erfolgen.

Zunächst wird nur der Klärschlamm des Klärwerks Biebrich bei Inbetriebnahme der Verbrennungsanlage zugeführt. Geplant ist dies Mitte 2019. Mit dem Entfall der Zuleitung industrieller Schlämme von InfraServ Wiesbaden wird dann auch die Option in Erwägung gezogen, den gesamten Schlamm des Hauptklärwerkes der TVM zuzuführen.

Gesamtabschluss 2017

Auch die Analyse des Risikopotenzials der **MBA** Wiesbaden lässt sowohl für das laufende Jahr als auch für die kommenden Jahre keine Risiken erkennen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten.

Zur nachhaltigen Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit hat die Stadtverordnetenversammlung bereits 2015 beschlossen, eine tragfähige - insbesondere bauliche Perspektive - für die Altenpflege in städtischer Trägerschaft unter dem Dach der **Altenhilfe Wiesbaden GmbH** zu entwickeln. Parallel dazu wurden und werden umfangreiche Renovierungstätigkeiten am Bestandsgebäude Toni-Sender-Haus vorgenommen. Ob das Moritz-Lang-Haus am alten Standort saniert oder abgerissen wird und durch einen Neubau mit 90 Plätzen am selben oder ggf. an einem anderen Standort ersetzt wird, ist noch nicht endgültig entschieden. In Abhängigkeit vom Ergebnis soll die HSK Pflege GmbH auf die AltenHilfe Wiesbaden GmbH bzw. die EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH verschmolzen werden.

Gemäß Grundlagenbericht zur Altenhilfeplanung des Amtes für Soziale Arbeit leben gegenwärtig 54.000 ältere Menschen über 65 Jahre in Wiesbaden. Gemäß den aktuellen Bevölkerungsprognosen soll sich die Anzahl bis zum Jahr 2030 auf 62.000 erhöhen. Der stärkste Zuwachs wird bei den Hochbetagten (über 80-Jährigen) erwartet. Deren Zahl soll von derzeit 14.500 auf knapp 20.000 ansteigen. Um den erwarteten Mehrbedarf im Bereich der vollstationären Pflege sicherstellen zu können wird davon ausgegangen, dass bis zum Jahr 2020 rund 200 zusätzliche Pflegeplätze sowie bis zum Jahr 2030 insgesamt 400 zusätzliche Pflegeplätze in Wiesbaden benötigt werden. Die jüngst veröffentlichten Berichte der WHO lassen zudem erkennen, dass sich die Anzahl der an Demenz erkrankten Menschen bis zum Jahr 2030 verdoppeln könnte. Dieser Wandel stellt große Herausforderungen an die Weiterentwicklung der pflegerischen Versorgung.

Das Feierabendheim **Simeonhaus** GmbH geht für die folgenden Geschäftsjahre davon aus, dass die Erträge aus Serviceleistungen die anfallenden Aufwendungen decken und somit ausgeglichene Ergebnisse erwirtschaftet werden können.

Die Entwicklung der **EGW** Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH ist abhängig von der Entscheidung der Gremien der Landeshauptstadt und der Umsetzung der Konzepte zur Umstrukturierung. Dazu gehört unter anderem die Profilierung und Stärkung der Landeshauptstadt Wiesbaden als Gesundheitsstadt sowie die Förderung des Gesundheitswesens in Wiesbaden durch geeignete Projekte und Maßnahmen.

Für die **Wiesbadener Jugendwerkstatt** GmbH (WJW) bestehen bestandsgefährdende Risiken in der Änderung und Gestaltung der gesetzlichen Grundlagen (SGBII und SGBVIII) sowie in veränderten Ausgestaltungen durch die örtliche Vorgehensweise und der damit einhergehenden Finanzausstattung. Die Gesellschaft muss sich künftig diesen Herausforderungen stellen, indem sie Ihre Kapazität dem Bedarf und der Nachfrage entsprechend anpasst. Hierzu ist die Erstellung eines umfassenden Konzeptes in enger Zusammenarbeit mit der LHW erforderlich, um künftig eine nachhaltig erfolgreiche Entwicklung der Gesellschaft sicherzustellen. Für die Folgejahre wird damit gerechnet, dass Restrukturierungskosten das Ergebnis zusätzlich belasten werden.

Die abschließende Sicherung der Pachtflächen der Domäne Mechtildshausen steht immer noch aus. Sowohl Erbbaurechts- wie auch Pachtvertrag konnten bislang wegen einzelner, durch den Verpächter zu erbringenden Vorleistungen noch nicht abgeschlossen werden. Die

Gesamtabschluss 2017

Geschäftsführung geht davon aus, dass der Abschluss des Pachtvertrages zwischen dem Land Hessen und der WJW GmbH nunmehr im Verlauf des Jahres 2018 erfolgen wird.

Die Zusammenarbeit mit der Rhein-Main-Hallen GmbH und Wiesbaden Marketing GmbH unter der Dachgesellschaft **TriWiCon** wird in der Zukunft weitere Umsatzpotentiale für alle Gesellschaften generieren. Die Betriebsleitung sieht derzeit keine Risiken, die den Bestand der TriWiCon und ihrer Beteiligungen gefährden könnten. Für die Folgejahre werden ein planmäßiger Geschäftsverlauf und eine weitere Steigerung der Übernachtungszahlen erwartet.

Der Focus der **Wiesbaden Marketing GmbH** liegt in der Akquise von Veranstaltungen für das neue CongressCenter. Die Vermarktung des Tourismus- und Kongressstandorts Wiesbaden wird sich gemäß der neuen Strategie auf die drei Aktionsfelder Kongressbereich, also Meetings, Incentives, Conventions und Events (MICE), den Ausbau und die Weiterentwicklung des Freizeit- und Shoppingtourismus sowie den Aufbau des Schwerpunktbereichs Gesundheits- und Medizintourismus konzentrieren.

Durch den Neubau des **RheinMain-CongressCenters** (Inbetriebnahme im April 2018) erhält die Landeshauptstadt Wiesbaden wieder einen konkurrenzfähigen Messebau modernster Ausstattungen und Bauweise. Einerseits bieten sich bei guter Auslastung Chancen für die Entwicklung der Kaufkraft durch die Umsätze, welche die Messebesucher in Wiesbaden tätigen. Andererseits wird der Neubau des RheinMain-CongressCenters jedoch mit wesentlichen finanziellen Auswirkungen verbunden sein. Bei Baukosten von knapp 200 Mio. € betragen die künftig daraus resultierenden Kapitalkosten (Abschreibungen und Zinsen) über 8 Mio. € jährlich. Für die Zeit nach der Inbetriebnahme ab 2018 besteht ein inhärentes Vermarktungsrisiko in Form der nicht ausreichenden Vermietung der Hallen. Diesem Risiko wird durch intensive Akquise- und Marketingaktivität begegnet.

Das Geschäft der **Kurhaus Wiesbaden GmbH** wird durch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und auch durch die Preis- und Leistungs politik des gastronomischen Partners im Haus mit beeinflusst.

Zum Jahreswechsel 2018/2019 sollen die Kurhaus Wiesbaden GmbH und die Rhein-Main-Hallen GmbH auf die Wiesbaden Marketing GmbH verschmolzen werden.

Aus der Positionierung der Landeshauptstadt Wiesbaden als Sportstadt und die in diesem Zusammenhang stattfindenden attraktivitätssteigernden Maßnahmen können sich Chancen auf steigende Besuchszahlen, insbesondere im Segment Sport, sowie durch Maßnahmen im Touristiksektor im Segment Gesundheit und Wellness ergeben. Aus verschiedenen Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung, mit denen ab 2017 begonnen wurde, könnten ebenfalls positive Effekte auf Besuchszahlen und Umsätze aus Besuchen resultieren. Aus diesem Grund ist **mattiaqua** sehr stark abhängig von der uneingeschränkten Funktionsfähigkeit ihrer Einrichtungen. Technische oder bauliche Probleme und der hohe Sanierungsbedarf in den Einrichtungen können daher erhebliche Auswirkungen auf die Ertragslage des Eigenbetriebs haben. Alle Wiesbadener Bäder leiden unter Sanierungsstau und sind stark renovierungsbedürftig. Insgesamt liegt der geschätzte Investitions- und Instandhaltungsbedarf in mittlerer zweistelliger Millionenhöhe. Insbesondere im Hallenbad Mainzer Straße ist ein erheblicher Instandhaltungsstau entstanden. In dieser Einrichtung werden rund 10 % der Umsatzerlöse aus Besuchen erwirtschaftet; damit ist das Hallenbad Mainzer Straße einer der stärksten Umsatztreiber außerhalb des Segments Gesundheit und Wellness. Durch den Instandhal-

Gesamtabschluss 2017

tungsstau besteht in dieser Einrichtung ein erhöhtes Risiko von technischen oder baulichen Ausfällen, wodurch es zu deutlichen negativen Auswirkungen auf die Ertragslage durch Einschränkungen und/oder Teil- oder Vollschließungen kommen kann. Die Rahmenbedingungen für einen möglichen Ersatzneubau werden geprüft.

Bei Mattiaqua handelt es sich um einen dauerdefizitären Eigenbetrieb der Landeshauptstadt. Grundsätzlich unterscheiden sich die Wiesbadener Bäder allerdings nicht vom bundesweiten Durchschnitt, sondern befinden sich noch in einer vergleichbar guten Situation.

Mattiaqua ist ebenfalls dem Risiko von Katastrophen (Hochwasser, Sturm) ausgesetzt. Der Eintritt solcher Katastrophen kann insbesondere in dem Segment Freizeit zu erheblichen ungeplanten Aufwendungen und Teilschließungen des Betriebs führen. Auch der Ausfall der Informationstechnologie kann zu massiven Einschränkungen im Segment Gesundheit und Wellness führen.

In den Einrichtungen besteht das Risiko von Unfällen und Verletzungen von Gästen. Auch wenn diesem Risiko durch geeignete und den Normen entsprechende Maßnahmen begegnet wird, kann nicht vollständig ausgeschlossen werden, dass es zu leichten und schweren Unfällen kommt.

In einem sehr dynamischen Markt liegen die Chancen für **WITCOM** in kundenindividuellen Angeboten für Unternehmen, Carrier und Service-Provider, Sicherheitslösungen auf Basis eigener Infrastruktur, einer projektorientierten Ausbaustrategie sowie einer hohen Fachkompetenz und Servicequalität. Geschäftskunden streben zunehmend eine längerfristige, professionelle und qualitativ hochwertige Zusammenarbeit an. Zusätzliche Potentiale und Erweiterung der Dienstleistungen ergeben sich durch die Zusammenarbeit mit leistungsfähigen, spezialisierten Partnern.

Ein wesentlicher Baustein für den wirtschaftlichen Erfolg von WITCOM ist die eigene gut ausgebaute LWL-Netzinfrastruktur sowie hohes fachliches Mitarbeiterwissen. Der LWL-Netzausbau wird weiterhin projektorientiert durchgeführt und eröffnet somit zahlreiche Chancen für die Umsetzung neuer Projekte. Verschiedene Fachstudien belegen den steigenden Bedarf in allen Bereichen der Datenkommunikation. Die alternativen Netzbetreiber und Versorgungsunternehmen sind hierbei wichtige Faktoren für einen flächendeckenden Glasfaserausbau. WITCOM wird deshalb als professionelles, infrastrukturbasiertes Unternehmen an dieser Entwicklung in hohem Maße partizipieren.

Risiken durch Marktentwicklungen ergeben sich durch den Preisverfall für Standardprodukte und Flatrate-Angebote. Der Ausbau der DSL-Vectoring Technologie durch die Deutsche Telekom für den Massenmarkt kann gebietsweise Potentiale im unteren Mittelstandskundensegment bedrohen. Weiterhin wird der Glasfaserausbau, neben der Deutschen Telekom, auch durch alternative Netzanbieter in der Region vorangetrieben. Daher ist bei Anbindungsthemen ebenfalls mit stärkerem Wettbewerb zu rechnen. Der Preiskampf im Markt wird weiter zunehmen und mit Marktkonsolidierungen ist zu rechnen.

Der **Verbund der Landeshauptstadt Wiesbaden** wird regelmäßigen Betriebsprüfungen durch das Finanzamt Wiesbaden unterzogen. Hierbei bestehen Risiken, wenn die Prüfung das Erfordernis von Steuernachzahlungen ergibt. Soweit bezifferbar, wurden entsprechende Rückstellungen gebildet.

Gesamtabschluss 2017

Der Verbund ist sehr gut aufgestellt, um die stetige Erfüllung seiner Aufgaben dauerhaft zu sichern. Die langfristige Vermögens- und Kapitalstruktur stellt sich als stabil dar, die Eigenkapitalquote von 42 % ist eine mehr als solide Basis um grundsätzlich auch rückläufige Entwicklungen auffangen zu können. Die sehr gute Finanz- und Ergebnissituation wird allerdings durch politische Weichenstellungen in der Energie- und Verkehrswirtschaft bzw. bereits getroffene Festlegungen im Hinblick auf die nächsten Jahre belastet. Dies gilt z. B. für zusätzliche Kosten aus der Strukturveränderung im Öffentlichen Personennahverkehr, den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung, die erforderlichen Schulsanierungen, den sozialen Wohnungsbau, die öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie grundsätzlich den Kapitaldienst aus Investitionen. In nahezu allen Gesellschaften der Landeshauptstadt Wiesbaden stehen weiterhin Strukturveränderungen und notwendige Optimierungsprozesse an, um das Leistungsspektrum für die Bürgerinnen und Bürger nachhaltig aufrechtzuerhalten und den städtischen Haushalt zu entlasten.

Für den Verbund kann auch für das Jahr 2018 mit einem positiven Gesamtergebnis gerechnet werden. Die dauerhafte Leistungsfähigkeit des Verbundes ist für die Zukunft gewährleistet.

Gesamtabschluss 2017

1.3 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres

Für das mit rd. 270 ha größte Flächenentwicklungsprojekt „Ostfeld/Kalkofen“ im Südosten der Innenstadt wurde von der Stadtverordnetenversammlung der Einleitungsbeschluss einer „städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme“ gefasst. Damit wird der Bodenwert aller Grundstücke im Areal eingefroren. Bis Ende 2018 soll ein Strukturkonzept erstellt werden. Der Planungsprozess soll eine umfassende Bürgerbeteiligung beinhalten und wird inhaltlich offen mit der Zielsetzung gestartet, einen ausgewogenen Mix von Wohnen, Arbeiten und Freiflächen herzustellen sowie eine optionale Erweiterung der Deponie zu ermöglichen.

In der Siedlung Schelmengraben, einem Wohngebiet mit den höchsten Bedarfslagen, plant die GWH Wohnungsgesellschaft Hessen den Bau von zusätzlichen Wohnungen für mittlere und geringe Einkommensbezieher unter anderem zur Verbesserung der Sozialstruktur. Der Stadtteil soll einer breiten Bevölkerungsschicht Heimat bieten mit ausreichendem Wohnraum im mittleren Segment. Erforderlich würden hierzu Planung und Bau einer Grundschule und zweier Kindertagesstätten. Die Realisierung des Vorhabens steht noch in der politischen Diskussion.

Auf dem ehemals für das Stadtmuseum vorgesehenen Terrain „Wilhelmstraße 1“ soll ein privat finanziertes Museum entstehen und für eine weitere Aufwertung der Wilhelmstraße sorgen.

Für den Entsorgungsbereich wurde im Januar 2018 ein Vertrag mit der Fa. Henkell zur Überlassung von stark organisch belastetem Abwasser zum Hauptklärwerk für eine Laufzeit von 15 Jahren geschlossen.

Am 1. März 2018 wurde bei der EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH neben dem bisherigen Geschäftsführer Ralf Jäger mit Herrn Ludwig Franz Hammerschlag ein weiterer Geschäftsführer bestellt.

Gegenüber der Feierabendheim Simeonhaus GmbH wurde seitens der Zusatzversorgungskasse (KDZ) im März 2018 vom Recht der Kündigung der Mitgliedschaft Gebrauch gemacht. Etwaige Abfindungsansprüche zu Gunsten der KDZ, sind durch die Landeshauptstadt Wiesbaden durch Verpflichtungserklärung gesichert und im Abschluss 2018 berücksichtigt.

Im Frühjahr 2018 hat die Firma Knettenbrech + Gurdulic den Zuschlag erhalten, von Januar 2019 an zunächst 50.000 Tonnen Wiesbadener Restmüll und von 2024 an insgesamt 70.000 Tonnen entsorgen zu dürfen. Dafür will das Unternehmen auf einem vormals kommunalen Grundstück nahe der Deponie Dyckerhoffbruch ein privates Müllheizkraftwerk mit einer Jahreskapazität von 190.000 Tonnen errichten, das Strom und Fernwärme erzeugt. Der Genehmigungsantrag wurde eingereicht. An der „MHKW Wiesbaden GmbH“ wollen sich die ESWE Versorgung und die Darmstädter Entega mit jeweils 24,5 % beteiligen.

Im Mai 2018 wurden die Pläne für den Neubau einer großen Feuer- und Rettungswache für über 20 Mio. € im Stadtteil Igstadt vorgestellt, nachdem zuvor der Ortsbeirat zugestimmt hatte.

Im Juni 2018 hat die SEG im Rahmen des Erstzugriffsrechts der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) nach langen Verhandlungen die ehemalige US-Liegenschaft an der

Gesamtabschluss 2017

Frankfurter Straße für über 20 Mio. € erworben. Nach dem Abriss des markanten sternförmigen Gebäudes 2019 ist ein neues Wohnquartier vorgesehen mit einem Nutzungsmix aus geförderten und frei finanzierten Wohnungen sowie einem Nahversorger.

Die Anteile der Atos SE i.H.v. 50,1 % an der WIVERTIS GmbH werden gemäß Stadtverordnetengrundsatzbeschluss vom Juni 2018 zurückgekauft. Als Zeitpunkt des Eigentumsübergangs wurde vom Magistrat der Landeshauptstadt der 1. Juli 2020 festgelegt. Der Kaufpreis soll rd. 1 Mio. € betragen. Damit wird WIVERTIS künftig eine 100 prozentige Tochter der LHW.

Ende Juni 2018 ist einer der drei Geschäftsführer der Helios-Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken (HSK), Herr Kristian Gäbler ausgeschieden. Seine Nachfolge übernahm Frau Sandra Henek zum 1. Juli.

Als Ergänzung zum öffentlichen Personennahverkehr ist zum 1. Juli 2018 die Testphase der ESWE Verkehr „meinRad Wiesbaden“ angelaufen, in der 500 Mieträder an verschiedenen Stationen verteilt über das Stadtgebiet verfügbar sind. Voraussichtlich ab Ende September 2018 soll der reguläre Betrieb starten.

Der Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) beteiligt sich mit 10 % an der City-Bahn GmbH. Der Rheingau-Taunus-Kreis hat ebenfalls beschlossen, sich indirekt über die Rheingau Taunus Verkehrsgesellschaft (RTV) mit 25,1 % an der City Bahn GmbH zu beteiligen. Somit entfallen auf die Städte Mainz und Wiesbaden nur noch jeweils 32,45 %.

Im August 2018 ist Frau Tanja Weis aus der Geschäftsführung der Altenhilfe GmbH ausgeschieden. Neue Geschäftsführer sind Frau Ilona Ott und Herr Uwe Ortseifen.

Zur Vermeidung eines Diesel Fahrverbots wurde im August 2018 vom Magistrat ein Sofortpaket von 24 Maßnahmen beschlossen, mit denen bis zum Jahr 2020 die Grenzwerte bei der Stickoxidbelastung eingehalten werden sollen. Dazu gehören neben der Steigerung des Radverkehrs und dem Ausbau der Elektromobilität auch ein digitales Park- und Verkehrsmanagement („Digi-V“). Die dafür erforderlichen Mittel betragen ca. 30 Mio. €, von denen die Hälfte über Zuschüsse des Bundes abgedeckt werden.

Bei der Europäischen Kommission ist eine Beschwerde gegen die Landeshauptstadt Wiesbaden wegen einer ggf. rechtswidrigen staatlichen Beihilfe an die ESWE BioEnergie GmbH eingegangen.

Ende September 2018 ist Herr Detlev Bendel als Dezernent der Landeshauptstadt Wiesbaden altersbedingt ausgeschieden.

Im Dezember 2018 wurde Herrn Ralph Schüler als Geschäftsführer der WVV gekündigt. Bei der GWI und WJV wurde er als Geschäftsführer abberufen.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2019 wurde Herr Thomas Keller zum Geschäftsführer der GWW und der GeWeGe bestellt.

Zum 1. März 2019 hat Herr Werner Backes seine Tätigkeit als Geschäftsführer der WJV aufgenommen.

Gesamtabschluss 2017

Die GmbHs innerhalb des TriWiCon-Verbunds (Wiesbaden Marketing, Kurhaus und Rhein-Main-Hallen) werden am 1. Mai 2019 rückwirkend zum 1. Januar 2019 auf die Wiesbaden Marketing GmbH verschmolzen. Diese wird in „Wiesbaden Congress & Marketing GmbH“ umbenannt.

Gesamtabschluss 2017

2. Konsolidierte Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung

2.1 Konsolidierte Vermögensrechnung

AKTIVA Position	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
	€	€	Mio.€	%
1 ANLAGEVERMÖGEN				
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände				
1.1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	6.180.079,24	7.515.172,85	-1,3	-17,8
1.1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	30.869.279,00	31.957.388,00	-1,1	-3,4
	37.049.358,24	39.472.560,85	-2,4	-6,1
1.2 Sachanlagevermögen				
1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken	2.036.568.247,77	2.030.362.558,08	6,2	0,3
1.2.2 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	823.033.163,88	833.051.172,79	-10,0	-1,2
1.2.3 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	67.934.490,99	71.328.585,64	-3,4	-4,8
1.2.4 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	87.892.925,45	126.694.352,82	-38,8	-30,6
1.2.5 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	286.827.134,40	179.214.772,34	107,6	60,0
	3.302.255.962,49	3.240.651.441,67	61,6	1,9
1.3 Finanzanlagevermögen				
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	42.763.713,06	1.927.345,15	40,8	
1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,0	0,0
1.3.3 Beteiligungen	313.862.772,86	313.623.273,78	0,2	0,1
1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	29.371.075,04	29.330.269,75	0,0	0,1
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	34.999.910,15	50,00	35,0	
1.3.6 Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	104.166.505,12	106.283.076,90	-2,1	-2,0
	525.163.976,23	451.164.015,58	74,0	16,4
1.4 Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	173.640.000,00	173.640.000,00	0,0	0,0
	4.038.109.296,96	3.904.928.018,10	133,2	3,4
2 UMLAUFVERMÖGEN				
2.1 Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	7.189.022,02	7.502.985,28	-0,3	-4,2
2.2 Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren	103.034.866,72	82.398.509,29	20,6	25,0
2.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
2.3.1 Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	45.829.106,20	43.922.074,97	1,9	4,3
2.3.2 Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, Umlagen	37.545.138,77	32.355.097,66	5,2	16,0
2.3.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	41.098.969,38	40.082.060,69	1,0	2,5
2.3.4 Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	1.064.487,19	778.023,88	0,3	36,8
2.3.5 Sonstige Vermögensgegenstände	61.374.872,35	64.355.415,17	-3,0	-4,6
	186.912.573,89	181.492.672,37	5,4	3,0
2.4 Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00	0,0	0,0
2.5 Flüssige Mittel	321.163.382,14	290.251.939,67	30,9	10,6
	618.299.844,77	561.646.106,61	56,7	10,1
3 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	33.881.281,20	30.985.354,05	2,9	9,3
	4.690.290.422,93	4.497.559.478,76	192,7	4,3

Gesamtabschluss 2017

PASSIVA Position	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
	€	€	Mio.€	%
1 EIGENKAPITAL				
1.1 Netto-Position	1.259.089.688,26	1.259.089.688,26	0,0	0,0
1.2 Rücklagen, Sonderrücklagen und Stiftungskapital				
1.2.1 Kapitalrücklagen	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des Ergebnisses	148.400.980,78	92.946.853,21	55,5	59,7
1.2.3 Zweckgebundene Rücklagen	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.4 Sonderrücklagen u. ergebnisneutrale EK-Änderungen	3.527,57	3.527,57	0,0	0,0
1.2.5 Stiftungskapital	1.883.960,87	1.883.960,87	0,0	0,0
	150.288.469,22	94.834.341,65	55,5	58,5
1.3 Gesamtbilanzgewinn/-verlust	201.341.801,46	172.101.565,08	29,2	17,0
1.4 Anteile Dritter am Eigenkapital	64.977.697,78	63.683.184,90	1,3	2,0
	1.675.697.656,72	1.589.708.779,89	86,0	5,4
2 SONDERPOSTEN				
2.1 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge				
2.1.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	222.216.984,19	230.353.484,43	-8,1	-3,5
2.1.2 Zuweisungen vom nicht öffentlichen Bereich	18.211.157,90	18.723.199,38	-0,5	-2,7
2.1.3 Investitionsbeiträge	32.193.864,08	33.537.351,92	-1,3	-4,0
	272.622.006,17	282.614.035,73	-10,0	-3,5
2.2 Sonstige Sonderposten	35.569.636,62	32.652.777,99	2,9	8,9
	308.191.642,79	315.266.813,72	-7,1	-2,2
3 RÜCKSTELLUNGEN				
3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	557.061.582,50	524.304.297,64	32,8	6,2
3.2 Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse	4.710.870,16	4.570.820,71	0,1	3,1
3.3 Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	90.226.381,56	81.932.199,45	8,3	10,1
3.4 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	11.449.333,51	11.623.443,96	-0,2	-1,5
3.5 Sonstige Rückstellungen	145.199.317,63	129.462.329,78	15,7	12,2
	808.647.485,36	751.893.091,54	56,8	7,5
4 VERBINDLICHKEITEN				
4.1 Anleihen	0,00	0,00	0,0	0,0
4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen				
4.2.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.446.804.185,14	1.412.645.564,76	34,2	2,4
4.2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	30.596.363,69	31.622.832,40	-1,0	-3,2
4.2.3 Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten	157.048.077,37	158.473.450,55	-1,4	-0,9
4.2.4 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquiditätssicherung	5.000.000,00	12.300.000,00	-7,3	-59,3
4.2.5 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00	0,0	0,0
	1.639.448.626,20	1.615.041.847,71	24,4	1,5
4.3 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	4.144.909,49	1.805.082,16	2,3	129,6
4.4 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	67.491.643,81	62.402.244,90	5,1	8,2
4.5 Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	19.498.762,97	12.791.478,95	6,7	52,4
4.6 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Betellungsverhältnis besteht und Sondervermögen	6.555.420,56	6.144.527,36	0,4	6,7
4.7 Sonstige Verbindlichkeiten	114.591.872,80	98.777.852,91	15,8	16,0
	1.851.731.235,83	1.796.963.033,99	54,8	3,0
5 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	46.022.402,23	43.727.759,62	2,3	5,2
	4.690.290.422,93	4.497.559.478,76	192,7	4,3

Gesamtabschluss 2017

2.2 Konsolidierte Ergebnisrechnung

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis des Haushaltsjahres 2017 in €	Ergebnis des Vorjahres 2016 in €	Veränderung in Mio. €	
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	642.804.346,26	629.882.395,72	12,9	2,1
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	126.985.962,50	127.725.765,61	-0,7	-0,6
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	14.409.883,19	23.222.972,04	-8,8	-37,9
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	28.652.823,22	10.676.963,97	18,0	168,4
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	630.141.553,67	588.614.369,53	41,5	7,1
6	Erträge aus Transferleistungen	230.592.146,61	212.759.883,74	17,8	8,4
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	267.357.193,17	257.248.169,30	10,1	3,9
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	17.745.808,22	14.726.729,08	3,0	20,5
9	Sonstige ordentliche Erträge	46.535.986,64	68.034.780,02	-21,5	-31,6
10	Summe der ordentlichen Erträge	2.005.225.703,48	1.932.892.029,01	72,3	3,7
11	Personalaufwendungen	438.376.197,19	420.938.040,88	17,4	4,1
12	Versorgungsaufwendungen	74.254.306,72	49.698.342,84	24,6	49,4
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	582.728.423,91	571.404.249,45	11,3	2,0
14	Abschreibungen	134.029.847,55	137.950.325,09	-3,9	-2,8
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	104.771.450,40	112.024.791,21	-7,3	-6,5
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	135.432.142,45	129.916.734,86	5,5	4,2
17	Transferaufwendungen	394.747.471,52	374.828.507,73	19,9	5,3
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	23.371.930,45	20.646.502,02	2,7	13,2
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	1.887.711.770,19	1.817.407.494,08	70,3	3,9
20	Verwaltungsergebnis	117.513.933,29	115.484.534,93	2,0	1,8
21	Finanzerträge	44.643.786,75	36.292.448,69	8,4	23,0
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	65.954.551,24	63.687.797,96	2,3	3,6
23	Finanzergebnis	-21.310.764,49	-27.395.349,27	6,1	22,2
24	Ordentliches Ergebnis	96.203.168,80	88.089.185,66	8,1	9,2
25	Außerordentliche Erträge	20.014.160,87	13.616.091,55	6,4	47,0
26	Außerordentliche Aufwendungen	10.643.280,49	17.135.752,94	-6,5	-37,9
27	Außerordentliches Ergebnis	9.370.880,38	-3.519.661,39	12,9	366,2
28	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	105.574.049,18	84.569.524,27	21,0	24,8
29	Anderen Gesellschaftern zustehendes Ergebnis	-20.879.685,23	-15.609.565,72	5,3	33,8
Ergebnisverwendung					
30	Ergebnisvortrag aus Vorjahren	172.101.565,08	121.687.027,68	50,4	41,4
31	Zuführung zu den Rücklagen	-55.454.127,57	-18.545.421,15	36,9	199,0
32	Gesamtbilanzgewinn/-verlust	201.341.801,46	172.101.565,08	29,2	17,0

Gesamtabschluss 2017

2.3 Konsolidierte Finanzrechnung

Ziffer	Rechen- vorschrift	Posteninhalt	Ergebnis des Haushalts- jahres 2017 in €
1		Periodenergebnis (Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag einschließlich Ergebnisanteile anderer Gesellschafter)	105.574.049
2	+ / -	Abschreibungen/ Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	124.156.531
3	+ / -	Zunahme/ Abnahme der Rückstellungen	47.553.560
3a	-	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für erhaltene Investitionsweisungen, -beiträge u. -zuschüsse	-17.745.808
4	+ / -	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/ Erträge	11.387.362
5	- / +	Zunahme/ Abnahme der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder der Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-28.537.084
6	+ / -	Zunahme/ Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	28.109.704
7	- / +	Gewinn/ Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-10.588.330
8	+ / -	Zinsaufwendungen/ Zinserträge	47.012.476
9	-	Sonstige Beteiligungserträge	-25.701.712
10	+ / -	Aufwendungen/ Erträge von außergewöhnlicher Größenordnung oder außergewöhnlicher Bedeutung	20.010.880
11	+ / -	Ertragsteueraufwand/-ertrag	-502.000.245
12	+	Einzahlungen im Zusammenhang mit Erträgen von außergewöhnlicher Größenordnung oder außergewöhnlicher Bedeutung	0
13	-	Auszahlungen im Zusammenhang mit Aufwendungen von außergewöhnlicher Größenordnung oder außergewöhnlicher Bedeutung	0
14	- / +	Ertragsteuerzahlungen	511.380.101
15		Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit (Summe aus 1 bis 14)	310.611.485
16	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	-10.771
17	-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-6.002.720
18	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	34.600.289
19	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-241.051.943
20	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	3.844.817
21	-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-38.031.122
22	+	Einzahlungen aus Abgängen aus dem Konsolidierungskreis	0
23	-	Auszahlungen für Zugänge zum Konsolidierungskreis	0
24	+	Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0
25	-	Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0
26	+	Einzahlungen im Zusammenhang mit Erträgen von außergewöhnlicher Größenordnung oder außergewöhnlicher Bedeutung	19.433.722
27	-	Auszahlungen im Zusammenhang mit Aufwendungen von außergewöhnlicher Größenordnung oder außergewöhnlicher Bedeutung	-50.480.798
28	+	Erhaltene Zinsen	18.942.075
29	+	Erhaltene Dividenden	25.053.975
30		Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 16 bis 29)	-233.702.475

Gesamtabschluss 2017

Ziffer	Rechen- vorschrift	Posteninhalt	Ergebnis des Haushalts- jahres 2017 in €
31	+	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von Gesellschaftern des Mutterunternehmens	0
32	+	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen von anderen Gesellschaftern	0
33	-	Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen an Gesellschafter des Mutterunternehmens	0
34	-	Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen an andere Gesellschafter	0
35	+	Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	161.315.330
36	-	Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-129.439.006
37	+	Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/ Zuwendungen	11.759.885
38	+	Einzahlungen im Zusammenhang mit Erträgen von außergewöhnlicher Größenordnung oder außergewöhnlicher Bedeutung	0
39	-	Auszahlungen im Zusammenhang mit Aufwendungen von außergewöhnlicher Größenordnung oder außergewöhnlicher Bedeutung	0
40	-	Gezahlte Zinsen	-62.748.604
41	-	Gezahlte Dividenden an Gesellschafter des Mutterunternehmens	0
42	-	Gezahlte Dividenden an andere Gesellschafter	-19.585.172
43		Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (Summe aus 31 bis 42)	-38.697.567
44		Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe aus 15, 30, 43)	38.211.442
45	+ / -	Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0
46	+ / -	Konsolidierungskreisbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0
47	+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	277.951.940
48	=	Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Summe aus 44 bis 47)	316.163.382
	+	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Liquiditätssicherung	5.000.000
	=	Flüssige Mittel	321.163.382

Gesamtabschluss 2017

3. Anhang

3.1 Allgemeine Angaben

3.1.1 Rechtliche Grundlagen

Die rechtlichen Grundlagen für die Erstellung des Gesamtabchlusses bilden die Hessische Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07. März 2005, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. September 2016, und die Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) vom 02. April 2006, zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 07. Dezember 2016. Die Hinweise zur GemHVO des hessischen Staatsministeriums des Innern und für Sport wurden beachtet.

Durch den Verweis in § 112 Abs. 7 HGO auf das Handelsgesetzbuch (HGB) sind einige Konsolidierungsvorschriften des HGB auf den Gesamtabschluss anzuwenden. Der Verweis bezieht sich auf die §§ 300 bis 307 HGB (handelsrechtliche Vorschriften zur Vollkonsolidierung) sowie § 311, § 312 HGB und § 290 HGB.

Da ein Verweis auf § 308 HGB fehlt, konnte auf eine einheitliche Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden durch die LHW und die einbezogenen Aufgabenträger verzichtet werden (vgl. 3.2 Hinweise zur GemHVO).

Die Hinweise zu § 53 GemHVO sehen gem. 5.2 bei der Kapitalkonsolidierung ein Wahlrecht hinsichtlich der Bewertungsmethode vor. Dieses wurde zugunsten der Buchwertmethode ausgeübt.

Gem. 5.4. der Hinweise können (Teil-)Konzernabschlüsse einzubeziehender Aufgabenträger als Konsolidierungsbasis verwendet werden.

Aufrechnungsdifferenzen, die nicht mit vertretbarem Aufwand zu klären waren, dürfen gemäß 6.4 der Hinweise ergebniswirksam verrechnet werden.

3.1.2 Abgrenzung des Konsolidierungskreises

Im Gesamtabschluss der LHW hat die Kernverwaltung die Funktion des (obersten) Mutterunternehmens. Der Konsolidierungskreis setzt sich daher aus allen verbundenen und assoziierten Unternehmen der LHW zusammen, soweit sie nicht wegen Nachrangigkeit keine Berücksichtigung finden.

Zu den **verbundenen** zählen alle Unternehmen, auf die die LHW einen beherrschenden Einfluss ausübt, ihr also z. B. unmittelbar oder mittelbar die Mehrheit der Stimmrechte zusteht. Hierzu zählen auch die Eigenbetriebe.

Stehen der LHW unmittelbar oder mittelbar mind. 20 % bis einschl. 50 % der Stimmrechte zu, wird von einem maßgeblichen Einfluss auf die Geschäfts- und Finanzpolitik des Unternehmens ausgegangen. Diese als **assoziiert** bezeichneten Unternehmen werden mit dem anteiligen Eigenkapital angesetzt.

Gesamtabschluss 2017

Die HGO hat zur Bestimmung des Konsolidierungskreises den Begriff des Aufgabenträgers eingeführt. Die Definition des Aufgabenträgers richtet sich nach den Bestimmungen des § 112 Abs. 5 HGO und bezeichnet eine wirtschaftlich und organisatorisch selbstständige Organisationseinheit in privatrechtlicher oder öffentlich-rechtlicher Form, die wirtschaftliche, nicht-wirtschaftliche oder hoheitliche Aufgaben der LHW erfüllt. Zu den Aufgabenträgern zählen u. a. rechtlich selbstständige Gesellschaften (z. B. GmbHs) sowie Eigenbetriebe, aber auch Anstalten des öffentlichen Rechts und Stiftungen.

Auf die Einbeziehung der Nassauischen Sparkasse in den Konsolidierungskreis wurde gemäß § 112 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 HGO verzichtet. An sonstigen Anstalten des öffentlichen Rechts ist die LHW nicht beteiligt.

Für den Abwasserzweckverband Flörsheim, an dem die LHW mit 38,5 % beteiligt ist, lagen die Voraussetzungen des § 112 Abs. 5 Nr. 3 HGO grundsätzlich vor. Eine Einbeziehung at equity ist jedoch nicht erfolgt, da der Zweckverband bei der Erstellung und Prüfung seiner Jahresabschlüsse im Verzug ist. Sie würde aufgrund Nachrangigkeit voraussichtlich auch nicht erfolgen.

Bei der Stiftung Stadtmuseum Wiesbaden handelt es sich um eine rechtlich selbstständige Stiftung, die von der Landeshauptstadt Wiesbaden errichtet wurde und in die 2017 Vermögen (Nassauische Altertümer) eingebracht wurde. Sie ist insofern gemäß § 112 Abs. 5 Nr. 5 HGO in den Gesamtabschluss einzubeziehen. Wegen nachrangiger Bedeutung wird aber auf die Konsolidierung verzichtet.

Aufgabenträger gem. § 112 Abs. 5 Nr. 6 HGO (dies sind Aufgabenträger mit kaufmännischer Rechnungslegung, deren finanzielle Grundlage wegen rechtlicher Verpflichtung wesentlich durch die Gemeinde gesichert wird) gibt es derzeit bei der LHW nicht.

Daher konnte der Begriff des Aufgabenträgers in der LHW auf Unternehmen reduziert werden.

Unternehmen, die zum Konsolidierungskreis zählen, jedoch von nachrangiger Bedeutung für die Darstellung der tatsächlichen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der LHW sind, müssen nicht in den Gesamtabschluss nach der Vollkonsolidierungsmethode einbezogen werden.

Eine nachrangige Bedeutung ist gemäß den Hinweisen zur Gemeindehaushaltsverordnung anzunehmen, wenn die Bilanzsumme und die ordentlichen Erträge dauerhaft maximal 5 % der unkonsolidierten Bilanzsumme und der ordentlichen Erträge aller konsolidierungspflichtigen Unternehmen und der LHW ausmachen. Wenn die Betrachtung einzelner Indikatoren zu unterschiedlichen Ergebnissen führen sollte, wird über die Einbeziehung anhand einer wertenden Gesamtbetrachtung entschieden.

Aufgabenträger von nachrangiger Bedeutung, die deshalb nicht in den Konsolidierungskreis der LHW aufgenommen wurden, sind folgende:

Verbundene Unternehmen

- Exina GmbH
- Bürgersolaranlagen GmbH

Gesamtabschluss 2017

Rechtlich selbständige Stiftungen

- Stiftung Stadtmuseum Wiesbaden

Assoziierte Unternehmen

- DBW Recycling GmbH & Co. KG
- DBW Recycling Verwaltungs GmbH
- Abwasserzweckverband Flörsheim

Die WVV Wiesbaden Holding GmbH wird mit ihren Tochtergesellschaften über den geprüften und testierten Konzernabschluss als Teilkonzern in den Gesamtabschluss einbezogen. Die dort ausgeübten Einbeziehungswahlrechte wurden beibehalten. Im Konsolidierungskreis der WVV ergaben sich im Berichtsjahr folgende wesentliche Veränderungen:

Am 03.08.2017 wurde zwischen der WVV Wiesbaden Holding GmbH und der Mainzer Stadtwerke AG ein Konsortialvertrag geschlossen, zwecks Errichtung der CityBahn Mainz - Wiesbaden - Bad Schwalbach und der Gründung der CityBahn GmbH. Die WVV Wiesbaden Holding GmbH hält im Berichtsjahr 50 % der Stimmrechte.

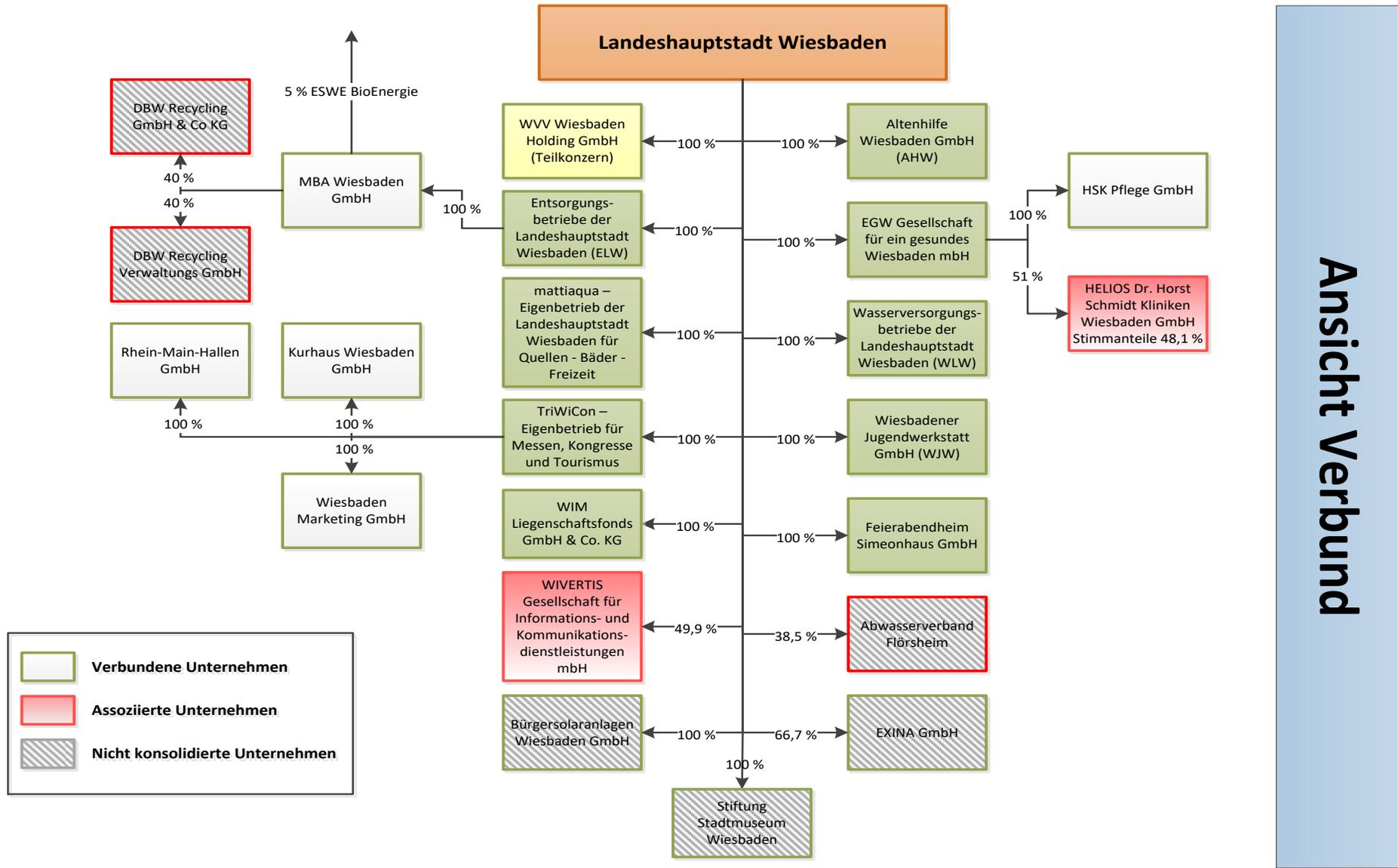
Die SEG Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH und die ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau und Beteiligungsgesellschaft mbH gründeten am 22.11.2017 die EGM Entwicklungsgesellschaft Metropolregion Rhein-Main mbH mit dem Ziel, Stadtentwicklungsmaßnahmen im Interesse der Gesellschafter in der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main zu verfolgen. Die SEG Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH hält 50 % der Stimmrechte.

Die WIM Immobilienmanagement GmbH wurde gemäß Beurkundung vom 21.11.2017 in GWI Gewerbeimmobilien GmbH umfirmiert.

Eine Übersicht der in den Konsolidierungskreis aktuell einbezogenen Unternehmen ist der folgenden Darstellung zu entnehmen.

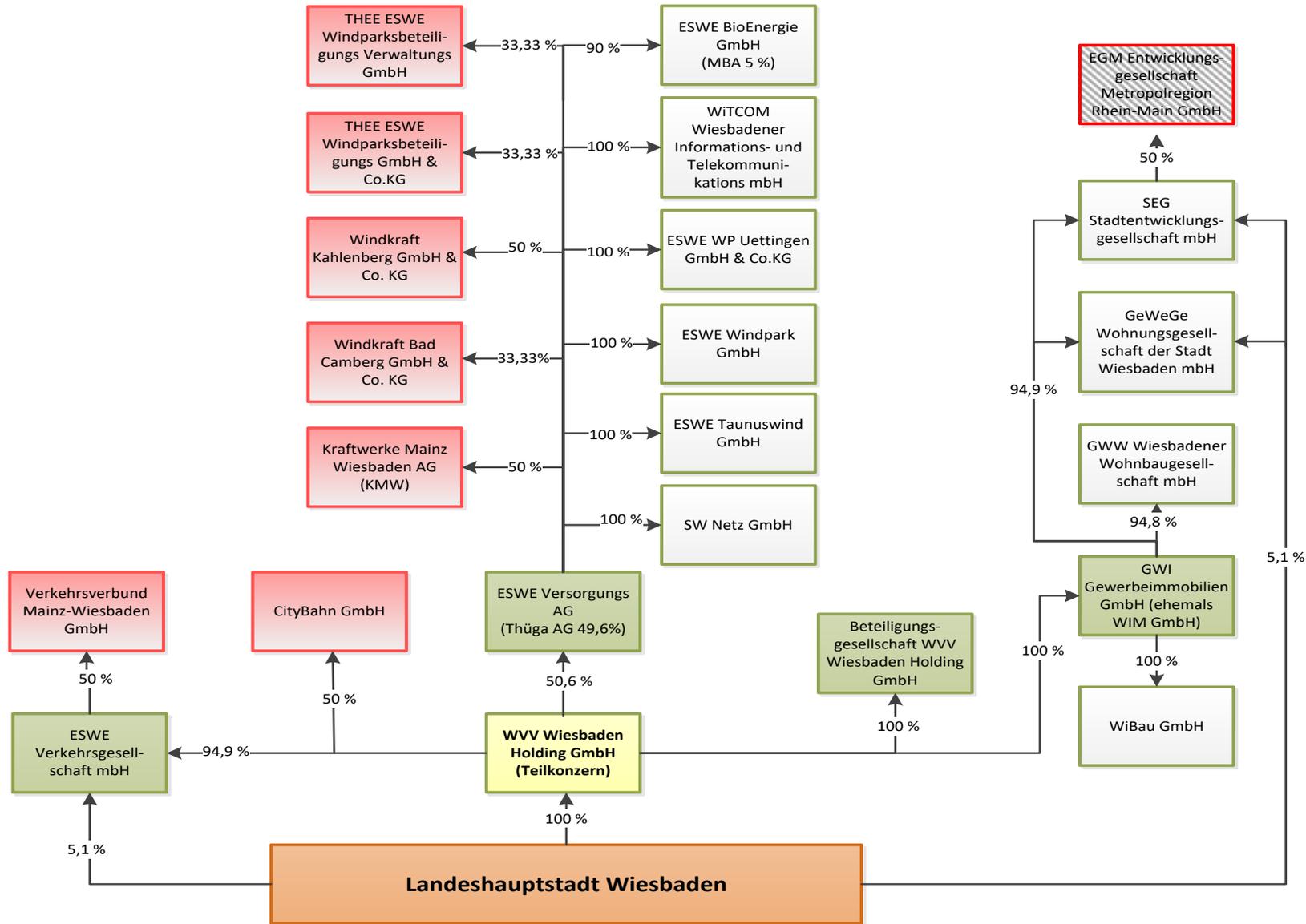
Zu weiteren Angaben gemäß § 55 Abs. 2 GemHVO wird auf den Beteiligungsbericht 2017 verwiesen.

Gesamtabschluss 2017



- Verbundene Unternehmen
- Assoziierte Unternehmen
- Nicht konsolidierte Unternehmen

Gesamtabschluss 2017



Ansicht Teilkonzern

Gesamtabschluss 2017

3.1.3 Konsolidierungsgrundsätze

Kommunen erbringen ihre Leistungen gemeinsam mit ihren Beteiligungen. Die Leistungen der LHW werden auch in einem Zusammenwirken der städtischen Ämter mit den Beteiligungen innerhalb des Verbundes erbracht. In einem Gesamtabschluss sind die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gemäß § 297 Abs. 3 HGB nun so darzustellen, als ob die LHW und ihre Aufgabenträger insgesamt ein einziger Aufgabenträger wären. Dazu sind im Rahmen der Gesamtabchlussenerstellung die internen Verflechtungen zu eliminieren und die Gesamtleistung des Verbundes an Dritte darzustellen. Die Eliminierung erfolgt durch die Kapital-, Schulden-, Aufwands- und Ertragskonsolidierung sowie durch die Zwischenergebniseliminierung.

Kapitalkonsolidierung

Bei der Kapitalkonsolidierung werden die Beteiligungsbuchwerte der Anteile an den einbezogenen Aufgabenträgern mit dem auf diese Anteile entfallenden Eigenkapital der Aufgabenträger verrechnet. Diese Verrechnung ist notwendig, da eine einfache Addition der Buchwerte zu einer Doppelerfassung führen würde.

At-Equity-Konsolidierung

Die at-Equity einbezogenen Aufgabenträger werden mit dem anteiligen Eigenkapital zu Buchwerten angesetzt. Die Wertansätze der Beteiligungen sind nach § 312 Abs. 4 HGB in den Folgejahren um den Betrag der anteiligen Eigenkapitalveränderungen zu erhöhen oder zu vermindern; auf die Beteiligung entfallende Gewinnausschüttungen sind abzusetzen.

At-Equity angesetzte Aufgabenträger	Stand 01.01.2017 in €	anteilige Eigenkapital- veränderung in €	Stand 31.12.2017 in €
HSK Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH*	0	0	0
WIVERTIS Wiesbadener Informations- u. Telekommunikationsgesellschaft mbH	299.606	960	300.566

*Ausweis mit 0 € wegen anhaltender Verluste

Die Ansätze sind entsprechend der Entwicklung des Eigenkapitals auf den Stichtag fortgeschrieben.

Gesamtabschluss 2017

Schuldenkonsolidierung

Im Rahmen der Schuldenkonsolidierung gem. § 303 HGB werden gewährte und erhaltene Investitionszuwendungen, Anzahlungen, Ausleihungen und andere Forderungen, Rückstellungen und Verbindlichkeiten zwischen den in den Gesamtabschluss einbezogenen verbundenen Unternehmen einschließlich der LHW sowie entsprechende Rechnungsabgrenzungsposten eliminiert.

Aufwands- und Ertragskonsolidierung

In der zusammengefassten Ergebnisrechnung werden entsprechend § 305 HGB alle Erträge aus Beziehungen zwischen verbundenen Unternehmen mit den entsprechenden Aufwendungen verrechnet, soweit sie nicht als Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen oder als andere aktivierte Eigenleistungen ausgewiesen werden.

Zwischenergebniseliminierung

§ 304 HGB verlangt, dass in den Gesamtabschluss aufzunehmende Vermögensgegenstände, die ganz oder teilweise auf Lieferungen oder Leistungen zwischen in den Gesamtabschluss einbezogenen Aufgabenträgern beruhen, in der zusammengefassten Vermögensrechnung mit einem Betrag angesetzt werden, zu dem sie angesetzt werden könnten, wenn die in den Gesamtabschluss einbezogenen Aufgabenträger auch rechtlich eine Einheit bilden würden.

Entstandene Gewinne aus Grundstücksverkäufen zwischen den zu konsolidierenden Aufgabenträgern sind neutralisiert worden.

Wesentlichkeit

§ 303 Abs. 2, § 304 Abs. 2 und § 305 Abs. 2 HGB erlauben einen Verzicht auf Konsolidierungsmaßnahmen, wenn die Beträge für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Verbundes nur von untergeordneter Bedeutung sind. Die Hinweise des Ministeriums des Innern und für Sport zu § 53 GemHVO gehen in 6.5, 7.2, 7.3 und 8.3 auf eine mögliche Quantifizierung ein und verweisen auf die Regelung aus Nr. 2.11 ff. der Hinweise. Die Hinweise sind durch den Erlass vom 22.08.2016 des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport modifiziert. Die hier zugrunde gelegte Wesentlichkeitsgrenze bewegt sich im Rahmen dieser Vorgaben.

Gesamtabschluss 2017

3.1.4 Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Auf eine einheitliche Bewertung wurde verzichtet, da gemäß Nr. 3.2 der Hinweise des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport zu § 53 GemHVO von den Aufgabenträgern auch bei abweichenden Ansatz- und Bewertungsvorschriften grundsätzlich keine Anpassung der Posten für den Gesamtabschluss vorgenommen werden muss. Im Folgenden werden daher lediglich cursorisch die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der LHW, des WVV Konzerns und der ELW wiedergegeben, die am Stichtag 46 % (LHW), 39 % (WVV) und 9 % (ELW) also insgesamt rd. 94 % zum Gesamtvermögen des Verbundes der LHW und ihrer Aufgabenträger beitrugen. Im Übrigen wird auf die jeweiligen Darstellungen in den Einzelabschlüssen verwiesen.

AKTIVA

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagevermögen

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten bewertet und werden linear nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Investitionszuschüsse an Dritte sind als immaterielle Vermögensgegenstände ausgewiesen und werden grundsätzlich über den Zeitraum der Zweckbindung abgeschrieben.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bzw. bei voraussichtlich dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Für die Eröffnungsbilanzwerte der Kernverwaltung der LHW wurden die entsprechenden Sonderregelungen zugrunde gelegt. Die Nutzungsdauer für die Vermögensgegenstände der Kernverwaltung der LHW orientiert sich grundsätzlich an der kommunalen Abschreibungstabelle Hessen, für die Aufgabenträger an den handelsrechtlichen Vorschriften. Für den Deponiekörper findet die leistungsabhängige Abschreibung nach § 7 Abs. 1 Satz 6 EStG Anwendung.

Finanzanlagen

Bei der Bewertung der Eigenbetriebe kommt in der Kernverwaltung die fortgeführte Eigenkapitalspiegelbildmethode zur Anwendung, bei den sonstigen Aufgabenträgern sind die Finanzanlagen zu Anschaffungskosten bewertet, gegebenenfalls - bei voraussichtlich dauerhafter oder vorübergehender Wertminderung - unter Absetzung außerplanmäßiger Abschreibungen.

Umlaufvermögen

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden - soweit keine Verbrauchsfiktion unterstellt und folglich kein Wert angesetzt wurde - zu durchschnittlichen fortgeschriebenen Einstandspreisen bewertet. Zudem wurde das strenge Niederstwertprinzip beachtet. Fertige und unfertige Erzeugnisse und Leistungen werden zu Herstellungs- bzw. Anschaffungskosten bewertet. Bestandsrisiken auf-

Gesamtabschluss 2017

grund langer Lagerdauer oder verminderter Verwertbarkeit wird grundsätzlich durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen.

Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände und flüssige Mittel sind grundsätzlich zum Nennbetrag angesetzt. Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind Ausfallrisiken durch angemessene Einzelwertberichtigungen sowie durch pauschale Wertberichtigungen berücksichtigt worden.

Aktive Rechnungsabgrenzung

Die Rechnungsabgrenzungsposten sind mit dem Nennwert bilanziert.

Aktive latente Steuern

Gem. § 274 HGB wurde bei den Aufgabenträgern von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, die aktiven latenten Steuern nicht in der Bilanz auszuweisen. Auf eine gesonderte Ermittlung von aktiven latenten Steuern auf Ebene des Gesamtabschlusses wird entsprechend der Hinweise des Ministeriums des Innern und für Sport verzichtet.

PASSIVA

Eigenkapital

Die Nettoposition (Basiskapital) ergab sich als Saldo von Vermögen mit (zweckgebundenen) Rücklagen, Sonderrücklagen und Schulden in der Eröffnungsbilanz der Kernverwaltung zum 01.01.2007. Diese verändert sich nur, wenn ein Verlustvortrag durch die Ergebnisse der folgenden 5 Jahre nicht ausgeglichen werden kann. Dies war bisher nicht erforderlich.

Sonderposten

Erhaltene Zuschüsse für Investitionen, Zuweisungen und Beiträge sind als Sonderposten ausgewiesen und werden, soweit sie einem einzelnen Vermögensgegenstand zuzuordnen sind, grundsätzlich ertragswirksam über den gleichen Zeitraum wie der bezuschusste Vermögensgegenstand aufgelöst. In allen anderen Fällen erfolgt die Auflösung linear über die durchschnittliche Nutzungsdauer der entsprechenden Vermögenskategorie. Pauschale Investitionszuwendungen werden über 20 Jahre aufgelöst (z. B. Schulbaupauschale, allgemeine Investitionspauschale und Baukostenzuschüsse, soweit diese nicht aktivisch abgesetzt sind).

Mit Einführung des Gesamtabschlusses wurde die Bilanzierung der Sonderposten im Verbund grundsätzlich vereinheitlicht. Zuwendungen für Investitionen wurden bei den Aufgabenträgern vor dem 01.01.2012 teilweise von den Anschaffungskosten abgesetzt.

Die Auflösung des Kanalbeitragsfonds erfolgt linear über 33 Jahre.

Gesamtabschluss 2017

Rückstellungen

Die Berechnung der **Pensions- und Beihilferückstellungen** erfolgte nach dem Teilwertverfahren gemäß § 6a EStG. Die Ermittlung der Rückstellung für Altersteilzeit erfolgte auf Basis der Stellungnahme des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) vom 19.06.2013 zur Rechnungslegung (IDW RS HFA 3). Den nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten Teilwerten liegt unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck für die **Kernverwaltung der LHW** ein Rechnungszinsfuß von 4,5 % zugrunde. Dieser liegt über dem nach handelsrechtlichen Grundsätzen zum 31.12.2017 anzusetzenden Zinsfuß von 3,68 %, aber deutlich unter dem in § 41 Abs. 6 GemHVO vorgesehenen Rechnungszins von 6 %.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen der **Aufgabenträger** sind nach der Anwartschaftsbarwertmethode unter Berücksichtigung künftiger Entwicklungen sowie vereinfachend gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB ermittelt. So sind die Pensionsrückstellungen seit 2016 unter Anwendung eines zehnjährigen Durchschnittszinssatzes ermittelt (zum Stichtag 31.12.2017 i. H. v. 3,68 %).

Die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen alle bis zur Bilanzerstellung bekannt gewordenen ungewissen Schulden sowie sonstige Risiken, die das abgelaufene Geschäftsjahr betreffen. Sie sind in Höhe der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zu erwartenden Ausgaben zum Erfüllungsbetrag bewertet.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag bewertet. Leibrenten wurden mit ihrem Barwert (Kapitalwert) bilanziert.

Passive Rechnungsabgrenzung

Die Rechnungsabgrenzungsposten sind mit dem Nennwert bilanziert.

Passive latente Steuern

Passive latente Steuern werden weder von der Kernverwaltung der LHW noch von den Aufgabenträgern ausgewiesen. Auf eine gesonderte Ermittlung von passiven latenten Steuern wird auf der Ebene des Gesamtabschlusses verzichtet.

Gesamtabschluss 2017

KAPITALFLUSSRECHNUNG:

Auf die Kapitalflussrechnung findet gemäß § 54 GemHVO erstmalig der Deutsche Rechnungslegungsstandard (DRS) 21 Anwendung.

Wesentliche Änderungen sind:

Das Mindestgliederungsschema umfasst 48 Gliederungspunkte (vorher lediglich 29).

Beteiligungserträge, Zinsen und Dividenden werden im Cashflow der laufenden Geschäftstätigkeit korrigiert und in den jeweils entsprechenden Cashflows (Investitions- bzw. Finanzierungscashflow) offen ausgewiesen.

Erhaltene Zuschüsse und Zuweisungen - unabhängig ob bilanziell oder nicht - werden beim Finanzierungscashflow gezeigt.

Ein- und Auszahlungen aus außergewöhnlichen Vorgängen werden offen beim entsprechenden Cashflow ausgewiesen.

Ein- bzw. Auszahlungen aus Zuführungen bzw. Herabsetzungen des Eigenkapitals werden getrennt nach Gesellschaftern des Mutterunternehmens und anderen Gesellschaftern betrachtet.

Während im DRS 2 die Angabe der Vorjahreswerte verpflichtend geregelt war, ist dies gemäß DRS 21 nur noch empfohlen. Die Landeshauptstadt Wiesbaden macht von diesem Wahlrecht nur im Jahr 2017 Gebrauch, da hier ein 2-Jahres-Vergleich wegen der erstmaligen Anwendung des DRS 21 nicht sinnvoll ist.

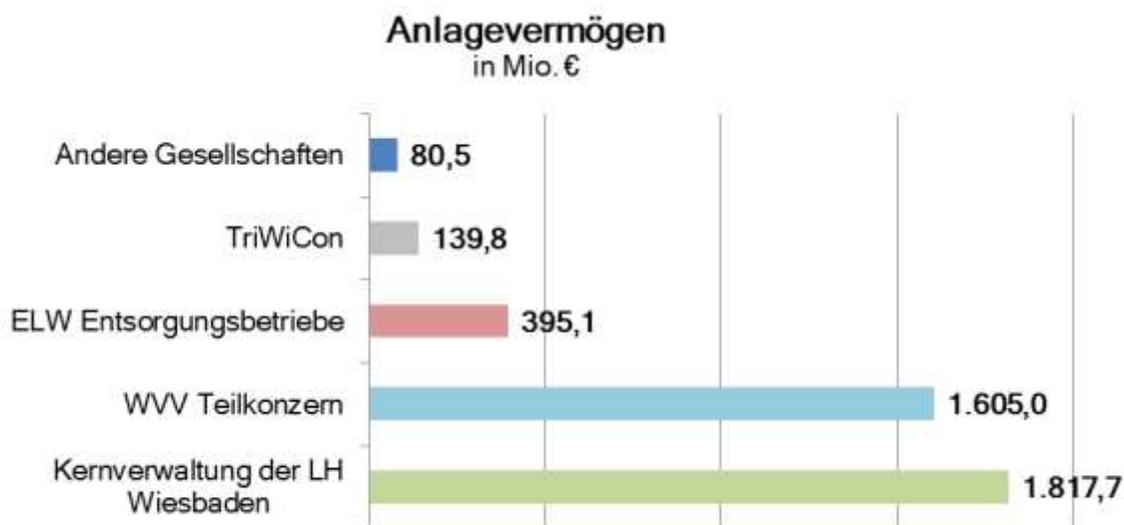
Gesamtabschluss 2017

3.2 Erläuterungen zu den Posten der konsolidierten Vermögensrechnung

3.2.1 Anlagevermögen

Das Anlagevermögen ist im Berichtszeitraum auf 4.038,1 Mio. € (VJ 3.904,9 Mio. €) gestiegen.

Es verteilt sich auf die LHW und ihre Aufgabenträger wie folgt:



Die detaillierte Entwicklung des Anlagevermögens im Gesamtabschluss zeigen die folgenden Erläuterungen sowie der Anlagenspiegel (Anlage 1).

Immaterielle Vermögensgegenstände

Im Berichtsjahr sind die immateriellen Vermögensgegenstände nahezu unverändert mit 37,0 Mio. €.

Materiell wichtigste Position sind die von der Kernverwaltung i. H. v. 30,9 Mio. € geleisteten Investitionszuschüsse, insbesondere für die Bereiche Kultur, Sport, Kinderbetreuung und Umwelt.

Gesamtabschluss 2017

Sachanlagevermögen

Im Berichtsjahr erhöhte sich das Sachanlagevermögen insgesamt um 61,6 Mio. €.

Die folgende Tabelle verdeutlicht die Veränderungen:

Sachanlagevermögen in Mio. €	
Stand Sachanlagevermögen zum 01.01.2017	3.240,7
Zugänge	241,1
Abschreibungen (abzgl. Zuschreibungen)	-115,6
Umbuchungen	-39,9
Abgänge (abzgl. Abschreibungen auf Abgänge)	-24,0
Stand Sachanlagevermögen zum 31.12.2017	3.302,3

Gesamtabschluss 2017

Die Zusammensetzung der Zugänge zeigt die folgende Tabelle:

Zugänge Sachanlagevermögen in Mio. €	
Grundstücke	11,6
Bau u. Sanierung von Wohngebäuden	58,2
Schulen / Kindertagesstätten	22,6
Neubau RheinMain CongressCenter Wiesbaden (RMCC)	63,4
Betriebs- und Verwaltungsgebäude einschl. Bürgerhäuser	13,5
Energieverteilungsanlagen	18,7
Abwassersammelungs- und -reinigungsanlagen	5,7
Deponie	2,6
Sonstiges Infrastrukturvermögen (Straßen, Beleuchtung, LSA etc.)	8,3
Technische und andere Anlagen	5,4
Fuhrpark (einschl. Personennahverkehrsfahrzeuge)	7,8
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	5,4
Sonstiges	17,9
Summe	241,1

Im Jahr 2017 wurden Umbuchungen i. H. v. 39,9 Mio. € vorgenommen. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um die Sammlung der Nassauischen Altertümer, die in das Vermögen der Stiftung Stadtmuseum Wiesbaden eingebracht wurden und sich nunmehr unter Anteilen an verbundenen Unternehmen in den Finanzanlagen wiederfinden. Die Stiftung wird nicht konsolidiert.

Abgänge sind u. a. der Grundstücksverkauf und Abriss des ehemaligen Parkhauses der Rhein-Main-Halle mit 12,8 Mio. € sowie der Verkauf bzw. Abriss von Wohngebäuden i. H. v. 5,4 Mio. €.

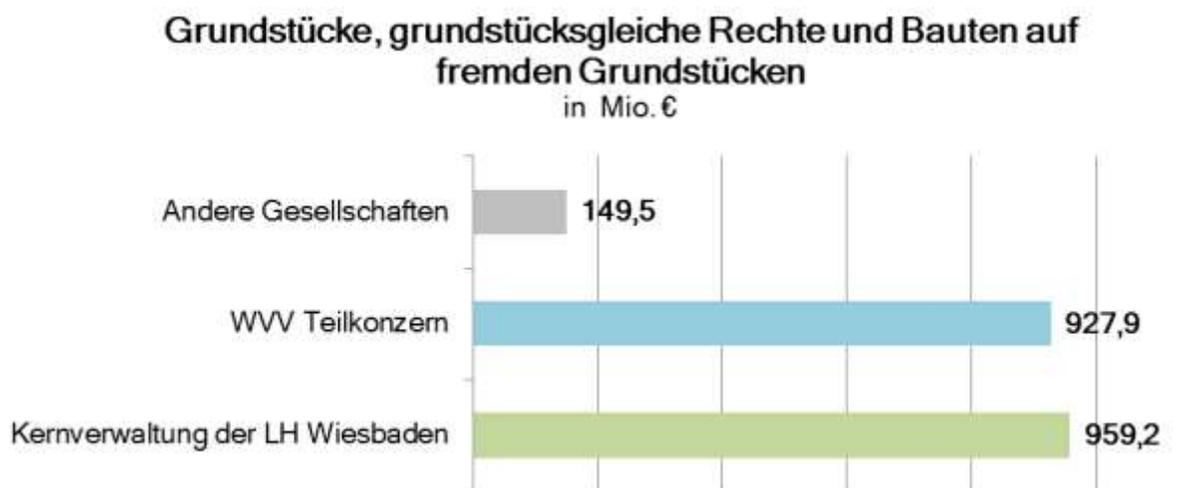
Gesamtabschluss 2017

Das Sachanlagevermögen ist zum einen geprägt durch bebaute und unbebaute Grundstücke, zum anderen durch das Infrastrukturvermögen.

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken	2.036,6	2.030,3	6,3 ↑
Wohngebäude (einschließlich Grund und Boden)	773,4	753,0	20,4 ↑
Schulgebäude (einschließlich Grund und Boden)	479,0	487,2	-8,2 ↓
Verwaltungs- und Bürogebäude (einschließlich Grund und Boden)	125,8	132,4	-6,6 ↓
Unbebaute Grundstücke	182,5	172,7	9,8 ↑
Sonstiges	475,9	485,0	-9,1 ↓

Im Berichtsjahr erhöhte sich diese Bilanzposition auf 2.036,6 Mio. €. Zusammen mit den Schulgebäuden (479,0 Mio. €) bilden die Wohngebäude (773,4 Mio. €) die bedeutendsten Positionen in diesem Segment.

Den wertmäßig größten Anteil haben die Kernverwaltung der LHW und der WVV-Teilkonzern.



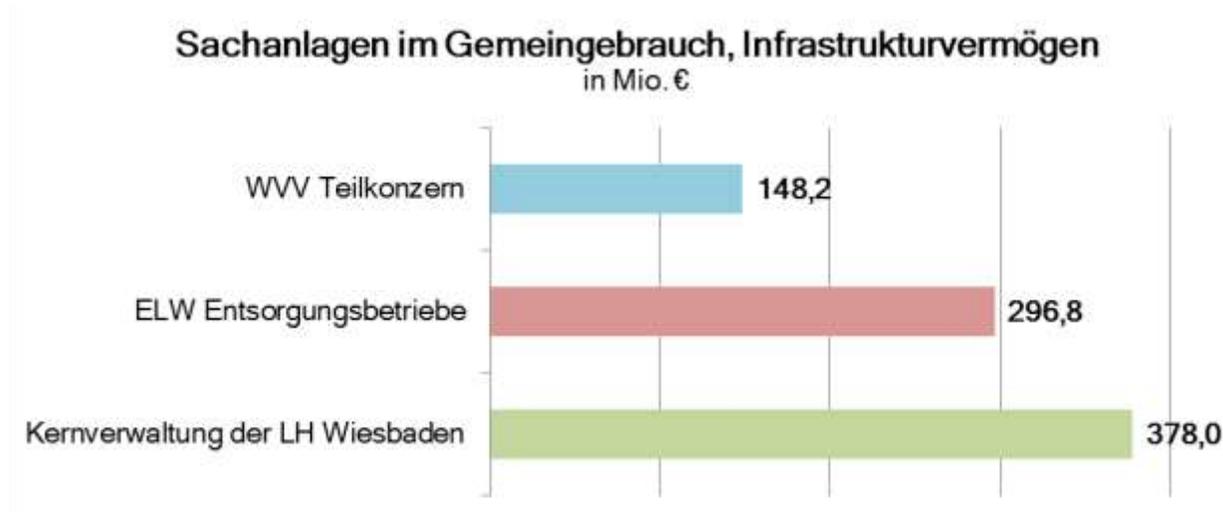
Gesamtabschluss 2017

Die Sachanlagen im Gemeingebrauch und das Infrastrukturvermögen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	823,0	833,1	-10,1 ↓
Kanalisation, Kläranlagen	287,2	292,4	-5,2 ↓
Straßen, Wege, Plätze	183,7	194,7	-11,0 ↓
Energieversorgungsnetz	148,2	141,0	7,2 ↑
Kultur- u. Naturgüter, öffentliche Grünflächen, Friedhofsanlagen	65,2	64,8	0,4 ↑
Wald	48,2	48,0	0,2 ↑
Sonstiges	90,5	92,2	-1,7 ↓

Im Berichtsjahr beträgt das Infrastrukturvermögen 823,0 Mio. € (Vorjahr 833,1 Mio. €). Wesentliche Positionen sind die Kanalisation und Kläranlagen mit 287,2 Mio. €, Straßen, Wege und Plätze mit 183,7 Mio. € sowie das Energieversorgungsnetz mit 148,2 Mio. €. Der Werteverzehr bei den Straßen spiegelt das subjektive Gefühl bei der Benutzung des öffentlichen Straßennetzes.

Das Infrastrukturvermögen verteilt sich auf die Kernverwaltung der LHW, die ELW und den WVV-Teilkonzern:



Gesamtabschluss 2017

Finanzanlagen und sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen

Die Anteile an verbundenen Unternehmen beinhalten die nicht konsolidierten Aufgabenträger von nachrangiger Bedeutung sowie das Sondervermögen der rechtlich selbständigen und fiduziarischen Stiftungen der Landeshauptstadt.

Im Berichtsjahr ist das Finanzanlagevermögen um 74,0 Mio. € auf 525,2 Mio. € (Vorjahr 451,2 Mio. €) gestiegen. Diese Erhöhung ist auf die Stiftung Stadtmuseum Wiesbaden (39,9 Mio. € s.o.) und auf die Auflegung eines Spezialfonds bei der Deka Bank (35,0 Mio. €) zurückzuführen. In dem Spezialfond ist ein Teil der Erlöse aus dem Teilverkauf der ESWE Versorgungs AG an die Thüga AG aus dem Jahre 2001 angelegt.

Den größten Anteil am Finanzanlagevermögen tragen aber die Beteiligungen an der KMW mit 149,9 Mio. €, an der Kom9 GmbH & Co. KG (Thüga) mit 124,6 Mio. € sowie an der Nassauischen Heimstätte mit 18,1 Mio. € bei.

Die sonstigen Ausleihungen bestehen u. a. aus einem Schuldscheindarlehen in Höhe von 35,7 Mio. € bei der DZ-Bank (Anlage der Erlöse aus dem Teilverkauf der ESWE Versorgungs AG an die Thüga AG aus dem Jahre 2001). Darüber hinaus beinhalten die Ausleihungen im Wesentlichen niedrig verzinsten Darlehen zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung. Zudem wird hier die stille Einlage der WVV Holding an der Nassauischen Sparkasse i. H. v. 30 Mio. € ausgewiesen.

Die Landeshauptstadt hat ihren Anteil an der Nassauischen Sparkasse aufgrund ministerieller Verfügung von 2007 ohne Passivierung eines Sonderpostens mit 173,6 Mio. € bilanziert.

Gesamtabschluss 2017

3.2.2 Umlaufvermögen

Im Berichtsjahr ist das Umlaufvermögen (618,3 Mio. €) erneut gestiegen (VJ 561,6 Mio. €).

Die wesentlichen Positionen sind die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände (186,9 Mio. €) sowie die flüssigen Mittel von nunmehr 321,2 Mio. €.

Die Restlaufzeiten der Forderungen sind dem Forderungsspiegel (Anlage 2) zu entnehmen.

3.2.3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten ist gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert und beträgt im Berichtsjahr 33,9 Mio. €. Er beinhaltet u. a. Anspar- und Sonderbeiträge von Landesdarlehen (4,0 Mio. €) sowie im Dezember 2017 gezahlte Transferaufwendungen (20,7 Mio. €) und Beamtenbezüge (4,9 Mio. €) für den Januar des Folgejahres.

Gesamtabschluss 2017

3.2.4 Eigenkapital

Das Eigenkapital erhöhte sich im Berichtszeitraum um 86,0 Mio. € auf 1.675,7 Mio. €.

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
Eigenkapital	1.675,7	1.589,7	86,0 ↑
Netto-Position	1.259,1	1.259,1	0,0 →
Rücklagen, Sonderrücklagen und Stiftungskapital	150,3	94,8	55,5 ↑
Gesamtbilanzgewinn/-verlust	201,3	172,1	29,2 ↑
Anteile Dritter am Eigenkapital	65,0	63,7	1,3 ↑

Die Nettosition der LHW beträgt 1.259,1 Mio. €. Da ab dem Jahr 2011 keine ergebnisneutralen Korrekturen der Eröffnungsbilanz mehr möglich sind, bleibt die Nettosition insoweit unverändert.

Zum 01.01.2017 wurde der Jahresüberschuss der Kernverwaltung der Landeshauptstadt aus 2016 i. H. v. 55,5 Mio. € in die Rücklage eingestellt, so dass diese sich entsprechend erhöht hat.

In dieser Position ebenfalls enthalten ist das Stiftungskapital i. H. v. 1,9 Mio. €.

Der Gesamtbilanzgewinn erhöhte sich um 29,2 Mio. € auf nunmehr 201,3 Mio. €. Er setzt sich aus dem um die Anteile Dritter reduzierten Gesamtjahresergebnis, dem Ergebnisvortrag sowie den Entnahmen bzw. Zuführungen zu den Rücklagen zusammen.

Die Anteile Dritter am Eigenkapital, die einen Ausgleichsposten für fremde Gesellschafter darstellen, sind annähernd unverändert.

Die detaillierte Entwicklung des Eigenkapitals kann dem Eigenkapitalspiegel (Anlage 3) entnommen werden.

Gesamtabschluss 2017

3.2.5 Sonderposten

Im Berichtsjahr haben sich die Sonderposten mit 308,2 Mio. € (Vorjahr 315,3 Mio. €) verringert. Die detaillierte Entwicklung ist im Sonderpostenspiegel dargestellt (Anlage 4).

Die erhaltenen Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge betreffen in erster Linie mit 257,3 Mio. € die Kernverwaltung der Landeshauptstadt. Davon entfallen 222,1 Mio. € auf Zuweisungen vom öffentlichen Bereich, 8,4 Mio. € auf Zuschüsse vom nicht öffentlichen Bereich und 26,9 Mio. € auf Investitionsbeiträge.

Die Zuweisungen vom öffentlichen Bereich beinhalten neben den zweckgebundenen Zuschüssen für Einzelmaßnahmen als größere Positionen die Schulbaupauschale mit 38,9 Mio. € (Vj. 42,8 Mio. €) sowie die allgemeine Investitionspauschale mit 26,6 Mio. € (Vj. 29,4 Mio. €).

Ab dem Jahr 2016 sind die neu erhaltenen Investitions- und Schulbaupauschalen Bestandteil des Kommunalen Finanzausgleichs und werden somit in der Ergebnisrechnung ausgewiesen.

Die sonstigen Sonderposten entfallen zu großen Teilen auf den WVV-Teilkonzern und beinhalten Investitionszuschüsse für Baumaßnahmen, insbesondere Hausanschlüsse, die von der ESWE Versorgung und SW Netz durchgeführt werden.

3.2.6 Rückstellungen

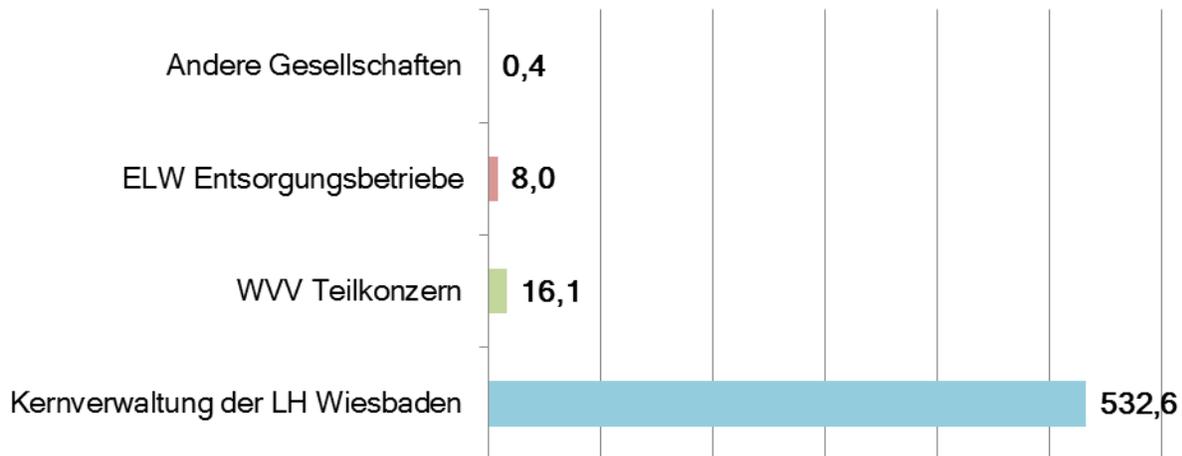
Im Berichtsjahr sind die Rückstellungen um 56,7 Mio. € gegenüber dem Vorjahr auf 808,6 Mio. € gestiegen. Die Entwicklung der Rückstellungen ist im Rückstellungsspiegel (Anlage 5) dargestellt.

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
Rückstellungen	808,6	751,9	56,7 ↑
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	557,1	524,3	32,8 ↑
Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse	4,7	4,6	0,1 ↑
Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	90,2	81,9	8,3 ↑
Rückstellungen für die Sanierungen von Altlasten	11,4	11,6	-0,2 ↓
Sonstige Rückstellungen	145,2	129,5	15,7 ↑

Gesamtabschluss 2017

Materiell bedeutendste Position mit 557,1 Mio. € sind die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen. Sie betreffen im Wesentlichen die Kernverwaltung der LHW.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Mio. €



Unter den Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen werden bei der Kernverwaltung zum einen Verpflichtungen für Versorgungsansprüche von Beamtinnen/Beamten und ihren Hinterbliebenen ausgewiesen (463,8 Mio. €). Diese werden derzeit mit einem Zinssatz von 4,5% abgezinst. Unter Anwendung des zehnjährigen Durchschnittszinses nach § 253 Abs. 2 HGB (3,68%¹⁸) ergeben sich hier stille Lasten in Höhe von rd. 50,9 Mio. €. Real sind diese stillen Lasten höher, da sich diese Verzinsung derzeit am Markt mündelsicher kaum erreichen lässt. Zum anderen wird gemäß der Hessischen Beihilfeverordnung aktiven und ausgeschiedenen Beamtinnen/Beamten und deren beihilfeberechtigten Angehörigen Beihilfe als Zuschuss im Krankheitsfall gewährt (67,5 Mio. €). Beim WVV-Teilkonzern bezieht sich die Rückstellung von 16,1 Mio. € auf Pensionäre und zukünftige Pensionäre.

Die Rückstellung für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien i. H. v. 90,2 Mio. € betrifft die Deponie Dyckerhoffbruch und beinhaltet die Oberflächenabdichtung und Nachsorgeleistungen.

Bei der Rückstellung für die Sanierung von Altlasten handelt es sich im Wesentlichen um eine Rückstellung der Kernverwaltung für die Sanierung des Sedra-Geländes i. H. v. 10 Mio. €.

¹⁸ Mit der Änderung des HGB vom 11.03.2016 wird der Durchschnittszinssatz für Pensionsrückstellungen auf Zehn-Jahres-Basis ermittelt

Gesamtabschluss 2017

Die sonstigen Rückstellungen in Höhe von 145,2 Mio. € betreffen mit 110,0 Mio. € im Wesentlichen den WVV Teilkonzern.

Die wesentlichen Posten sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Sonstige Rückstellung (in Mio. €)	31.12.2017
WVV Teilkonzern	
Rückstellungen für den Personalbereich (Urlaub, Gleitzeit, Beihilfen, Aufwendungen f. Pensionäre, Jubiläen)	18,5
Risikovorsorge für Rückzahlungsverpflichtungen wegen überhöhter Wasserpreise bei der ESWE Versorgungs AG	23,1
Steuerrückstellungen	21,5
Ausstehende Rechnungen aus Lieferungen und Leistungen	4,9
Bauinstandhaltungen	3,4
Netzentgelte	3,2
Drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	10,7
Verpflichtungen aus RMV-Einnahmenaufteilungsverfahren	1,9
Kernverwaltung der LH Wiesbaden	
Rückstellungen für den Personalbereich (Leistungsentgelte, Lebensarbeitszeitkonto)	8,5
ELW Entsorgungsbetriebe	
Rückstellungen für den Personalbereich (Urlaub, Überstunden, Altersteilzeit, Jubiläen)	3,1
Konstenüberdeckungen im Entsorgungsbereich	8,6
Rückbaukosten im Entwässerungsbereich	1,5

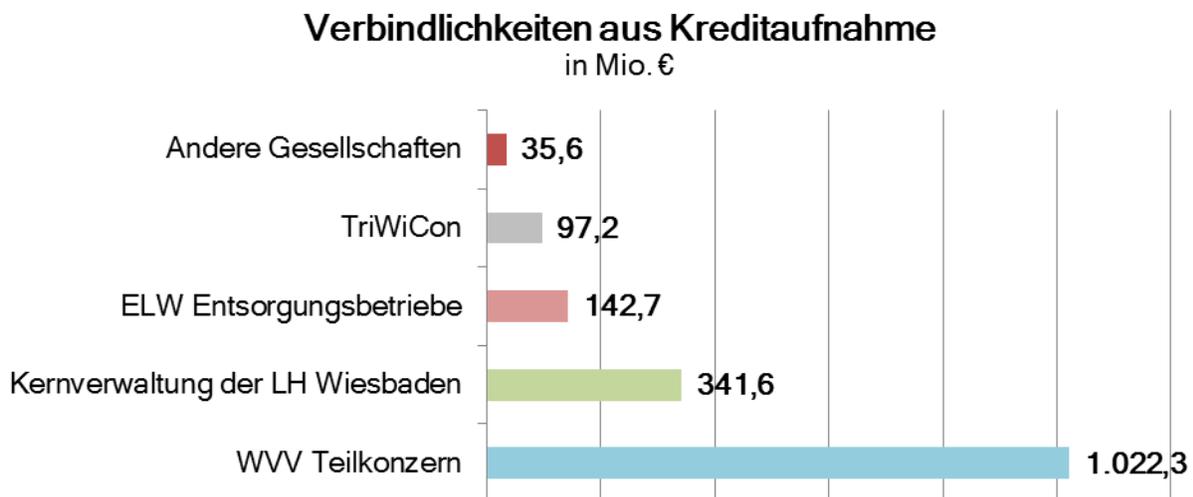
Gesamtabschluss 2017

3.2.7 Verbindlichkeiten

Im Berichtsjahr haben sich die Verbindlichkeiten in Höhe von 1.851,7 Mio. € um 54,7 Mio. € erhöht.

Wesentlich sind hier die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen in Höhe von 1.639,4 Mio. €, die im Vergleich zum Stichtag 31.12.2016 um 24,4 Mio. € gestiegen sind.

Die Aufteilung der Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme auf die Aufgabenträger ergibt folgendes Bild:



Die **Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen** des WWV Teilkonzerns von 1.022,3 Mio. € verteilen sich auf den Immobilienbereich mit 640,4 Mio. € (Vj. 607,3 Mio. €), die WWV Holding mit 227,2 Mio. € (Vj. 231,8 Mio. €), den Versorgungsbereich mit 131,3 Mio. € (Vj. 138,3 Mio. €) und den Verkehrsbereich mit 23,4 Mio. € (Vj. 28,3 Mio. €).

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten können dem Verbindlichkeitspiegel (Anlage 6) entnommen werden.

3.2.8 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten beträgt im Berichtsjahr 46,0 Mio. € (Vorjahr 43,7 Mio. €).

Er enthält im Wesentlichen Einnahmen für Grabnutzungsrechte der LHW i. H. v. 35,6 Mio. €, die zukünftige Jahre betreffen und über den Nutzungszeitraum zeitanteilig ertragswirksam aufgelöst werden.

Gesamtabschluss 2017

3.3 Erläuterungen zur konsolidierten Ergebnisrechnung

3.3.1 Ordentliches Ergebnis

Verwaltungsergebnis

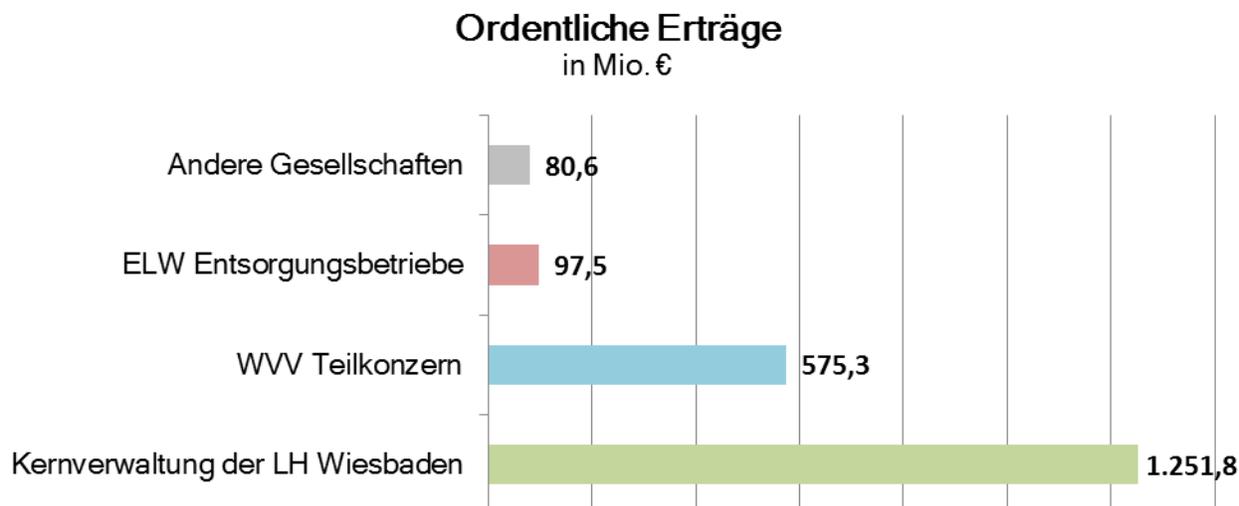
Das Verwaltungsergebnis liegt gegenüber 2016 nahezu unverändert bei 117,5 Mio. € und wird im Folgenden erläutert.

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
Verwaltungsergebnis	117,5	115,5	2,0 ↑
Ordentliche Erträge	2.005,2	1.932,9	72,3 ↑
Ordentliche Aufwendungen	1.887,7	1.817,4	70,3 ↑

Ordentliche Erträge

Die ordentlichen Erträge in Höhe von 2.005,2 Mio. € sind im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen. Sie setzen sich im Wesentlichen aus Leistungsentgelten und Steuern bzw. steuerähnlichen Erträgen zusammen, die gemeinsam fast 70 % dieser Position ausmachen. Während erstere primär in den ausgegliederten Aufgabenträgern erzielt werden, sind die Erträge aus Steuern, Transferleistungen, Zuweisungen und Zuschüssen zu großen Teilen der Kernverwaltung der LHW zuzuordnen.

Die ordentlichen Erträge verteilen sich folgendermaßen auf die LHW und ihre Aufgabenträger:



Gesamtabschluss 2017

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
Leistungsentgelte	769,8	757,6	12,2	↑
Versorgung	382,7	372,8	9,9	↑
Entsorgung	80,6	81,4	-0,8	↓
Verkehr	47,6	47,4	0,2	↑
Immobilien	136,1	129,7	6,4	↑
Sonstiges	122,8	126,3	-3,5	↓

Mit Versorgungsleistungen werden rd. 50 % der privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte erzielt. Von 382,7 Mio. € entfallen 235,8 Mio. € auf die Strom- und 90,3 Mio. € auf die Gasversorgung.

Die **Kostenersatzleistungen und -erstattungen** i. H. v. 14,4 Mio. € (Vj. 23,2 Mio. €) sind deutlich geringer als im Vorjahr und entfallen nahezu ausschließlich auf die Kernverwaltung. Hierin enthalten ist u. a. die Erstattung vom Land für die Notunterkünfte der Flüchtlinge.

Die **Bestandsveränderungen und aktivierten Eigenleistungen** entfallen im Wesentlichen auf die Wohnungs- und Projektentwicklungsgesellschaften und spiegeln den Abrechnungsprozess des Bau- und Projektgeschäftes wider. Im Berichtsjahr wird eine Bestandserhöhung von 28,7 Mio. € ausgewiesen.

Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen betragen im Berichtsjahr 630,1 Mio. €. Im Vergleich zum Vorjahr haben sie sich um 41,5 Mio. € erhöht.

Gesamtabschluss 2017

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen	630,1	588,6	41,5	↑
Gewerbsteuer (vor Gewerbesteuerumlage)	336,7	317,2	19,5	↑
Einkommensteuer	178,0	163,7	14,3	↑
Grundsteuer	59,6	58,1	1,5	↑
Umsatzsteuer	31,5	25,1	6,4	↑
Sonstiges	24,3	24,5	-0,2	↓

Den mit 53 % größten Anteil an den Steuern hat die Gewerbsteuer i. H. v. 336,7 Mio. €, die sich um 19,5 Mio. € erhöht hat. Die Gewerbesteuererträge entfallen ausschließlich auf die Kernverwaltung der LHW.

Die **Erträge aus Transferleistungen** sind im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr um 17,8 Mio. € gestiegen und betragen 230,6 Mio. € (Vj. 212,8 Mio. €). Sie entfallen auf die Landeshauptstadt Wiesbaden und unterliegen abrechnungsbedingten Schwankungen. Hier enthalten sind unter anderem die Erstattungen bzw. Kostenbeteiligungen von Bund und Land für Sozialausgaben. Den Erträgen stehen auch hohe Aufwendungen gegenüber.

Die **Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen** betragen im Berichtsjahr 267,4 Mio. € (Vj. 257,2 Mio. €). Sie setzen sich im Wesentlichen aus Zuweisungen bzw. Zuschüssen von Bund und Land zusammen und beinhalten auch die Mittel aus dem Finanzausgleich (Schlüsselzuweisungen).

Von den **Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten** (empfangenen Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen) i. H. v. 17,7 Mio. € (Vj. 14,7 Mio. €) entfallen 13,5 Mio. € auf die Kernverwaltung der LHW. Die Auflösung erfolgt zeitbezogen nach Maßgabe der Erfüllung der Verpflichtung aus dem Zuwendungsverhältnis.

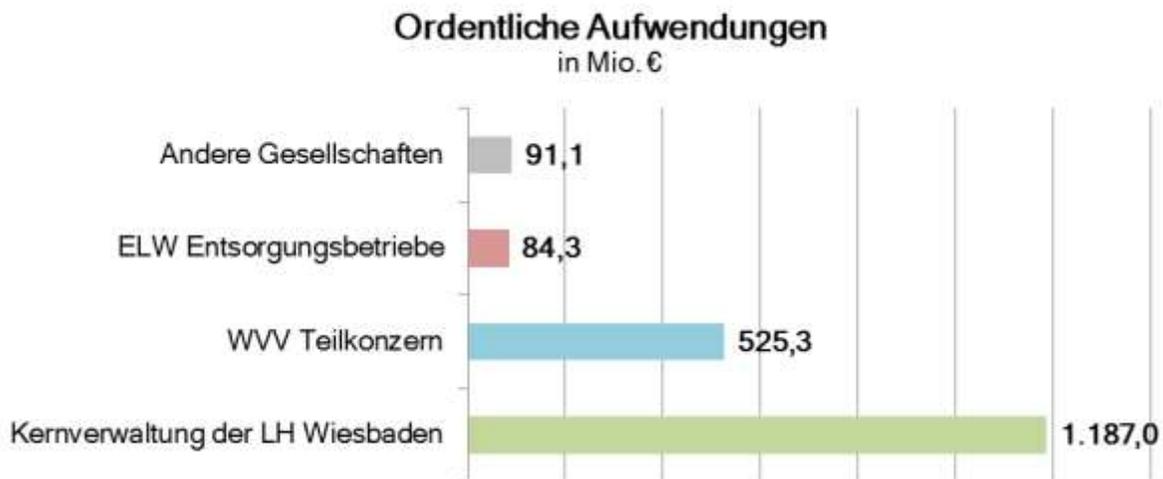
Gesamtabschluss 2017

Die **sonstigen ordentlichen Erträge** i. H. v. 46,5 Mio. € (Vj. 68,0 Mio. €) beinhalten unter anderem Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und Wertberichtigungen i. H. v. 24,6 Mio. € (Vj. 33,1 Mio. €).

Ordentliche Aufwendungen

Die ordentlichen Aufwendungen im Berichtsjahr belaufen sich auf 1.887,7 Mio. € (Vj. 1.817,4 Mio. €).

Die Verteilung auf die Aufgabenträger ist der nachstehenden Grafik zu entnehmen.



Gesamtabschluss 2017

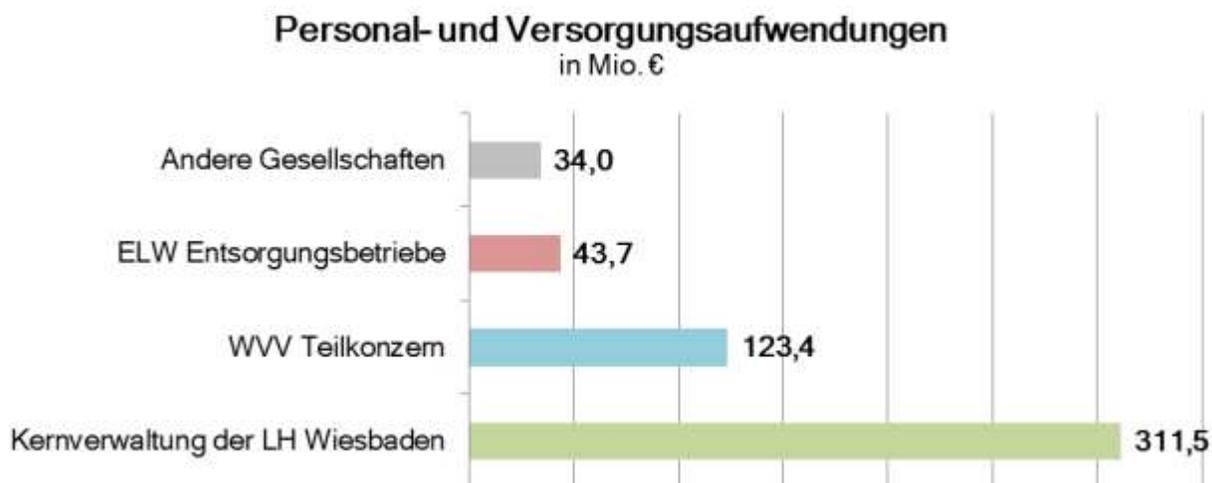
Die **Personalaufwendungen** belaufen sich auf 438,4 Mio. €.

Die **Versorgungsaufwendungen** betragen 74,2 Mio. € und enthalten den Aufwand für die Ruhestandsbeamten und für die aktiven Beamten.

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
Personalaufwendungen	438,4	420,9	17,5 ↑
Versorgungsaufwendungen	74,2	49,7	24,5 ↑
Summe	512,6	470,6	42,0 ↑
Arbeitnehmerentgelte	304,4	292,5	11,9 ↑
Beamtenbezüge (einschl. Versorgungsbezüge)	122,1	96,3	25,8 ↑
Sozialaufwendungen (ausgenommen die Aufwendungen für die Altersversorgung und Unterstützung)	67,4	64,2	3,2 ↑
Sonstige Personalaufwendungen	18,7	17,6	1,1 ↑

Die Personalaufwendungen sind nicht zuletzt durch die gestiegenen Mitarbeiterzahlen höher als im Vorjahr ausgefallen. Die Versorgungsaufwendungen schwanken u. a. durch sich ändernde versicherungsmathematische Annahmen. Hierzu zählen beispielsweise geänderte Sterbetafeln, Änderungen der Besoldung, Ein- und Austritte sowie Beförderungen.

Auf die Aufgabenträger verteilt stellen sich die Personal- und Versorgungsaufwendungen folgendermaßen dar:



Gesamtabschluss 2017

Mit 311,5 Mio. € entfallen auf die Kernverwaltung der LHW rd. 60 % der Personalaufwendungen. Dies entspricht ungefähr dem Anteil der LHW an der Gesamtmitarbeiterzahl. Eine Übersicht über die Anzahl und Verteilung der Mitarbeiter ist unter Punkt 3.5.3 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu finden.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** betragen im Berichtsjahr 582,7 Mio. € und sind gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	582,7	571,4	11,3 ↑
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	300,5	266,2	34,3 ↑
Aufwendungen für bezogene Leistungen, Reparaturen und Instandhaltung	130,6	131,4	-0,8 ↓
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	95,9	104,9	-9,0 ↓
Sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	55,7	68,9	-13,2 ↓

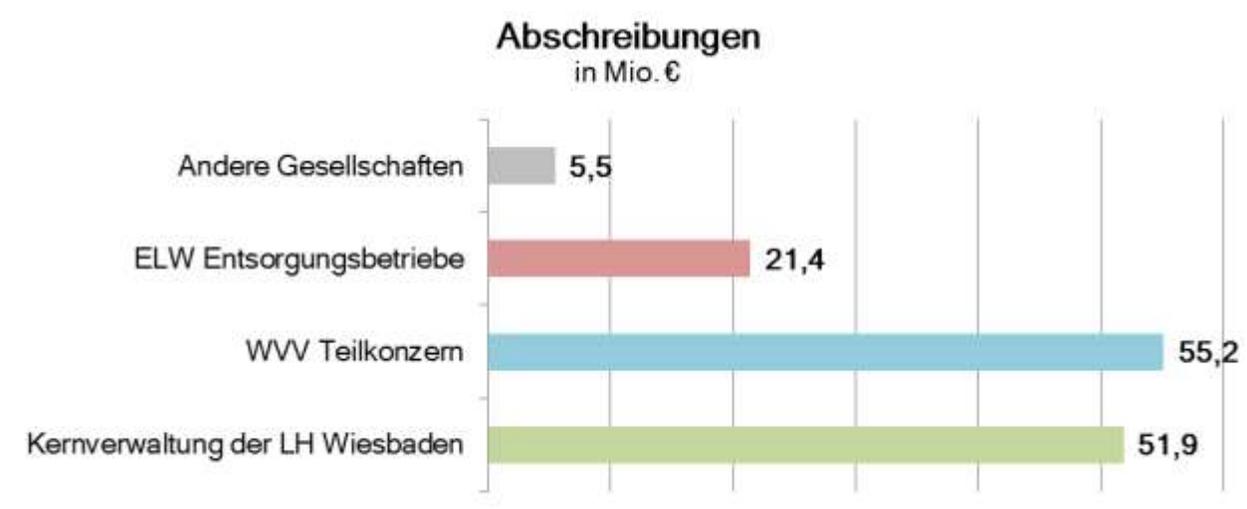
Enthalten sind insbesondere Aufwendungen für Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe und bezogene Waren i.H.v. 300,5 Mio. €, Aufwendungen für bezogene Leistungen, Reparaturen und Instandhaltungen i. H. v. 130,6 Mio. €, Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten i. H. v. 95,9 Mio. € sowie sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen i. H. v. 55,7 Mio. €.

Gesamtabschluss 2017

Die **Abschreibungen** betragen im Berichtsjahr 134,0 Mio. €. Sie haben sich gegenüber dem Vorjahr um 4,0 Mio. € reduziert. Sie können im Anlagenspiegel (Anlage 1) detailliert nachvollzogen werden.

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
Abschreibungen	134,0	138,0	-4,0 ↓
Abschreibungen auf aktivierte Investitionszuweisungen, -zuschüsse und -beiträge	5,8	5,5	0,3 ↑
Sonstige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	2,6	2,5	0,1 ↑
planmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen	113,5	113,8	-0,3 ↓
Wertberichtigungen auf Forderungen	12,1	16,2	-4,1 ↓

Die Abschreibungen betreffen folgende Aufgabenträger:



Die **Aufwendungen für Zuweisungen, Zuschüsse und besondere Finanzaufwendungen** in Höhe von 104,8 Mio. € (Vj. 112,0 Mio. €) entfallen in erster Linie auf die Kernverwaltung und betreffen u. a. den Betriebskostenzuschuss für das Hessische Staatstheater (17,8 Mio. €), Kindertagesstätten-Zuschüsse an die Evangelische Regionalverwaltung Wiesbaden (15,8 Mio. €), den Gesamtverband der katholischen Kirchengemeinden in Hessen (8,8 Mio. €), den AWO Kreisverband Wiesbaden (6,3 Mio. €), den Caritasverband Wiesbaden-Rheingau (2,4 Mio. €), die Europa-Schule Dr. Obermayr (2,5 Mio. €) sowie die gemeinnützigen Känguru Kindertagesstätten (2,5 Mio. €).

Gesamtabschluss 2017

Die **Steueraufwendungen** haben sich mit 135,4 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (129,9 Mio. €) erhöht, stellen ausschließlich Umlageverpflichtungen der LHW dar und betreffen u. a. die Umlage an den Landeswohlfahrtsverband (77,3 Mio. €) sowie die Gewerbesteuerumlage (51,4 Mio. €).

Die **Transferaufwendungen** i. H. v. 394,7 Mio. € (Vj. 374,8 Mio. €) entfallen ausschließlich auf die Kernverwaltung der LHW. Sie stellen die Aufwendungen für soziale Leistungen dar. Größte Positionen sind die Leistungen an natürliche Personen nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) mit 219,9 Mio. €, nach dem SGB XII (u.a. Grundsicherung im Alter) mit 80,6 Mio. € und sonstige soziale Leistungen an natürliche Personen i. H. v. 93,6 Mio. €.

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** in Höhe von 23,4 Mio. € (Vj. 20,6 Mio. €) beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen aus Steuern, Konzessionsabgaben und Personalgestellung.

Finanzergebnis

Das Finanzergebnis beträgt - 21,3 Mio. € und hat sich im Vergleich zum Vorjahr (- 27,4 Mio. €) geringfügig verbessert.

Finanzerträge

Die Finanzerträge i. H. v. 44,6 Mio. € (Vj. 36,3 Mio. €) resultieren im Wesentlichen aus folgenden Positionen:

- Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen (10,1 Mio. €)
- Erträge aus anderen Beteiligungen (15,1 Mio. €)
- Erträge aus Ausleihungen (4,5 Mio. €)
- Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (14,4 Mio. €).

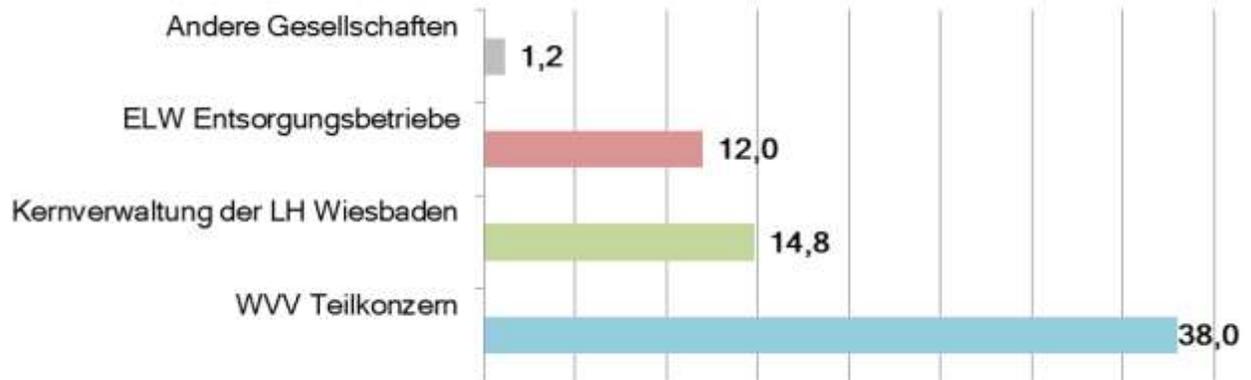
Sowohl die Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen als auch die Erträge aus anderen Beteiligungen entfallen fast ausschließlich auf den WVV-Teilkonzern. Überwiegend handelt es sich dabei einerseits um Erträge aus der Beteiligung an den Kraftwerken Mainz-Wiesbaden AG und andererseits um die Erträge aus der Beteiligung an der Kom9 GmbH & Co.KG, die indirekt Anteile an der Thüga AG hält.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsen und ähnliche Aufwendungen erhöhten sich zum Stichtag 31.12.2017 um 2,3 Mio. €, belaufen sich nunmehr auf 66,0 Mio. € und entfallen zum überwiegenden Teil auf den WVV-Teilkonzern.

Gesamtabschluss 2017

Zinsen und ähnliche Aufwendungen in Mio. €



Gesamtabschluss 2017

3.3.2 Außerordentliches Ergebnis

Außerordentliche Erträge

Die außerordentlichen Erträge betragen im Berichtsjahr 20,0 Mio. € (Vj. 13,6 Mio. €) und setzen sich im Wesentlichen aus den nachfolgenden Posten zusammen:

- Erträge aus dem Abgang von Sachanlagevermögen (16,6 Mio. €)
- Andere periodenfremde Erträge (1,5 Mio. €)
- Sonstige außerordentliche Erträge (1,9 Mio. €)

In den **Erträgen aus dem Abgang von Sachanlagevermögen** sind Erträge i. H. v. 16,0 Mio. € der Kernverwaltung der LHW enthalten - u. a. aus diversen Grundstücksverkäufen - sowie Erträge aus Anlagenabgängen des WVV-Teilkonzerns i. H. v. 0,5 Mio. €.

Die **anderen periodenfremden Erträge** sind mehrheitlich im WVV-Teilkonzern (1,3 Mio. €) entstanden.

Die **sonstigen außerordentlichen Erträge** sind im Wesentlichen bei der Kernverwaltung mit 1,7 Mio. € durch Grundstücksumlegungen und Tausch (Baulandumlegung) entstanden.

Außerordentliche Aufwendungen

Die außerordentlichen Aufwendungen betragen im Berichtsjahr 10,6 Mio. € und setzen sich im Wesentlichen aus den nachfolgenden Posten zusammen:

- Außerplanmäßige Abschreibungen auf immaterielles u. Sachanlagevermögen (2,2 Mio. €)
- Verluste aus dem Abgang von Sachanlagevermögen (6,0 Mio. €)
- andere periodenfremde Aufwendungen (2,3 Mio. €)

Die **außerplanmäßigen Abschreibungen** resultieren im Wesentlichen aus einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung bei der Liegenschaft „Marktkeller“ der WVV i. H. v. 2,0 Mio. €.

Bei den **Verlusten aus dem Abgang von Sachanlagevermögen** handelt es sich um Aufwendungen der Kernverwaltung der LHW (3,1 Mio. €), die überwiegend durch Grundstücksumlegungen entstanden sind, sowie um Aufwand der Wohnungsunternehmen i. H. v. 2,6 Mio. €

Die **anderen periodenfremden Aufwendungen** entfallen mit 1,4 Mio. € auf den WVV-Teilkonzern.

3.3.3 Anderen Gesellschaftern zustehendes Ergebnis

Das anderen Gesellschaftern zustehende Ergebnis i. H. v. 20,9 Mio. € beinhaltet im Wesentlichen den Anteil der Thüga AG an der ESWE Versorgungs AG.

Gesamtabschluss 2017

3.4 Erläuterungen zur konsolidierten Finanzrechnung

Die Finanzrechnung (Kapitalflussrechnung) zeigt, wodurch sich der Finanzmittelfonds im Haushaltsjahr verändert hat. In der Finanzrechnung werden die Einzahlungen und Auszahlungen ausgewiesen. Sie bezeichnen den Zufluss bzw. Abfluss der liquiden Mittel. Die Einzahlungen und Auszahlungen sind das doppelte Pendant zu den kameralen Einnahmen und Ausgaben. Der Saldo aus Ein- und Auszahlungen wird als Cashflow bezeichnet. Die Finanzrechnung unterscheidet zwischen dem Cashflow aus laufender Verwaltungstätigkeit, dem Cashflow aus Investitionstätigkeit und dem Cashflow aus Finanzierungstätigkeit. Die Summe der drei Cashflows stellt die Veränderung des Finanzmittelfonds dar.

Der **Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit** wird über die sogenannte „indirekte Methode“ hergeleitet. Bei der indirekten Methode bildet das Jahresergebnis den Ausgangspunkt der Berechnungen. Das Jahresergebnis beläuft sich im Berichtsjahr auf 105,6 Mio. €. Um ausgehend vom Jahresergebnis den Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit zu errechnen, wird das Jahresergebnis um die nicht zahlungsrelevanten Erträge (z. B. Auflösung von Rückstellungen) sowie die Zunahme von Forderungen und Abnahme von Verbindlichkeiten vermindert und um die nicht zahlungsrelevanten Aufwendungen (z. B. Abschreibungen, Erhöhung der Rückstellungen) sowie Abnahme von Forderungen und Zunahme von Verbindlichkeiten erhöht. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit lag im Jahr 2017 bei 310,6 Mio. €. Ein wesentlicher Teil der Differenz zwischen dem Jahresergebnis und dem Cashflow aus der laufenden Verwaltungstätigkeit ging im Jahr 2017 auf die Abschreibungen i. H. v. 124,2 Mio. € und die Nettoerhöhung der Rückstellungen i. H. v. 56,8 Mio. €¹⁹ zurück.

Da seit dem Jahr 2017 die Finanzrechnung gemäß dem Muster des DRS 21 erstellt werden muss, gibt es starke Abweichungen gegenüber dem Vorjahr. So werden u. a. der Zinsaufwand und Zinsertrag sowie die sonstigen Beteiligungserträge nicht mehr im operativen Cashflow berücksichtigt. Sie finden sich im Finanzierungscashflow bzw. Investitionscashflow wieder. Da der Zinsaufwand höher ist als die Zins- und Beteiligungserträge, fällt der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit entsprechend höher aus und ist mit dem Vorjahr nicht vergleichbar.

Der **Cashflow aus Investitionstätigkeit** fasst die Zahlungsströme aus Investitionen und Desinvestitionen zusammen. Die Zusammensetzung der Zu- und Abgänge im Anlagevermögen sind im Anlagenspiegel erläutert. Wesentliche nicht zahlungswirksame Sachverhalte wurden herausgerechnet. Unternehmen oder sonstige Geschäftseinheiten von wesentlicher Größenordnung wurden weder erworben noch verkauft. Im Vergleich zum Vorjahr beeinflussen die seit 2017 im Investitionscashflow zu berücksichtigenden erhaltenen Zinsen und Dividenden diesen positiv. Der Cashflow aus Investitionstätigkeit beträgt - 233,7 Mio. €.

Der **Cashflow aus Finanzierungstätigkeit** umfasst seit dem Jahr 2017 neben den Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit Kreditschulden auch die Zinsen für diese Kredite. Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit beträgt somit - 38,7 Mio. €.

¹⁹ Erhöhung der Rückstellungen gemäß Bilanz (in der Kapitalflussrechnung splittet sich der Gesamtbetrag in Ziffer 3 und Ziffer 14

Gesamtabschluss 2017

Die Summe der drei Cashflows ergibt 38,2 Mio. € und stellt die **zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds** dar. Zum 31. Dezember 2017 summiert sich der **Finanzmittelfonds** damit auf 316,2 Mio. €. Er besteht aus den flüssigen Mitteln i. H. v. 321,2 Mio. €, reduziert um die kurzfristigen Verbindlichkeiten zur Liquiditätssicherung i. H. v. 5,0 Mio. €.

Gesamtabschluss 2017

3.5 Sonstige Angaben

3.5.1 Haftungsverhältnisse

Die Kernverwaltung der LHW hat sich bei zahlreichen Grundstücksgeschäften dazu verpflichtet, eventuell anfallende Kosten für die Beseitigung von Altlasten (u. a. Bodenverunreinigung, Kampfmittelräumung) zu übernehmen. Beim Amt für Wirtschaft und Liegenschaften wird eine Aufstellung über diese Verpflichtungen geführt. Diese Liste der Haftungsverhältnisse ist nicht abschließend, da in einigen Fällen eine Altlastenübernahme ohne konkrete Summenbeschränkungen oder Laufzeiten vereinbart wurden.

Die Kernverwaltung der LHW ist Mitglied im Sparkassenzweckverband Nassau neben der Stadt Frankfurt sowie vier Landkreisen in Hessen und zwei Landkreisen in Rheinland-Pfalz. Der Verband ist Mitglied im Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen. Er ist ein Zweckverband im Sinne des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 16.12.1969 und damit eine Körperschaft des öffentlichen Rechts (§ 1 der Satzung des Sparkassenzweckverbandes Nassau vom 13.12.1990, zuletzt geändert am 09.03.2011). Der Zweckverband ist Gewährträger der Nassauischen Sparkasse. Nach dem grundsätzlichen Wegfall der Gewährträgerhaftung in 2005 haftet ein Träger nur noch unter ganz bestimmten Bedingungen für Verbindlichkeiten seiner Sparkasse, die bis zum 18. Juli 2005 vereinbart wurden und auch nur dann, sofern diese nicht aus dem Vermögen der Sparkasse befriedigt werden können.

Für die Verbindlichkeiten des Verbandes haften die Mitglieder untereinander nach dem Verhältnis der Gesamtbeträge der aus dem Gebiet der einzelnen Mitglieder stammenden Verbindlichkeiten aus dem Sparkassengeschäft gegenüber Kunden und aus den Schuldverschreibungen der Sparkasse und aus den Forderungen an Kunden mit Ausnahme der Forderungen aus Schuldscheindarlehen. Der Anteil der Kernverwaltung LHW beträgt aktuell 31 %. Aus heutiger Sicht bestehen keine Haftungsrisiken für die Gewährträger.

Gesamtabschluss 2017

Gesellschaft	Art des Haftungsverhältnisses	Höhe der Haftung in Mio. €		Änderung
		2017	2016	
Kernverwaltung der LH Wiesbaden	Ausfallbürgschaften (da diese Bürgschaften Eventualverbindlichkeiten darstellen, sind sie gemäß § 251 HGB hier aufgeführt):			
	Bürgschaften für Außenstehende	6,2	6,5	-0,3
	HELIOS Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken GmbH	53,6	56,7	-3,1
	WW Wiesbaden Holding GmbH	204,1	202,5	1,6
	GWW Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH	102,6	112,9	-10,3
	ESWE Versorgungs AG	58,7	64,8	-6,1
	GeWeGe Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der LH Wiesbaden mbH	73,2	75,7	-2,5
	ESWE Verkehrsgesellschaft mbH	22,2	27,5	-5,3
	SEG für Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH	13,2	14,0	-0,8
	AltenHilfe Wiesbaden GmbH	3,1	3,5	-0,4
	WIM Wiesbadener Immobilien Management GmbH	3,1	3,2	-0,1
	WIM Liegenschaftsfonds GmbH Co. KG	9,4	7,9	1,5
	Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH	3,1	3,1	0,0
WI-Bau GmbH	26,5	16,9	9,6	
Summe:		579,0	595,2	-16,2
WW Teilkonzern	Treuhandverbindlichkeiten	8,5	8,2	0,3
	Verpflichtungen aus gegebenen Patronatserklärungen	50,0	50,0	0,0
Summe:		58,5	58,2	0,3

Gesamtabschluss 2017

3.5.2 Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen

Gesellschaft	Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen	Höhe der Verpflichtung in Mio. €		Änderung
		2017	2016	
Kernverwaltung der LH Wiesbaden	Verpflichtungen aus Mietverträgen inkl. NK Vorausz.	12,1	12,7	-0,6
	IT-Dienstleistungsvertrag WIVERTIS inkl. Zusatzausstattung	13,4	13,4	0,0
	Verpflichtungen aus Betriebskostenzuschüssen an die Kindertagesstätten der freien Träger	53,5	47,7	5,8
	Straßenbeleuchtungsvertrag mit ESWE	1,7	1,9	-0,2
Summe:		80,7	75,7	5,0
WW Teilkonzern	Bestellobligo aus erteilten Aufträgen für Investitionen	43,1	55,8	-12,7
	Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen	12,0	8,1	3,9
	Verpflichtungen aus Zusagen von Kreditverträgen	50,7	51,5	-0,8
	Verpflichtung aus Personalgestellungsverträgen	0,6	0,6	0,0
	Verpflichtungen aus sonstigen Verträgen	0,7	0,7	0,0
	Verpflichtung aus der Nutzung eines Gasspeichers	8,1	13,1	-5,0
Summe:		115,2	129,8	-14,6
ELW Entsorgungsbetriebe	Bestellobligo aus erteilten Aufträgen für Investitionen	7,4	11,5	-4,1
	Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen	0,5	0,4	0,1
Summe:		7,9	11,9	-4,0
WJW Wiesbadener Jugendwerkstatt	sonstige finanzielle Verpflichtungen	2,1	3,4	-1,3
WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co. KG	Verpflichtungen aus Zusagen von Kreditverträgen	4,0	0,0	4,0
	Verpflichtungen aus laufenden Bauvorhaben	4,1	0,0	4,1
Summe:		8,1	0,0	8,1

Gesamtabschluss 2017

Darüber hinaus bestehen bei mehreren Gesellschaften des WVV Konzerns derivative Finanzinstrumente zur Risikoabsicherung. Zum Bilanzstichtag wurden für alle Geschäfte die Marktwerte ermittelt. In sämtlichen Fällen wurde zwischen dem derivativen Finanzinstrument und dem Grundgeschäft eine Bewertungseinheit gebildet, so dass keine Rückstellungen für drohende Verluste passiviert werden mussten. Zur Feststellung der Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung wird die „Critical Terms Match-Methode“ verwendet. Die Bilanzierung sämtlicher Bewertungseinheiten erfolgt nach der „Einfrierungsmethode“.

Zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos von langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden Zins-Swap-Geschäfte abgeschlossen. Insgesamt bestehen Swap-Geschäfte mit einem Nominalwert 132,8 Mio. €. Aufgrund der allgemeinen Zinsentwicklung haben diese am Bilanzstichtag in Summe einen negativen Marktwert in Höhe von 15,0 Mio. €. Die Zins-Swap-Geschäfte werden jeweils in Zusammenhang mit der Aufnahme bzw. Prolongation konkreter Darlehen abgeschlossen. Die Marktwerte werden anhand der sich aus den Vereinbarungen in Zukunft ergebenden Zahlungsströme unter Zugrundelegung der erwarteten Zinsentwicklung ermittelt.

Die mittels Termingeschäften beschafften Energiebezüge von Strom und Gas werden mit den in der Zukunft mit hoher Wahrscheinlichkeit anfallenden Absatzgeschäften in eine Bewertungseinheit gebracht. Da die Beschaffung dem Absatz zeitlich vorgelagert ist, handelt es sich um antizipatives Hedging.

Gesamtabschluss 2017

3.5.3 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter im Unternehmensverbund der LHW stellt sich im Berichtsjahr folgendermaßen dar:

Gesellschaften	Beschäftigte	Beamte	Gesamt	Veränderung zum Vorjahr
WVV-Teilkonzern	1.922	0	1.922	29 ↑
EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH	4	0	4	0 →
HSK Pflege GmbH	3	0	3	0 →
Feierabendheim Simeonhaus GmbH	2	0	2	0 →
AHW AltenHilfe Wiesbaden GmbH	126	0	126	-2 ↓
WJW Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH	222	0	222	16 ↑
ELW Entsorgungsbetriebe	703	7	710	0 →
MBA Wiesbaden GmbH	2	0	2	1 ↑
TriWiCon	76	0	76	-4 ↓
Kurhaus Wiesbaden GmbH	20	0	20	1 ↑
Wiesbaden Marketing GmbH	15	0	15	-1 ↓
Rhein-Main-Hallen GmbH	25	0	25	0 →
Mattiaqua (Bäderbetrieb)	112	1	113	-1 ↓
WLW Wasserversorgungsbetriebe der Kernverwaltung der LH Wiesbaden	6	0	6	0 →
WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co. KG	2	0	2	0 →
Kernverwaltung der LH Wiesbaden	3.484	980	4.464	53 ↑
Gesamt	6.724	988	7.712	92 ↑

Gesamtabschluss 2017

3.5.4 Mitglieder Stadtverordnetenversammlung/Magistrat

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung sind im Folgenden genannt.

Stadtverordnetenvorsteher:	Stellvertreter/innen:
Gabriel, Christa	Bröder, Wilfried (bis 06.11.2017) David, Michael Enders, Gabriele Große, Claus-Peter Müller, Erika (vom 07.11.2017 bis 10.11.2017) Seidensticker, Eberhard von Seemen, Ingo Wernergold, Jürgen (seit 11.11.2017)
Weitere Stadtverordnete zum 31.12.2017:	
Altintop-Nelson, Nedret Andes-Müller, Dorothee Angor, Dorothea Apel, Michaela Bachhofen, Vanessa Bachmann, Christian Becht, Monika Belz, Stephan Beyes, Aglaja Bohrer, Hartmut Braun, Karl Breuer, Stefan Bröder, Wilfried Coigné, Mechthilde Delbasteh Dr., Rashid Denzer, Manuel Deusser-Betin, Jutta (seit 13.06.2017) Diers, Christian Egert, Urban Forßbohm, Brigitte Gabler, Norman (bis 12.06.2017) Gores, Wolfgang Güler, Sibel Hagenmüller, Axel (seit 02.05.2017) Hasemann-Trutzel, Hans-Joachim (seit 16.12.2017) Hebenstreit, Anita Heller, Monika Hinninger, Christiane Kessler, Hans-Martin (bis 15.12.2017) Kienast-Dittrich, Renate Kisseler, Felix Knauer, Christa (seit 01.07.2017) Koch, Simone Küpper, Konstanze	Manjura, Christoph (bis 30.06.2017) Maritzen, Ronny Mensching, Fredy Mucha, Monika Müller Dr., Eckhard Müller, Erika (bis 31.12.2017) Nickel, Wolfgang Oberfell, Hans-Michael Oschmann, Petermartin Pfeifer, Rainer Preinl, Thomas Röck-Knüttel, Nicole Rottloff, Simon Ruf, Nadine Rutten, Sebastian Schmehl, Hendrik Schmitz Dr., Sven-Uwe Schuchalter-Eicke, Gabriele Schulz, Dimitri Schulz, Joachim Schulz, Peter Schwalbach, Lucas Schwarzer, Julia Sidiani, Daniel (bis 01.05.2017) Sobek, Jörg Spallek, Stefan Spruch, Claudia Temmen, Sandra Uebersohn Dr., Gerhard Vogt, Petra Volk-Borowski, Dennis Völker Dr., Reinhard Wagner, Erika Wallmann, Astrid Weck, André

Gesamtabschluss 2017

Lambrou, Robert Lohrmann, Andrea Lorenz, Bernhard Lork Dr., Klaus-Dieter Lüderitz, Wilfried	Weinerth, Sarah Wernergold, Jürgen Wilhelmy, Veit Winkelmann, Alexander Wittkowski Dr., Bernd
---	---

Die Mitglieder des Magistrats in 2017 waren:

Oberbürgermeister	
Gerich, Sven	
Bürgermeister	
Goßmann, Arno-(bis 30.06.2017) Franz Dr., Oliver (seit 01.07.2017)	
hauptamtliche Magistratsmitglieder:	ehrenamtliche Magistratsmitglieder:
Bendel, Detlev Kessler, Hans-Martin (seit 15.12.2017) Kowol, Andreas (seit 01.04.2017) Dr. Franz, Oliver (bis 30.06.2017) Möricke, Sigrid (bis 14.12.2017) Scholz, Rose-Lore (bis 31.03.2017) Manjura, Christoph (seit 01.07.2017) Imholz, Axel (Stadtkämmerer)	Brenneis Dr., Helga Gaßner, Markus Goebel, Michael Jentsch Dr., Doris Kaffenberger, Bodo Meyer, Nathalie (seit 29.06.2017) Nehrbaß, Helmut Reinhardt Dr., Tilli-Charlotte Rentsch, Florian (bis 23.05.2017) Schlempp, Dieter Schuster, Rainer Skolik, Helga Tomaschky-Fritz, Helga Winkelmann, Ulrich Wolf, Gabriele Wolz, Ivo

Wiesbaden, den 15.03.2019



Imholz
Stadtkämmerer

Gesamtabschluss 2017

Anlagen

Anlage (1) Anlagenspiegel

Position	Anschaffungs- und Herstellungskosten in EUR						Abschreibungen in EUR					Buchwerte in EUR	
	Stand zum 01.01.	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Wertänderung At Equity Methode	Stand zum 31.12.	Stand zum 01.01.	Zuschreibungen des Berichtsjahres	Abschreibungen des Berichtsjahres	Abschreibungen auf Abgänge	Stand zum 31.12.	Stand zum 31.12.	Stand zum 01.01.
1 Anlagevermögen	6.679.361.658	285.085.784	50.312.110	0	98.031	6.914.233.363	2.774.433.640	978	124.157.510	22.466.105	2.876.124.066	4.038.109.297	3.904.928.018
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	88.154.524	6.002.720	682.014	40.442	0	93.515.672	48.681.963	0	8.466.257	681.906	56.466.314	37.049.358	39.472.561
1.1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	30.021.210	1.298.728	549.786	40.442	0	30.810.594	22.506.037	0	2.674.162	549.684	24.630.515	6.180.079	7.515.173
1.1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	58.133.315	4.703.992	132.228	0	0	62.705.078	26.175.927	0	5.792.095	132.222	31.835.799	30.869.279	31.957.388
1.1.3 Geschäfts- oder Firmenwert	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.1.4 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.2 Sachanlagen	5.927.134.727	241.051.943	45.785.279	-39.878.105	0	6.082.523.286	2.686.483.286	311	115.568.548	21.784.199	2.780.267.324	3.302.255.962	3.240.651.442
1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	2.834.786.269	43.563.325	33.102.119	30.441.085	0	2.875.688.561	804.423.711	0	46.132.581	11.435.979	839.120.313	2.036.568.248	2.030.362.558
1.2.2 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	2.451.062.694	27.018.349	4.374.440	9.018.030	0	2.482.724.633	1.618.011.522	0	44.624.480	2.944.533	1.659.691.469	823.033.164	833.051.173
1.2.3 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	164.038.935	2.415.884	239.801	1.116.899	0	167.331.916	92.710.349	0	6.917.232	230.155	99.397.425	67.934.491	71.328.586
1.2.4 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	296.039.820	16.801.521	7.166.901	-37.715.635	0	267.958.805	169.345.467	311	17.497.031	6.776.308	180.065.879	87.892.925	126.694.353
1.2.5 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	181.207.009	151.252.864	902.019	-42.738.484	0	288.819.371	1.992.237	0	397.224	397.224	1.992.237	286.827.134	179.214.772
1.3 Finanzanlagen	490.432.407	38.031.122	3.844.818	39.837.663	98.031	564.554.405	39.268.391	667	122.705	0	39.390.429	525.163.976	451.164.016
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	1.927.345	1.550.313	431.403	39.837.663	98.031	42.883.918	0	0	120.205	0	120.205	42.763.713	1.927.345
1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.3.3 Beteiligungen	352.396.303	143.918	0	50	0	352.638.302	38.773.029	0	2.500	0	38.775.529	313.862.773	313.623.274
1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	29.330.270	290.000	249.195	0	0	29.371.075	0	0	0	0	0	29.371.075	29.330.270
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	50	34.999.910	0	-50	0	34.999.910	0	0	0	0	0	34.999.910	50
1.3.6 Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	106.778.439	1.046.980	3.164.220	0	0	104.661.200	495.362	667	0	0	494.695	104.166.505	106.283.077
1.4 Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	173.640.000	0	0	0	0	173.640.000	0	0	0	0	0	173.640.000	173.640.000

Gesamtabschluss 2017

Anlage (2) Forderungsspiegel

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		Restlaufzeiten			Gesamt	Gesamt Vorjahr
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre		
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
2.3.1	Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	13.173.153	6.136.275	26.519.678	45.829.106	43.922.075
2.3.2	Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	37.481.834	50.184	13.121	37.545.139	32.355.098
2.3.3	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	41.055.653	23.475	19.841	41.098.969	40.082.060
2.3.4	Forderungen gegen verbundene Unternehmen, gegen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	1.064.487	0	0	1.064.487	778.024
2.3.5	Sonstige Vermögensgegenstände	60.105.921	1.028.162	240.790	61.374.873	64.355.415
Gesamt		152.881.048	7.238.096	26.793.430	186.912.574	181.492.672

Gesamtabschluss 2017

Anlage (3) Eigenkapitalspiegel

Eigenkapital	Nettoposition und Gezeichnetes Kapital	Rücklagen aus Überschüssen des Ergebnisses	Zweckgebundene und Sonderrücklagen	Ergebnisneutrale Eigenkapitaländerungen	Anteil Dritter am Eigenkapital	Gesamtbilanzgewinn/-verlust	Gesamteigenkapital
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Stand 01.01.2017	1.259.089.688	92.946.853	1.883.961	3.528	63.683.185	172.101.565	1.589.708.780
Zunahme	0	55.454.128	0	0	20.879.685	29.240.236	105.574.049
Dividendenausschüttung	0	0	0	0	19.585.172	0	19.585.172
Stand 31.12.2017	1.259.089.688	148.400.981	1.883.961	3.528	64.977.698	201.341.801	1.675.697.657

Gesamtabschluss 2017

Anlage (4) Sonderpostenspiegel

Sonderposten	Stand 01.01.	Einzahlungen / Zugänge		Auflösung	Auszahlung	Stand 31.12.
	EUR	immat. Vermögen EUR	Sachanlagen EUR	EUR	Sachanlagen EUR	EUR
Sonderposten für erhaltene						
2.1 Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge	282.614.036	2.183.593	2.508.098	14.487.831	195.890	272.622.006
2.1.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	230.353.485	357.718	2.312.254	10.806.472	0	222.216.984
2.1.2 Zuschüsse vom nicht - öffentlichen Bereich	18.723.199	653.318	77.244	1.046.714	195.890	18.211.158
2.1.3 Investitionsbeiträge	33.537.352	1.172.557	118.600	2.634.645	0	32.193.864
2.2 Sonstige Sonderposten	32.652.778	0	6.177.486	3.257.977	2.650	35.569.637
Gesamt	315.266.814	2.183.593	8.685.584	17.745.808	198.540	308.191.643

Gesamtabschluss 2017

Anlage (5) Rückstellungsspiegel

Rückstellungen	Stand 01.01.	Inanspruch- nahme	Auflösung	Zuführung	Aufzinsung	Stand 31.12.
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	524.304.298	1.125.470	9.230.420	42.149.636	963.539	557.061.583
3.2 Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse (nur Kommune)	4.570.821	132.073	0	272.122	0	4.710.870
3.3 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	81.932.199	0	0	8.294.182	0	90.226.381
3.4 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	11.623.444	174.110	0	0	0	11.449.334
3.5 Sonstige Rückstellungen	129.462.330	36.383.441	8.123.074	59.883.856	359.647	145.199.318
Gesamt	751.893.092	37.815.094	17.353.494	110.599.796	1.323.186	808.647.486

Gesamtabschluss 2017

Anlage (6) Verbindlichkeitspiegel

Verbindlichkeiten	Restlaufzeiten			Gesamt EUR	Gesamt Vorjahr EUR
	bis zu 1 Jahr EUR	über 1 bis 5 Jahre EUR	über 5 Jahre EUR		
	4.1 P41 Anleihen	0	0		
4.2 P42 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	159.206.541	430.877.724	1.049.364.361	1.639.448.626	1.615.041.848
4.2.1 P421 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	145.264.368	373.625.851	927.913.967	1.446.804.185	1.412.645.565
4.2.2 P422 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	3.145.206	10.478.860	16.972.297	30.596.364	31.622.832
4.2.3 P423 Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten	5.796.967	46.773.013	104.478.097	157.048.077	158.473.451
4.2.4 P424 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquiditätssicherung	5.000.000	0	0	5.000.000	12.300.000
4.2.5 P425 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0	0	0	0	0
4.3. P43 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	4.144.909	0	0	4.144.909	1.805.082
4.4. P44 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	67.491.644	0	0	67.491.644	62.402.245
4.5. P45 Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	19.498.763	0	0	19.498.763	12.791.479
4.6. P46 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	6.555.421	0	0	6.555.421	6.144.527
4.7. P47 Sonstige Verbindlichkeiten	114.591.873	0	0	114.591.873	98.777.853
Gesamt	371.489.151	430.877.724	1.049.364.361	1.851.731.236	1.796.963.034

Anlage (7) Erklärung zu den verwendeten Kennzahlen

Vermögenslage	Nettoinvestition	Zugänge zu AHK des Haushaltsjahres ./. Abgänge zu AHK des Haushaltsjahres abzgl. der Abschreibungen auf An- lagenabgänge
	Investitionsquote	$\frac{\text{Nettoinvestitionen in Sachanlagen} \times 100}{\text{Sachanlagen zu hist. Anschaffungs- / Herstel-} \\ \text{lungskosten zu Jahresbeginn}}$
	Reinvestitionsquote	$\frac{\text{Nettoinvestitionen in Sachanlagen} \times 100}{\text{Abschreibungen des Haushaltsjahres}}$
	Eigenkapitalquote II	$\frac{\text{Eigenkapital einschl. Sonderposten} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$
	Pro-Kopf-Verschuldung	$\frac{\text{Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme}}{\text{Einwohnerzahl zum Stichtag}^{20}}$
Ergebnissituation	Ordentlicher Aufwandsdeckungsgrad	$\frac{\text{Ordentliche Erträge} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
	Zinslastquote	$\frac{\text{Zinsen und ähnliche Aufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$

Herausgeber:
 Landeshauptstadt Wiesbaden
 Dezernat VI - Dezernat für Finanzen, Schule und Kultur
 Schillerplatz 1 - 2
 65185 Wiesbaden
 dezernat.VI@wiesbaden.de

Bildquelle: ©Wiesbaden Marketing GmbH

²⁰ gemäß der Daten des Amtes für strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik der LHW